

DER GROSSE SPRUNG ZURÜCK JOURNALISMUS IN CHINA



@Badinudo

RSF REPORTER
OHNE GRENZEN

Inhalt

Vorwort	3
Zunehmende Informationsbarrieren	4
1 - WIE PEKING DEM JOURNALISMUS DEN KRIEG ERKLÄRTE	6
• Die verschärfte Kontrolle der Partei über die Medien	8
Der sprunghafte Anstieg roter Linien	8
Im Würgegriff der ideologischen Kontrolle	11
Um sich der Überwachung zu entziehen, gehen Reporter neue Wege	14
• Medienschaffende im Fadenkreuz	18
Unabhängiger Journalismus auf dem Rückzug	19
Medienblockade in Xinjiang	22
Auslandskorrespondenten als unerwünschte Zeugen	24
2 - HONGKONG: PRESSEFREIHEIT IM FREIEN FALL	26
• Ein hartes Vorgehen gegen unabhängige Medien	28
„Nationale Sicherheit“ um jeden Preis	28
Journalisten, die neuen schwarzen Schafe	32
Die Zerschlagung von <i>Apple Daily</i>	35
• Zwei Jahrzehnte Niedergang der Pressefreiheit	37
Chronik eines angekündigten Niedergangs	37
Physische Gewalt gegen Reporter	40
Die Doppelzüngigkeit von Carrie Lam	42
3 - GEFÄHRLICHER ZUGRIFF AUF INFORMATIONEN	46
• Die öffentliche Meinung kontrollieren	48
Covid-19: Ein rasch unterdrückter Ausbruch von Freiheit	48
Chinas Internet unter Beobachtung	51
Eine Millionen Arten des Widerstands	55
• Die Vision einer Gesellschaft, die Journalismus verbietet	58
Der erfolgreiche Export des Pekinger Medienmodells	58
Die Durchsetzung des offiziellen chinesischen Narrativs	62
Demokratien im Kampf gegen Propaganda	66
4 - APPELLE UND EMPFEHLUNGEN VON RSF	68
Appelle an die chinesischen Behörden	70
Appelle an Regierungen und Institutionen	70
Empfehlungen für Journalistinnen und Journalisten	71
Empfehlungen für Medien, Verlage und soziale Netzwerke	72
RSF Bericht: Chinas Streben nach einer neuen Weltmedienordnung	74
RSF startet ein Internetportal zur Sicherheit von Journalisten	75
Glossar	76
<i>Titelillustration von Badiucao</i>	80

Vorwort



Christophe Deloire
Generalsekretär

Ein hektisches Rennen in die falsche Richtung

Als China zu Beginn des Jahrtausends angesichts eines beispiellosen Wirtschaftsbooms auf einer Euphoriewelle schwamm und Präsident Hu Jintao und die Kommunistische Partei größere Freiheiten gewährten, öffneten sich die chinesischen Medien, so weit es ging, für investigative Reportagen und den Gedankenaustausch. Mit gründlichen Recherchen, insbesondere zu Korruptionsaffären und Skandalen im Gesundheitswesen, gaben chinesische Journalistinnen und Journalisten ihren Landsleuten die Möglichkeit, nicht nur die Entwicklung ihres Landes zu verstehen, sondern auch Druck auf den Staatsapparat auszuüben, damit so bestimmte Mängel im System behoben und Ungerechtigkeiten korrigiert werden konnten.

Natürlich blieb der Kern des sozialen und politischen Systems völlig undurchsichtig, aber es bestand die Hoffnung, dass sich der Umfang journalistischer Arbeit nach dem Diffusionsprinzip nach und nach auf alle Themen, einschließlich der wichtigsten, ausdehnen könnte. Man könnte sich eine zentripetale Spirale vorstellen, denn in China müssen die Freiheiten von der Peripherie zum Zentrum hin erobert werden.

Präsident Xi Jinping, der seit 2013 an der Macht ist, hat dieser beginnenden Öffnung ein jähes Ende gesetzt und eine Medienkultur wie zu Maos Zeiten wiederhergestellt, in der der freie Zugang zu Informationen zu einem Verbrechen und die Bereitstellung von Informationen zu einem noch größeren Verbrechen geworden ist. In keinem Land sind mehr Medienschaffende im Gefängnis. Auf der Rangliste der Pressefreiheit rangiert China 2021 auf Platz 177 von 180, nur zwei Plätze vor Nordkorea, einem Land, in dem Journalismus gleichbedeutend mit Staatspropaganda ist.

Die Erneuerung der Presseausweise chinesischer Journalistinnen und Journalisten unterliegt nunmehr einem Test, ob sie das „Denken“ des Präsidenten kennen und in den sozialen Netzwerken aktiv sind. In seinem Kontrollwahn erwägt das Regime sogar, private Medien in naher Zukunft zu verbieten. Ein Szenario wie aus einem Alptraum. Die Repressionen machen auch vor Hongkong nicht halt, das einst als Vorreiter der Pressefreiheit galt, wo nun jedoch immer mehr Verhaftungen im Namen der nationalen Sicherheit stattfinden.

Dieser „große Sprung zurück“ für den Journalismus in China ist umso erschreckender, als das Regime über enorme finanzielle und technologische Ressourcen verfügt, um seine Ziele zu erreichen. Sein ausgeklügeltes System der Internetzensur, die „Große Firewall“, hält die eine Milliarde chinesischer Internetnutzerinnen und -nutzer weiterhin von der Welt fern, während ein Heer von Zensoren private Nachrichten nach vermeintlich subversiven Inhalten durchforstet. In naher Zukunft drohen allgegenwärtige Überwachungstechnologien auf der Basis von Gesichtserkennung, künstlicher Intelligenz und Sozialkreditpunkten die Vertraulichkeit der Quellen von Medienschaffenden zu einer Illusion zu machen.

In einem früheren, 2019 veröffentlichten Bericht mit dem Titel China's Pursuit of a New World Media Order (Chinas Streben nach einer neuen Weltmedienordnung) haben wir gezeigt, wie Peking mit allen Mitteln versucht, die Rolle des Journalismus als Gegenmacht auszuschalten und ihn zu einem Werkzeug im Dienste der Staatspropaganda zu machen. Die sogenannte „Belt and Road Initiative“, ein von China ins Leben gerufenes internationales Wirtschaftsentwicklungsprojekt, an dem 139 Länder (zwei Drittel der Weltbevölkerung) beteiligt sind, bietet dem Regime alle Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen.

Wenn China diesen verzweifelten Rückwärtstrend fortsetzt, könnten chinesische Bürgerinnen und Bürger die Hoffnung verlieren, dass die Pressefreiheit sich eines Tages in ihrem Land durchsetzen wird, und das Regime in Peking könnte sein Gegenmodell im In- und Ausland durchsetzen ...

Es ist aber auch möglich, dass die Informationskontrolle letztlich dem System selbst schadet und die Mobilisierung der Massen durch Propaganda ins Leere läuft, weil das System seine eigenen Reformen verhindert. Vor allem aber besteht die Möglichkeit, dass die Recherchen chinesischer und ausländischer Medienschaffender einen immer größeren Teil des Schleiers lüften. Ja, das ist möglich.



Zunehmende Informationsbarrieren

- **Die Große Firewall**

Der Begriff „Große Firewall“ bezieht sich – in Anspielung auf die Computer-Firewall und die Chinesische Mauer – auf den Apparat der chinesischen Internetzensur. Das System, das die Sperrung unerwünschter Websites und die Überwachung des Datenaustauschs ermöglicht, ist immer schwieriger zu umgehen.

- **Spitzelei im Internet**

Chinesische Online-Diskussionsgruppen werden streng überwacht, und ihre Administratoren sind für die Inhalte strafrechtlich verantwortlich. Das soziale Netzwerk WeChat wiederum ist zum trojanischen Pferd der Polizei geworden: Die dort geführten privaten Unterhaltungen können von den Behörden ohne offiziellen Anlass eingesehen werden und werden häufig als Beweismittel in Prozessen verwendet.

- **Die Troll-Armee des Regimes**

Die „50-Cent-Armee“ aus Amateur-Propagandisten, die pro Beitrag einen halben chinesischen Yuan (0,07 Euro) erhalten, überschwemmt das Internet mit regimetreuen Kommentaren, während ein Bataillon von Trollen, die so genannten „Little Pinks“, diejenigen schikaniert, die die Regierung in chinesischen und ausländischen sozialen Netzwerken kritisieren. Dieser Apparat wurde kürzlich durch einen Trupp ausländischer Influencer mit teilweise gefälschten Konten verstärkt, deren Aufgabe darin besteht, die Arbeit westlicher Journalistinnen und Journalisten zu verunglimpfen.

- **„Überwachung in ausgewiesenen Wohnungen“**

Dieses Haftregime („Residential Surveillance at a Designated Location“, RSDL) mit einem bewusst irreführenden Namen wurde 2012 unter dem Vorwand der Terrorismus- und Korruptionsbekämpfung eingeführt und bezieht sich nicht auf einfachen Hausarrest, sondern auf Isolationshaft in den „schwarzen Gefängnissen“ des Regimes. Diese unmenschliche Behandlung, die gegen das Recht auf Verteidigung verstößt und oft mit Folter verbunden ist, wird regelmäßig eingesetzt, um unabhängige Journalistinnen und Journalisten physisch und psychisch zu brechen.



© Safeguard Defenders

- **Das Nationale Sicherheitsgesetz (Hongkong)**

Das Nationale Sicherheitsgesetz wurde am 30. Juni 2020 vom Pekinger Regime verabschiedet, um den pro-demokratischen Protesten in Hongkong ein Ende zu setzen. Das bewusst vage und allgemein gehaltene Gesetz dient seitdem als Vorwand für die Unterdrückung unabhängiger Stimmen im Namen des Kampfes gegen „Terrorismus“, „Abspaltung“, „Aufruhr“ und „geheime Absprachen mit ausländischen Kräften“ – vier Verbrechen, die in Festlandchina mit der Todesstrafe geahndet werden und häufig gegen Medienschaffende zum Einsatz kommen.

- **Eine Einladung zum „Teetrinken“**

Eine bewährte Methode zur Einschüchterung chinesischer Journalistinnen und Auslandskorrespondenten ist die vermeintlich harmlose Einladung zum Teetrinken mit Zensur- oder Propagandabeamten. Dieses Treffen, bei dem Journalisten relativ freundlich belehrt werden, dient oft als letzte Warnung vor einer Verhaftung oder Ausweisung.

- **Die Handy-App „Über Xi lernen, das Land stärken“**

Seit Oktober 2019 sind chinesische Journalistinnen und Journalisten gezwungen, die Smartphone-App „Studiere Xi, stärke das Land“ herunterzuladen, um ihren Presseausweis zu erhalten und zu verlängern. Die App ermöglicht es externen Stellen, ohne das Wissen des Nutzers Befehle auszuführen und persönliche Informationen zu sammeln, wodurch Medienschaffende und ihre Quellen gefährdet werden.

- **Tägliche Anweisungen der Partei**

Chinesische Medien und Internetunternehmen, ob öffentlich oder privat, sind verpflichtet, die Anweisungen der Kommunistischen Partei Chinas zu befolgen, wenn es um als heikel eingestufte Themen wie Tibet, Xinjiang, Hongkong, Taiwan, Korruption, soziale Unruhen, Dissidenten usw. geht. Die Propagandaabteilung der Partei, der 14 Ministerien unterstehen, schickt den Medien täglich eine Liste mit Themen, über die sie berichten sollen, und eine weitere Liste mit Themen, über die sie unter Androhung von Strafen nicht berichten dürfen.

- **Erzwungene Geständnisse im Fernsehen**

Vom Regime inhaftierte Journalistinnen und Journalisten werden manchmal gezwungen, ihre angeblichen Verbrechen im staatlichen Fernsehen zu „gestehen“, was gegen die Menschenwürde und die Unschuldsvermutung verstößt, die angeblich von der chinesischen Verfassung garantiert werden. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Safeguard Defenders haben chinesische Staatssender seit 2013 die erzwungenen Geständnisse von nicht weniger als 93 Personen ausgestrahlt, darunter 30 Medienschaffende, die meisten von ihnen, bevor ihre Prozesse überhaupt stattfanden.



1

**WIE PEKING DEM
JOURNALISMUS DEN
KRIEG ERKLÄRTE**



- **Ideologische Prüfungen, Zensur und Schikanen:** Seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping Anfang 2013 hat die Kommunistische Partei Chinas ihre Kontrolle über Medienschaffende drastisch verschärft. Unabhängig vom Thema werden diejenigen, die sich weigern, dem offiziellen Narrativ zu folgen, beschuldigt, der nationalen Einheit zu schaden.
- **Schon allein die Recherchen zu einem als Tabu geltenden Thema oder die Veröffentlichung zensurierter Informationen kann jahrelange Haft in unhygienischen Gefängnissen nach sich ziehen, wo Misshandlungen zum Tod führen können. Dennoch finden einige Journalistinnen, Journalisten und unabhängige Medien immer noch Mittel und Wege, Widerstand zu leisten, und setzen ihre Berichterstattung trotz aller Risiken fort.**

Die verschärfte Kontrolle der Partei über die Medien

Der sprunghafte Anstieg roter Linien



„23. Juli 2021 • Was die schweren Regenfälle in Henan und anderen Orten angeht, sollte der Schwerpunkt der Berichterstattung auf dem Wiederaufbau nach der Katastrophe liegen. Veröffentlichen Sie ohne vorherige Genehmigung keine unautorisierten Bilder, die Leichen zeigen oder einen übertrieben traurigen Ton anschlagen, machen Sie kein großes Aufheben und stellen Sie keine Verbindungen zu vergangenen Ereignissen her. Halten Sie sich bei Statistiken über Todesopfer oder Sachschäden strikt an die offiziellen Informationen. • Berichten Sie nicht über den Steuerfall Zheng Shuang. • Heute Morgen wird der Staatsrat eine Pressekonferenz über die Suche nach den Ursprüngen von Covid-19 abhalten. Berichten Sie nicht darüber.“



In dieser [Mitteilung](#), die am 23. Juli 2021 an die Medien verschickt und vom Online-Medienportal *China Digital Times* geleakt wurde, wurden Journalistinnen und Journalisten angewiesen, die Auswirkungen der tödlichen Überschwemmungen in Zentralchina in jenem Monat (Berichten zufolge kamen mindestens 302 Menschen ums Leben, 50 wurden vermisst und Hunderttausende vertrieben) herunterzuspielen, nicht nach den Ursachen der Überschwemmungen zu forschen und die offizielle Bilanz nicht in Frage zu stellen. Sie wurden auch gebeten, einen monumentalen Fall von Steuerhinterziehung zu verschweigen, in den Zheng Shuang, eine berühmte chinesische Schauspielerin, verwickelt ist (sie wurde zu einer Geldstrafe von 46 Millionen US-Dollar verurteilt); geheim gehalten werden sollte auch, dass die chinesische Regierung ein Projekt der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Untersuchung der Ursachen der Covid-19-Pandemie torpediert hatte. Tagtäglich verschickt die Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Chinas derartige Anweisungen an alle chinesischen Medien, die sich buchstabengetreu an die Richtlinien halten oder mit Sanktionen rechnen müssen.



#MeToo-Bewegung, Beziehungen zwischen China und Taiwan, Proteste in Tibet und Hongkong: Nur wenige Themen entgehen der Zensur.

In den letzten Jahren ist die Zahl der „roten Linien“, also der Themen, die für Journalistinnen und Journalisten tabu sind, sprunghaft angestiegen. Medienschaffende müssen nicht mehr nur dem offiziellen Narrativ bei so heiklen Themen wie Tibet, Taiwan, Hongkong, Xinjiang, Korruption, soziale Unruhen, Dissidenten usw. folgen, sondern sind jetzt auch gezwungen, sich bei der Auswahl ihrer Artikel und der Behandlung des Themas an die Richtlinien der Partei zu halten, was einen eklatanten Verstoß gegen Artikel 35 der chinesischen Verfassung darstellt, der die „Rede- und Pressefreiheit“ garantiert.

Kein Thema entgeht der Zensur

Von Naturkatastrophen bis zur #MeToo-Bewegung, vom Sexualleben von Studierenden bis zur Wirtschafts- und Finanzpolitik oder sogar der Anerkennung von Pflegekräften während der Covid-19-Pandemie: Es gibt nur noch wenige Themen, die der Zensur entgehen. Im April 2020 erklärte **David Bandurski**, Co-Direktor des Forschungszentrums *China Media Project*, in einem Interview mit der *Washington Post*, die Führung der Kommunistischen Partei Chinas betrachte den Journalismus nunmehr als „Bedrohung für die Stabilität des Regimes“.

© Noel Celis / AFP
© Lobsang Wangyal / AFP
© Makoto Lin / Büro der Präsidentin (Taiwan)



© Philip Fong / AFP

Journalistinnen und Journalisten dürfen nur noch Fälle recherchieren, die bereits von den Behörden untersucht werden, sodass sie keine Möglichkeit haben, neue Informationen zu veröffentlichen. So musste 2015 der Dokumentarfilm „Under the Dome“ der Journalistin **Chai Jing** – das Ergebnis einer einjährigen Untersuchung des Problems der Umweltverschmutzung in China – eine Woche nach seiner Veröffentlichung von chinesischen Videoplattformen entfernt werden.

Im März 2021 wurde außerdem eine Bestimmung in das chinesische Strafrecht aufgenommen, die es verbietet, die offizielle Darstellung der chinesischen Geschichte in Frage zu stellen. Nur zwei Monate später wurde der politische Kommentator und ehemalige Journalist **Qiu Ziming**, der im Juni 2020 Zweifel an der Transparenz der Behörden in Bezug auf ein Gefecht zwischen chinesischen und indischen Soldaten an der indisch-chinesischen Grenze geäußert hatte, wegen „Diffamierung von Helden und Märtyrern“ zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Ende von Pluralismus und Offenheit

Entgegen der landläufigen Meinung war die Zensur in China nicht immer so drastisch. Seit Ende der 1990er Jahre und insbesondere während der beiden Amtszeiten von Hu Jintao zwischen 2003 und 2013 profitierten die chinesischen Medien von den wenigen kleinen Freiheiten, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes einhergingen. Einige von ihnen begannen, sich für investigativen Journalismus und Meinungspluralismus zu öffnen, allen voran die berühmte Zeitung *Southern Weekly* (chinesisch: Nanfang Zhoumo) aus Guangzhou, die damals für ihren unabhängigen Ton bekannt war und Berichte über progressive Themen wie Korruption und Armut in ländlichen Regionen veröffentlichte.

Dies galt auch für den Investigativreporter **Wang Keqin** und sein Team bei der *China Economic Times*, deren Recherchen Korruptions- und Gesundheitsskandale wie die „AIDS-Dörfer“ 2001 aufdeckte; durch sie erfuhr die Welt, dass 2 Millionen Landbewohnerinnen und -bewohner, die aus schier existenzieller Not ihr Blut verkauft hatten, mit HIV/AIDS infiziert worden waren. Wang und sein Team deckten zudem die SARS-Epidemie (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom) im Jahr 2003 auf, über die dann in den chinesischen Medien berichtet und debattiert wurde.

Investigative Journalisten als „aussterbende Spezies“

Mit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping im März 2013 war es mit dieser zaghafte Öffnung vorbei. Paradoxerweise stellte der Mann, dessen Familie ein Opfer der Kulturrevolution war, eine Medienkultur wieder her, die der Mao-Zeit würdig war. Unter dem Deckmantel eines harten Vorgehens gegen „Online-Gerüchte“, das später auf alle „vulgären“ Inhalte ausgeweitet wurde, übernahm der neue Staatschef schnell die Kontrolle über die professionellen Medien und ging gleichzeitig gewaltsam gegen Bürgerjournalistinnen und Blogger vor.

Dieser regelrechte „Krieg“ der Regierung gegen investigativen Journalismus hat Redaktionen davon abgehalten, Zeit und Ressourcen in langwierige und kostspielige Recherchen zu investieren, bei denen die Gefahr besteht, dass sie zensiert werden oder infolge derer das Medium und seine Mitarbeitenden in ernsthafte administrative und rechtliche Schwierigkeiten geraten können. Laut einer Studie der Sun-Yat-sen-Universität in Guangzhou, die von der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation Freedom House zitiert wird, ist die Zahl der investigativen Journalistinnen und Journalisten in China zwischen 2011 und 2017 um 58 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang ist so dramatisch, dass **Liu Hu**, ein Journalist aus der Provinz Sichuan, der zwischen 2013 und 2014 ein Jahr lang inhaftiert war, gegenüber der *New York Times* 2019 erklärte, investigative Journalistinnen und Journalisten in China würden zu einer „aussterbenden Spezies“. Tatsächlich beschränken sich die meisten Medien mittlerweile auf die Meldungen der Propagandaagentur *Xinhua*.

„Gummiparagraf“ zur Knebelung der Presse

Um Medienschaffende zum Schweigen zu bringen, beschuldigt das chinesische Regime sie der „Spionage“, der „Subversion“ oder des „Schürens von Streit und Unruhestiftens“ – drei Delikte, die so vage definiert sind, dass sie auf fast jede Tätigkeit angewendet werden können.

Spionage

- **Definition:** Das chinesische Recht definiert Staatsgeheimnisse als „jede Angelegenheit, die die Sicherheit und die Interessen des Staates berührt“ und legt eine Liste potenzieller Themen vor, die so weit gefasst sind, dass es sich genauso gut um Industriedaten wie um die Geburtsdaten von Parteiführern handeln könnte. Da die Liste nicht erschöpfend ist, können die Behörden jede Information, die sie zensieren wollen, rückwirkend als Staatsgeheimnis einstufen.
- **Rechtsgrundlage:** Artikel 110 und 111 des chinesischen Strafgesetzbuchs; Gesetz zur Wahrung von Staatsgeheimnissen
- **Höchststrafe:** Lebenslange Haft („Wer rechtswidrig Staatsgeheimnisse [...] ans Ausland liefert“ besser bekannt als „Weitergabe von Staatsgeheimnissen ans Ausland“)
- **Besonderheit:** Da die Verfahren im Zusammenhang mit angeblichen Staatsgeheimnissen hinter verschlossenen Türen stattfinden, können weder Diplomaten noch Journalistinnen daran teilnehmen.
- **Anzahl der derzeit unter diesem Vorwurf inhaftierten Medienschaffenden:** Mindestens acht
- **Bevorzugte Ziele:** In China geborene [ausländische Journalisten](#) wie die australische Moderatorin **Cheng Lei** und der australische politische Kommentator **Yang Hengjun** sowie der schwedische Verleger **Gui Minhai**, der seit 2015 inhaftiert ist und 2020 zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde.

Subversion

- **Definition:** „Wer organisiert, plant oder handelt, um die politische Macht des Staates zu untergraben und das sozialistische System zu stürzen“ und „wer zur Untergrabung der politischen Macht des Staates und zum Sturz des sozialistischen Systems durch die Verbreitung von Gerüchten, Verleumdung oder andere Methoden anstiftet“
- **Rechtsgrundlage:** Artikel 105 des chinesischen Strafgesetzbuchs
- **Höchststrafe:** Lebenslange Haft („Subversion“) und „mehr als fünf Jahre“ Gefängnis („Anstiftung zum Umsturz der Staatsgewalt“)
- **Besonderheit:** Das Gesetz verlangt keine Beweise für eine potenzielle oder tatsächliche subversive Handlung, um sie als Verbrechen einzustufen. Personen, die der „Subversion“ beschuldigt werden, wird häufig der Besuch ihrer Anwälte und Angehörigen verweigert.
- **Anzahl der derzeit unter diesem Vorwurf inhaftierten Medienschaffenden:** Mindestens 13
- **Bevorzugte Ziele:** Politische Kommentatoren wie [Guo Quan](#), der seit 2020 inhaftiert ist, weil er Informationen über die Covid-19-Pandemie veröffentlichte, und [Wu Gan](#), der 2017 zu acht Jahren Haft verurteilt wurde, nachdem er die Korruption einiger hoher Funktionäre angeprangert hatte.

Streit schüren und Unruhe stiften

- **Definition:** „Wer die öffentliche Ordnung durch provozierendes und störendes Verhalten untergräbt“, besser bekannt als „Streit schüren und Unruhe stiften“
- **Rechtsgrundlage:** Artikel 293 des chinesischen Strafgesetzbuchs
- **Höchststrafe:** Fünf Jahre Gefängnis (zehn Jahre im Wiederholungsfall)
- **Besonderheit:** Der Begriff „Untergrabung der öffentlichen Ordnung“ wird im Gesetz nicht definiert. 2013 wurde der Anwendungsbereich dieses Gesetzes auf im Internet veröffentlichte Inhalte ausgeweitet, was ihn zu einem idealen „Gummiparagrafen“ macht, um die Veröffentlichung von regimekritischen Informationen zu unterdrücken.
- **Anzahl der derzeit unter diesem Vorwurf inhaftierten Medienschaffenden:** Mindestens neun
- **Bevorzugte Ziele:** Bürgerjournalisten wie **Cai Wei** und **Chen Mei**, die im August 2020 zu [15 Monaten Gefängnis](#) verurteilt wurden, weil sie zensierte Nachrichten über die Covid-19-Pandemie veröffentlicht hatten, [Liu Yanli](#), die 2020 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, und [Zhang Zhan](#), Preisträgerin des Press Freedom Award 2021 von Reporter ohne Grenzen, die im Dezember 2020 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil sie über den Ausbruch der Covid-19-Pandemie in Wuhan berichtet hatte.



Im Februar 2016 wurden Journalistinnen und Journalisten der staatlichen Medien des Landes „aufgefordert“, Präsident Xi bei einer Inspektionstour zu applaudieren.

© Ma Zhancheng / AP

Im Würgegriff der ideologischen Kontrolle

Die Rolle von Medienschaffenden in China ist in einem [Propaganda-Handbuch](#) für die Funktionäre der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) beschrieben. Sein Inhalt wurde 2007 von Wikileaks sowie durch einen internen Vermerk des Allgemeinen Büros des Zentralkomitees der KPCh veröffentlicht. Letzteres, bekannt als „Dokument Nr. 9“, wurde 2013 von der Korrespondentin der damaligen *Deutschen Welle*, **Gao Yu**, veröffentlicht, woraufhin sie wegen „Weitergabe von Staatsgeheimnissen im Ausland“ zu [fünf Jahren Hausarrest](#) verurteilt wurde.

In dem Propaganda-Handbuch werden Journalistinnen und Journalisten explizit als Werkzeug des Staates beschrieben, „um Generationen neuer sozialistischer Menschen zu formen“; von ihnen wird erwartet, dass sie „die Balance [zwischen] Lob und Aufdeckung von nationalen Problemen“ wahren – ein Euphemismus, der absolute Selbstzensur ausdrückt. Im „Dokument Nr. 9“ ist davon die Rede, dass „westliche Vorstellungen von Journalismus“ das „chinesische Prinzip [in Frage stellen], wonach das Medien- und Verlagssystem der Parteidisziplin unterliegen sollte“.

2016 brachte Xi Jinping eine umfassende Medienreform auf den Weg, um die Kontrolle der KPCh über die Medien zu stärken. Während einer Inspektionsreise durch die drei wichtigsten Medien des Landes (*CCTV*, *People's Daily* und die Nachrichtenagentur *Xinhua*) zögerte er nicht zu verlangen, dass Journalistinnen und Journalisten der Parteiführung folgen und „deren Willen und Vorschläge weitergeben, deren Autorität und Einheit schützen“, indem sie sich auf „positive“ Berichte konzentrieren (mit anderen Worten: mit der offiziellen Propaganda übereinstimmen). Xi verlangt von den staatlichen Medien absolute Loyalität und ist der Ansicht, dass Medienschaffende „mit ihrem Familiennamen ‚Partei‘ heißen müssen“.



© Simon Song / South China Morning Post

Verbot von persönlichen Blogs

Seit 2017 ist es Journalistinnen und Journalisten nicht mehr erlaubt, einen persönlichen Blog zu führen, den sie zuvor nutzen konnten, um von ihrer Redaktion zensierte Berichte zu veröffentlichen. Es ist ihnen ebenfalls untersagt, Informationen aus sozialen Netzwerken zu zitieren, wenn diese nicht zuvor von den Behörden „bestätigt“ wurden. Selbst ausländische Medien mit Sitz in China können nicht mehr frei Inhalte im Internet veröffentlichen; jede Veröffentlichung mit informativem Charakter muss von der staatlichen Verwaltung genehmigt werden, bevor sie online gestellt werden kann.

In offiziellen Mitteilungen wird selbst vom Allchinesischen Journalistenverband (ACJA) nun häufig der Begriff „Medienmitarbeitende“ anstelle von „Journalisten“ verwendet.

Über Xi lernen

Am 8. Oktober 2021 gab die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform, eine Behörde des Staatsrats, einen Plan zur Einschränkung privater Investitionen bekannt. Dieser untersagt es Medien, die von „nicht-öffentlichem Kapital“ finanziert werden, „Informationen zu sammeln, zu bearbeiten oder zu verbreiten“, darunter auch „Informationen, die von ausländischen Stellen veröffentlicht werden“. Sollte dieses Gesetz verabschiedet werden, könnte es eine Rechtsgrundlage für bereits bestehende Beschränkungen schaffen und den Einfluss des Regimes auf die Medienlandschaft verstärken, sodass die letzten unabhängigen Stimmen zum Schweigen gebracht würden.

Eine Woche später kündigte die Generalverwaltung für Presse und Publikationen an, chinesische Journalistinnen und Journalisten müssten demnächst mindestens 90 Stunden pro Jahr an „Weiterbildungsmaßnahmen“ teilnehmen, die sich teilweise auf Xi Jinpings „Gedankengut“ konzentrieren. Ihre Teilnahme an diesen Fortbildungen sowie ihre Präsenz in den sozialen Medien würden bei der Erneuerung ihres Presseausweises berücksichtigt.

Unter Xi Jinping ist die individuelle Treue zur KPCh und zu ihrem Führer zu einer Voraussetzung für die Tätigkeit als Journalist geworden. Journalistinnen und Journalisten befinden sich im Würgegriff ideologischer Kontrolle. Sinnbild hierfür ist die Verpflichtung, die Spionage-App „Über Xi lernen, das Land stärken“ auf ihr Smartphone herunterzuladen.



Für diese Journalistin und ihre Kollegen lautet die Devise: „Vermitteln Sie den Willen der Partei und deren Vorschläge, schützen Sie die Autorität der Partei und deren Einheit.“

© Nicolas Asfour / AFP



© Reuters

Journalisten zum Download einer Spionage-App gezwungen

Mit der Propaganda-App „Über Xi lernen, das Land stärken“ kann das Regime nicht nur die Loyalität von Journalistinnen und Journalisten zu seiner Doktrin bewerten, sondern auch ihre Smartphones ausspionieren.

Seit Oktober 2019 müssen chinesische Medienschaffende, die einen Presseausweis beantragen oder verlängern, einen Test der Loyalität zur Doktrin der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und zu Präsident Xi Jinping ablegen. Der Test ist nur über die Smartphone-App [„Study Xi, Strengthen the Country“](#) (Über Xi lernen, das Land stärken) verfügbar, sodass chinesische Journalistinnen und Journalisten zu deren Download gezwungen sind.

Das deutsche Cybersicherheitsunternehmen Cure 53 hat jedoch aufgedeckt, dass die vom E-Commerce-Riesen Alibaba für die KPCh entwickelte App das Sammeln persönlicher Daten ohne Wissen des Nutzers oder der Nutzerin ermöglichen könnte. Diese Funktion könnte es Dritten unter anderem ermöglichen, Dateien zu bearbeiten, Apps herunterzuladen, Telefongespräche zu führen und das Mikrofon des Geräts einzuschalten.

Reporter ohne Grenzen (RSF) empfiehlt Medienschaffenden dringend, diese App nicht herunterzuladen, da sie ihre Sicherheit und die Sicherheit ihrer Quellen gefährden kann. Sollte die Installation der App unbedingt notwendig sein, empfehlen wir, dies auf einem speziellen Gerät zu tun, das ausschließlich für diesen Zweck bestimmt ist und keine sensiblen Informationen enthält.

Um sich der Überwachung zu entziehen, gehen Reporter neue Wege

Angesichts zunehmender Repressionen sind Journalistinnen und Journalisten in China gezwungen, bei ihren Recherchen viel Fantasie aufzubringen, ohne die Aufmerksamkeit der Behörden zu erregen. So mussten sich **Isobel Yeung** und ihr Team von der internationalen Nachrichtenwebsite *VICE News* 2019 als Touristen ausgeben, um mit versteckter Kamera eine Dokumentation über die Unterdrückung der Uigurinnen und Uiguren in Xinjiang zu drehen. Diese Strategie hat jedoch ihre Grenzen: Nachdem die Dokumentation online gestellt worden war, hielt es die Journalistin für zu riskant, nach China zurückzukehren.

In Shanghai ging der ehemalige Korrespondent von *National Public Radio*, **Frank Langfitt**, noch einen Schritt weiter, indem er von 2011 bis 2016 als Gegenleistung für ein Interview eine kostenlose Taxifahrt anbot. Der Journalist verbarg seine Identität nicht und machte eine mögliche Ausstrahlung von der Zustimmung seiner Fahrgäste abhängig.

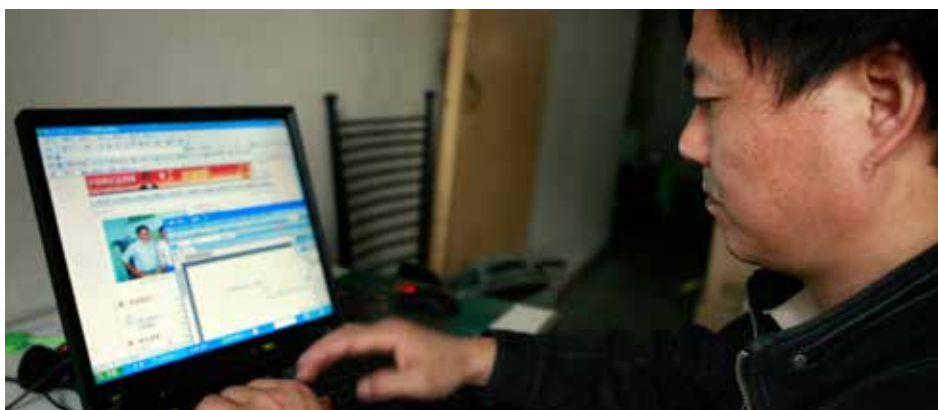
Medienschaffende, die daran gehindert werden, in China vor Ort zu arbeiten, arbeiten auch mit öffentlich zugänglichen Informationsquellen. Die Korrespondentin der *Associated Press*, **Yanan Wang**, der stellvertretende Chefredakteur von *Foreign Policy*, **James Palmer**, und die Videoabteilung der französischen Zeitung *Le Monde* haben die Unterdrückung der Uigurinnen und Uiguren in Xinjiang aus der Ferne recherchiert, indem sie Unterlagen über öffentliche Aufträge in China mit Satellitenfotos und Bildern aus den sozialen Netzwerken abgeglichen haben.

Die Journalistin **Megha Rajagopalan**, ehemalige Leiterin des Pekingers Büros der in New York ansässigen US-Nachrichtenseite *Buzzfeed News*, erhielt 2021 zusammen mit ihrer Kollegin **Alison Killing** und dem Kollegen **Christo Buschek** den [Pulitzer-Preis](#) für eine Untersuchung, bei der sie die Realität der massiven Internierung der Uiguren mithilfe von Satellitenbildern belegen konnte.

Eine kostenlose Taxifahrt als Gegenleistung für ein Interview: Dieses ungewöhnliche Angebot machte der ehemalige Shanghai-Korrespondent von National Public Radio, Frank Langfitt, von 2011 bis 2016.

© Kuan Yang





Soziale Netzwerke, öffentliche Unterlagen, Satellitenfotos: Wenn Journalisten der Zugang zum Feld verwehrt wird, nutzen sie für ihre Recherchen öffentliche Informationsquellen.

© Teh Eng Koon / AFP

Quellen schützen

Der Schutz der Identität von Journalistinnen, Journalisten und ihrer Quellen ist ebenfalls zu einem wichtigen Thema geworden. **Zhang Jie**, eine ehemalige Redaktionsassistentin der *Washington Post* in Peking, berichtete 2017, dass sie wiederholt Prepaid-SIM-Karten und gebrauchte Telefone verwendet habe, um mit Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten in Kontakt zu treten, ohne dass die Polizei sie aufspüren konnte.

Der Exiljournalist **Gyaltsen Choedak**, der für *Voice of America* über Tibet berichtet, erklärte im März 2021, dass er immer eine Software zur Stimmverzerrung verwende, wenn er mit seinen Quellen über den Messenger-Dienst WeChat und andere chinesische Mikroblogs spreche, die von den Behörden infiltriert sein könnten.

WeChat ist die meistgenutzte Messenger-App der tibetischen Diaspora und wird vor allem von Journalistinnen und Journalisten genutzt. Aufgrund des Risikos der Datenweitergabe sind Nutzer jedoch gezwungen, mehrere Telefone zu benutzen und in verschlüsselter Sprache zu sprechen. Dies verringert zwar das Risiko, beseitigt es aber nicht vollständig, erklärte ein Journalist, der in einem 2021 veröffentlichten Forschungsartikel über [tibetische Medien im Exil](#) anonym zitiert wurde.

Sprachliche Vorsichtsmaßnahmen

Investigative Recherchen sind nicht der einzige gefährliche Teil der Arbeit. Für chinesische Journalistinnen und Journalisten kann die Veröffentlichung von zensierten Informationen direkt ins Gefängnis führen. In Guangzhou wenden sich große Medien wie die *Southern Metropolis Daily*, *Southern Weekly* und *Yangcheng Evening News* an [chinesische Rechtsexperten](#), um die Risiken abzuschätzen, denen sie bei ihren Recherchen ausgesetzt sein könnten, und um sie bei der Wortwahl zu beraten. So erklärte ein Anwalt, der anonym bleiben möchte: „Wir wissen, wie man Probleme gesetzeskonform formuliert. Wir verwenden die offizielle Sprache, um die offizielle Ideologie in Frage zu stellen.“

Zur Information der Öffentlichkeit nutzen Medienschaffende auch verschiedene sprachliche Vorsichtsmaßnahmen, ohne sich selbst einem Risiko auszusetzen; so verzichten sie beispielsweise auf die direkte Nennung von Beamten, lassen die Regierung in einem positiven Licht erscheinen oder äußern Kritik in Form von Vorschlägen.

Veröffentlichen um jeden Preis

Angesichts der Zensur sind Journalistinnen und Journalisten gezwungen, die von ihnen gesammelten Informationen über Umwege zu veröffentlichen. Werden ihre Artikel von inländischen Medien abgelehnt, wenden sich chinesische Reporterinnen und Reporter manchmal an ausländische Medien. Dies tat auch die in Australien lebende chinesische Journalistin **Vicky Xu**, die 2019 für die *New York Times* über die Verfolgung der Uigurinnen und Uiguren berichtete. Das blieb nicht ohne Folgen: Sie erhielt nicht nur Drohungen, sondern wurde im April 2021 zur Zielscheibe einer landesweiten Verleumdungskampagne.

Eine anonyme Veröffentlichung in den sozialen Netzwerken ist für Journalistinnen und Journalisten die letzte Möglichkeit, sich im Falle von Zensur mitzuteilen. Dies taten auch die Angehörigen der Investigativjournalistin **Huang Xueqin**: Nach deren [Festnahme](#) im September 2021 machten sie Informationen über Huangs Situation unter dem Hashtag #FreeXueBing über anonyme Accounts auf Twitter, Facebook und Github publik.

Diese Medien trotzen der Zensur

Trotz der Zensur und des immer stärkeren Drucks aus Peking setzen verschiedene unabhängige Medien mit Sitz innerhalb und außerhalb Chinas ihre Arbeit fort, um über das aktuelle Geschehen in der chinesischsprachigen Welt zu berichten.



1 - FESTLANDCHINA



Caixin

Die 2009 in Peking gegründete Wochenzeitung Caixin und ihre zweisprachige chinesisch-englische Website gelten als die unabhängigesten Mainstream-Medien in China, die die roten Linien des Regimes immer neu austesten. 2020 stellte eine Caixin-Untersuchung trotz verschärfter Zensur die offizielle Zahl der Todesopfer von Covid-19 in Wuhan in Frage. Im Oktober 2021 wurde Caixin von der offiziellen Liste der Medien gestrichen, die als Nachrichtenquelle zitiert werden dürfen.

caixin.com



China Citizens Movement

Diese chinesischsprachige Website, die nach der Inhaftierung des chinesischen Schriftstellers und politischen Kommentators Xu Zhiyong 2014 gegründet wurde, berichtet über aktuelle Themen der Zivilgesellschaft und Menschenrechte in China.

cmcn.org



Zhongxun (Informationen für die Öffentlichkeit)

Diese 2018 gegründete chinesischsprachige Website veröffentlicht Berichte von chinesischen Bürgerjournalistinnen und -journalisten und hostet auch vom Regime zensierte Inhalte.

zhongxuncn.blogspot.com



64 Tianwang

Die 1998 gegründete chinesischsprachige Website hat Zehntausende Fälle von Menschenrechtsverletzungen in China dokumentiert und wurde 2016 mit einem RSF-Preis für Pressefreiheit ausgezeichnet. Ihr Gründer, der investigative Journalist Huang Qi, Gewinner des RSF-Preises für Pressefreiheit 2004, verbüßt derzeit eine zwölfjährige Haftstrafe wegen „Weitergabe von Staatsgeheimnissen ans Ausland“.

64tianwang.net



Weiquanwang

Diese chinesischsprachige Nachrichtenseite, die von einem Netzwerk von Freiwilligen betreut wird, berichtet seit 2008 über Menschenrechtsverletzungen in China, darunter Fälle von Verhaftungen und gewaltsamem Verschwindenlassen von Aktivistinnen und Journalisten.

wqw2010.blogspot.com



Minsheng Guancha

Diese 2006 gegründete chinesischsprachige Website berichtet über Übergriffe auf Bauern, Arbeiterinnen und Lehrer sowie über Zwangsräumungen in Großstädten. Ihr Gründer, Liu Feiyue, wurde 2019 wegen „Anstiftung zum Umsturz“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

msguancha.com

2 - HONGKONG



geschlossen
am 04/01/22

Citizen News

Diese chinesischsprachige, gemeinnützige Website wurde 2017 von zehn erfahrenen Hongkonger Medienschaffenden gegründet. Seit 2021 produziert sie in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Team der bekannten Sendung „China Beat“, die früher auf dem Sender i-CABLE ausgestrahlt wurde, eine Fernsehsendung zu aktuellen chinesischen Themen.

hknews.com



Hong Kong Free Press

Die 2015 in Hongkong gegründete Hong Kong Free Press ist eine gemeinnützige, durch Crowdfunding finanzierte, englischsprachige Nachrichten-Website, die über Neuigkeiten aus der chinesischsprachigen Welt berichtet.

hongkongfp.com



InMedia

Dieses 2004 gegründete chinesischsprachige Online-Medium beschreibt sich selbst als „unabhängige Informationsplattform für demokratische und soziale Bewegungen“ und öffnet seine Rubriken für Artikel und Berichte von Bürgerjournalistinnen und Journalisten aus Hongkong.

inmediahk.net



geschlossen
am 29/12/21

Stand News

Diese unabhängige, allgemein ausgerichtete chinesischsprachige Nachrichtenseite, die 2014 in Hongkong gegründet wurde, berichtet über chinesische Politik und Gesellschaft und bekennt sich zu den Werten „Demokratie, Menschenrechte, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit.“

thestandnews.com

3 - TAIWAN



The Reporter

Diese chinesischsprachige, gemeinnützige Nachrichtenseite mit Sitz in Taiwan wurde 2015 gegründet und konzentriert sich auf die Berichterstattung und Recherchen aus der chinesischsprachigen Welt. Sie hat 62 Journalistenpreise erhalten, darunter den Hongkonger Human Rights Press 2020 Award für eine Reportage über „Umerziehungslager“ in Xinjiang. geschlossen am 04/01/22

twreporter.org

4 - SINGAPUR



Initium Media

Das 2015 in Hongkong gegründete, chinesischsprachige Online-Medium erhielt für seine journalistische Arbeit 2020 vier Auszeichnungen der Society of Publishers in Asia (SOPA). Um sich übermäßigem Druck zu entziehen, beschloss *Initium Media* im August 2021, seinen Sitz nach Singapur zu verlegen.

theinitium.com

5 - INDIEN



Tibet Post International

Diese dreisprachige Nachrichtenseite (Englisch, Tibetisch und Chinesisch) wurde 2007 von einer Gruppe tibetischer Medienschaffender im nordindischen Exil in Dharamsala gegründet und berichtet vor allem über Menschenrechtsverletzungen in der Autonomen Region Tibet in China.

thetibetpost.com

6 - USA



Boxun News

Seit 1998 veröffentlicht diese chinesischsprachige Nachrichtenseite Artikel von chinesischen Bürgerjournalistinnen und -journalisten über vom Regime zensierte Informationen wie Epidemien, Menschenrechtsverletzungen, Korruptionsskandale und Naturkatastrophen.

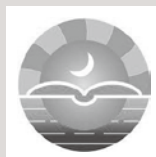
boxun.com



China Digital Times

Dieses 2003 in den USA gegründete zweisprachige chinesisch-englische Online-Medium analysiert und übersetzt Richtlinien der Propaganda-Abteilung, offizielle Rhetorik und zensierte Schlüsselwörter und liefert so wertvolle Informationen über Propaganda, Zensur und Cyber-Überwachung in China.

Chinadigitaltimes.net



Mingjing News

Mingjing News ist eine partizipative Nachrichtenseite, die über chinesische Politik, Wirtschaft, soziale Themen und Geschichte berichtet. Nachdem sie 2014 Informationen über eine geheime Untersuchung der Regierung gegen das Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunistischen Partei, Zhou Yongkang, veröffentlichte, war sie Ziel von Cyberangriffen. Diese führte zu einem Prozess hinter verschlossenen Türen, in dem Zhou zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt wurde.

Mingjingnews.com

Medienschaffende im Fadenkreuz



Wenn Journalistinnen und Journalisten es wagen, die Korruption von Beamten anzuprangern, satirische Karikaturen zu veröffentlichen oder die Menschenrechte zu verteidigen, finden sie sich oft auf der Anklagebank wieder.

© RFA - © Weibo - © CCTV - © Twitter

Unabhängiger Journalismus auf dem Rückzug

Seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping Anfang 2013 ist es zu einer seit dem Ende der Mao-Ära beispiellosen Verhaftungswelle von Journalistinnen und politischen Kommentatoren im ganzen Land gekommen, die dem zehnjährigen Experiment mit Pluralismus und Debatten in den chinesischen Medien ein jähes Ende gesetzt hat. Auf der Rangliste der Pressefreiheit von RSF rangiert die Volksrepublik China 2021 mit mindestens 127 inhaftierten Medienschaffenden auf Platz 177 von 180, nur zwei Plätze vor Nordkorea.

Der Investigativjournalist **Huang Qi**, Träger des RSF-Preises für „Freiheit im Internet“ 2004 und Gründer der Menschenrechts-Nachrichtenwebsite *64 Tianwang*, wurde 2016 verhaftet und im Juli 2019 vom Mittleren Volksgerichtshof in Mianyang (Provinz Sichuan) zu [zwölf Jahren Haft](#) verurteilt, weil er zu Menschenrechtsverletzungen durch chinesische Beamte recherchiert hatte. Am 30. April 2020 wurde der Journalist **Chen Jieren**, ein ehemaliger Mitarbeiter der chinesischen Staatsmedien, vom Volksgericht in Guiyang (Provinz Hunan) zu [15 Jahren Haft](#) verurteilt, weil er Korruptionsfälle aufgedeckt hatte, in die eine Reihe von Funktionären der Kommunistischen Partei verwickelt waren. Im Juli 2018 wurde der für seine satirischen Karikaturen bekannte Zeichner **Jiang Yefei** zu [sechseinhalb Jahren Gefängnis](#) verurteilt, während der bekannte Journalist und Verteidiger der Pressefreiheit **Qin Yongmin** wegen „Subversion“ zu [13 Jahren Gefängnis](#) verurteilt wurde.

Schwere Strafen

Auch Bürgerjournalistinnen und -journalisten sind vor Strafverfolgung nicht gefeit. So wurde der Blogger **Wu Gan** Ende 2017 von einem Gericht in Tianjin (Nordchina) zu [acht Jahren Gefängnis](#) verurteilt, weil er auf Fälle von Korruption in der Regierung aufmerksam gemacht hatte. **Liu Feiyue**, Gründer und Chefredakteur der Menschenrechtswebsite *Civil Rights and Livelihood Watch (Minsheng Guancha)*, wurde im Januar 2019 vom Mittleren Volksgericht in Suizhou (Provinz Hubei) zu [fünf Jahren Haft](#) verurteilt.

Das chinesische Regime nimmt nicht einmal auf Landesgrenzen oder Staatsangehörigkeit Rücksicht und hält derzeit [drei ausländische Medienschaffende](#) unter dem Vorwurf der Spionage fest. **Cheng Lei**, eine bekannte australische Moderatorin der Wirtschaftssendung der staatlichen Mediengruppe *China Global Television Network (CGTN)*, ist seit August 2020 wegen des Verdachts der „Weitergabe von Staatsgeheimnissen ans Ausland“ inhaftiert. **Yang Hengjun**, ein australischer politischer Kommentator, wurde im Jahr zuvor aufgrund ähnlicher Vorwürfe festgenommen und ist seitdem willkürlich inhaftiert. Der schwedische Staatsbürger **Gui Minhui**, Gründer eines Hongkonger Verlags, wurde 2020 aus demselben Grund zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt, nachdem er 2015 in Thailand entführt worden war.

Folter und Misshandlung

Die notorisch unhygienischen und undurchsichtig geführten chinesischen Gefängnisse lassen alle Arten von Missbrauch zu, und inhaftierte Journalistinnen und Journalisten werden fast systematisch misshandelt; auch haben sie keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Der Reiseführer **Kunchok Jinpa**, der bis zu seiner Verhaftung im Jahr 2013 eine wichtige Nachrichtenquelle in der autonomen chinesischen Region Tibet war, starb am 6. Februar 2021 im Alter von 51 Jahren an den Folgen von Misshandlungen in der Haft. Er verbüßte eine 21-jährige Haftstrafe in einem Gefängnis in Lhasa wegen „Weitergabe von Staatsgeheimnissen“, nachdem er Informationen über Proteste in seiner Heimatregion Driru im Nordosten Tibets an ausländische Medien weitergegeben hatte.

Im Jahr 2017 starben der Friedensnobelpreisträger von 2010 und der RSF-Preisträger für Pressefreiheit von 2004, **Liu Xiaobo**, sowie der Blogger **Yang Tongyan** in der Haft an einer unbehandelten Krebserkrankung. Nach Informationen von RSF droht mindestens zehn der derzeit in China inhaftierten Verteidigerinnen und Verteidigern der Pressefreiheit der Tod, wenn sie nicht sofort freigelassen werden.



Zehn Medienschaffende, die im Gefängnis zu sterben drohen



Ilham Tohti - 51

Beruf: Gründer der Informations-Website *Uyghur Online*

Ort der Inhaftierung: Urumqi (Autonome Region Xinjiang)

Strafmaß: Lebenslange Haft wegen „Separatismus“ (September 2014)

Möglicher Grund: Kritik an der Regierung

Gesundheitszustand: Herz- und Lungenprobleme, Gewichtsverlust; seit Ende 2018 keine Informationen.



Gulmira Imin - 43

Beruf: Ehemalige Administratorin der Nachrichtenwebsite *Salkin*

Ort der Inhaftierung: Urumqi (Autonome Region Xinjiang)

Strafmaß: Ursprünglich lebenslange Haftstrafe wegen „Separatismus“ und „Weitergabe von Staatsgeheimnissen ans Ausland“ (April 2010). Berichten zufolge wurde ihre Strafe 2017 auf 19 Jahre und 8 Monate Haft reduziert.

Möglicher Grund: Kritik an der Regierung

Gesundheitszustand: Vor ihrem Prozess im Jahr 2010 war sie Opfer von Misshandlungen und Folter; seit 2010 keine Informationen.



Lu Jianhua (Wen Yu) - 60

Beruf: Politischer Kommentator für *CCTV, Phoenix TV, Singapore Straits Times*

Ort der Inhaftierung: Yancheng-Gefängnis, Yanjiao (Provinz Hebei)

Strafmaß: 20 Jahre Haft wegen „Weitergabe von Staatsgeheimnissen“ (Dezember 2006)

Möglicher Grund: Äußerung zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage in China

Gesundheitszustand: Die Nichtregierungsorganisation Independent Chinese Pen Centre stellte eine Verschlechterung des Gesundheitszustands fest; die Behörden lehnten einen Antrag auf Entlassung aus medizinischen Gründen ab.



Zhang Haitao - 49

Beruf: Politischer Kommentator für *Boxun, Radio Free Asia* und *Voice of America*

Ort der Inhaftierung: Shaya (Autonome Region Xinjiang)

Strafmaß: 19 Jahre Gefängnis wegen „Anstiftung zum Umsturz“ und „Weitergabe von Staatsgeheimnissen ans Ausland“ (Januar 2016)

Möglicher Grund: Kritik an den Maßnahmen des Peking Regimes in sozialen Medien und in Interviews mit ausländischen Medien

Gesundheitszustand: Wurde in der Haft geschlagen und gezwungen, sechs Monate lang schwere Ketten um die Knöchel zu tragen; Nahrungsentzug; seit April 2018 keine Informationen.



Qin Yongmin - 68

Beruf: Politischer Kommentator und Gründer von *China Human Rights Watch* und *Rose China*

Ort der Inhaftierung: Wuhan (Provinz Hubei)

Strafmaß: 13 Jahre Haft wegen „Anstiftung zum Umsturz“ (Juli 2018)

Möglicher Grund: Anregung zu einem friedlichen Übergang zu einer Demokratie, die die Menschenrechte, einschließlich der Pressefreiheit, achtet

Gesundheitszustand: Stark geschwächt durch 20 Jahre Haft und Arbeitslager, wurde er während seines Prozesses ohnmächtig. 2019 hat sich sein Gesundheitszustand weiter verschlechtert.



Huang Qi - 58

Beruf: Gründer der Informations-Website *64 Tianwang*

Ort der Inhaftierung: Bazhong (Provinz Sichuan)

Strafmaß: zwölf Jahre Haft wegen „Weitergabe von Staatsgeheimnissen ans Ausland“ (Juli 2019)

Möglicher Grund: Er hat Opfer von Misshandlungen durch den chinesischen Staatsapparat zu Wort kommen lassen

Gesundheitszustand: Herz- und Leberkomplikationen infolge von acht Jahren Gefängnis und Arbeitslagern; Übergriffe und Verletzungen.



Yiu Mantin (Yao Wentian) - 76

Beruf: Gründer des Verlagshauses *Morning Bell Press*

Ort der Inhaftierung: Dongguan (Provinz Guangdong)

Strafmaß: Zehn Jahre Gefängnis wegen „Schmuggels von verbotenen Produkten“ (Mai 2014)

Möglicher Grund: Versuch, ein Buch über Präsident Xi Jinping zu veröffentlichen

Gesundheitszustand: Asthmatiker, Herzleiden, Prostatakrebs und Hepatitis B; er erlitt fünf Schlaganfälle, trotzdem wurden seine Anträge auf medizinisch bedingte Strafaussetzung abgelehnt; seit November 2017 keine weiteren Informationen.



Gui Minhai (Michael Gui) - 57

Beruf: Hauptaktionär des Causeway Bay Bookstore und des *Mighty Current Publishing House*

Ort der Inhaftierung: Ningbo (Provinz Zhejiang)

Strafmaß: Zehn Jahre Gefängnis wegen „illegaler Weitergabe von Geheimdienstinformationen ans Ausland“ (Februar 2020); seit 2015 inhaftiert

Möglicher Grund: Versuch, ein Buch über das Privatleben von Präsident Xi Jinping zu veröffentlichen

Gesundheitszustand: Symptome einer schweren neurologischen Erkrankung; wurde unter Missachtung des Konsularrechts daran gehindert, den Arzt in seiner Botschaft aufzusuchen (schwedischer Staatsbürger seit 1996).



Wu Gan - 49

Beruf: Menschenrechtsverteidiger und Kommentator auf Twitter

Ort der Inhaftierung: Qingliu (Provinz Fujian)

Strafmaß: Acht Jahre Gefängnis wegen „Anstiftung zum Umsturz“ (Dezember 2017)

Möglicher Grund: Humorvolle Kommentare über Korruption unter Funktionären der Kommunistischen Partei

Gesundheitszustand: Opfer von Folter und Schlafentzug; hat in der Haft 15 Kilogramm abgenommen; seit März 2019 keine weiteren Informationen.



Jiang Yefei - 53

Beruf: Karikaturist der Nachrichten-Website *Boxun*

Ort der Inhaftierung: Chongqing

Strafmaß: Sechs Jahre Gefängnis wegen „Anstiftung zum Umsturz“ und „illegalem Grenzübertritt“ (Juli 2018)

Möglicher Grund: seine satirischen Karikaturen über Menschenrechtsverletzungen in China

Gesundheitszustand: Berichten zufolge gefoltert und aufgrund fehlender Behandlung auf einem Auge blind.

Medienblockade in Xinjiang

Seit 2016 geht das Pekinger Regime im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ mit gewaltsamer Unterdrückung gegen die türkischsprachige muslimische Bevölkerung, hauptsächlich ethnische Uigurinnen und Uiguren, in der Autonomen Region Xinjiang im Nordwesten des Landes vor. Diese wird begleitet von einer beispiellosen Medienblockade. Nach weitgehend übereinstimmenden internationalen Medienberichten werden mindestens 1 Million Menschen willkürlich in „Berufsbildungszentren“ festgehalten, die an Konzentrationslager erinnern.

Als der chinesische Botschafter in Paris, Lu Shaye, im Juni 2021 die Fragen eines Journalisten der französischen Tageszeitung *L'Opinion* zu diesem Thema [beantwortete](#), schwankte er zwischen falscher Naivität und vermeintlicher Paranoia: „Wenn es wirklich einen ‚Völkermord‘ oder viele andere massive Menschenrechtsverletzungen gegeben hätte (...), warum hat sie dann niemand in den sozialen Medien aufgedeckt? Es gibt so viele ausländische Touristen, Diplomaten und Journalisten, die Xinjiang besuchen. Natürlich gibt es auch westliche Journalisten. Selbst wenn sie positive Aspekte sehen, stellen sie die negativen Aspekte heraus, um ihre Geschichten zu schreiben.“

Dabei „vergisst“ der Botschafter zu erwähnen, dass die wenigen ausländischen Journalistinnen und Journalisten, die Xinjiang noch besuchen dürfen, unter strenger Überwachung stehen und sich weder frei bewegen noch Interviews führen dürfen. Sie laufen zudem Gefahr, dass ihre Namen fettgedruckt auf der schwarzen Liste der Medienschaffenden auftauchen, denen die Einreise in chinesisches Hoheitsgebiet verboten wird, da ihre Berichterstattung Peking missfällt. So musste **Megha Rajagopalan**, Leiterin des China-Büros von *Buzzfeed News*, im August 2018 [das Land verlassen](#), weil ihr Visum nicht verlängert wurde. Im Jahr zuvor hatte sie einen Bericht veröffentlicht, in dem sie Xinjiang als „Frontlabor für Überwachung“ bezeichnet hatte.

Chinesische Journalistinnen und Journalisten, die es wagen, sich der Zensur zu widersetzen, riskieren noch mehr. Der Fotojournalist **Lu Guang**, zweifacher Gewinner des World Press Award, [verschwand](#) 2018 und wurde Berichten zufolge in Gewahrsam genommen, als er sich in Urumqi, der Hauptstadt Xinjiangs, mit örtlichen Fotografen treffen wollte; seitdem steht er offenbar unter Hausarrest. Der uigurische Journalist und Wissenschaftler **Ilham Tohti**, Träger des Václav-Havel-Preises des Europarats und des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments, verbüßt seit 2014 eine [lebenslange Haftstrafe](#) wegen „Separatismus“, ebenso wie **Gulmira Imin**, ehemalige Administratorin der Nachrichtenseite *Salkin*, die seit 2009 inhaftiert ist. Im Oktober 2021 floh der chinesische Vlogger **Guanguan** aus Angst vor Repressalien in die USA, nachdem er eine Dokumentation auf [YouTube](#) veröffentlicht hatte, in der er fast 20 Haftanstalten für Uigurinnen und Uiguren in der Region identifiziert hatte.

In der autonomen Region Xinjiang werden die kleinsten Bewegungen von Journalistinnen und Journalisten kontrolliert – wenn sie nicht ohnehin inhaftiert sind.

© Johannes Eisele / AFP



Seit Beginn der offiziell „gegen den Terrorismus“ gerichteten Repressionskampagne in Xinjiang im Jahr 2016 haben die Behörden mehrere hundert uigurische Intellektuelle, darunter viele Medienschaffende, [verhaftet](#). Im Mai 2019 gab die US-amerikanische NGO Uyghur Human Rights Project (UHRP) bekannt, dass das Regime nicht weniger als 58 Journalisten, Redakteurinnen und Verleger aus der Region inhaftiert habe. Im November 2021 [zählte](#) RSF 71 inhaftierte uigurische Journalistinnen und Journalisten, mehr als die Hälfte der 127 in China inhaftierten Medienschaffenden und Verteidigerinnen und Verteidiger der Pressefreiheit.



INTERVIEW

„Das Regime setzt unsere Verwandten in China unter Druck“

Gulchehra Hoja ist Journalistin im uigurischen Dienst des vom US-Kongress finanzierten Privatsenders *Radio Free Asia (RFA)* und Trägerin des Magnitsky-Menschenrechtspreises 2019 sowie des Courage in Journalism Award der International Women's Media Foundation 2020. Sie schildert den Druck auf Medienschaffende, die über die autonome Region Xinjiang berichten.

In welcher Situation befinden sich die Medien in der Autonomen Region Xinjiang?

In den letzten Jahren haben die Einschränkungen der Medienberichterstattung über Xinjiang so sehr zugenommen, dass die meisten unabhängigen Informationen von Medien außerhalb Chinas stammen. Da wir in der Region aufgewachsen sind und die uigurische Sprache sprechen, sind meine Kolleginnen und Kollegen und ich in der Lage, der Propaganda des Regimes entgegenzuwirken und die Welt über die tatsächliche Situation vor Ort zu informieren. Weil wir unabhängige Informationen veröffentlichen, sieht uns die chinesische Regierung als Bedrohung für ihre Politik und versucht mit allen Mitteln, uns zum Schweigen zu bringen.

Mit welchen Arten von Angriffen müssen Sie rechnen?

Da das Regime uns nicht direkt treffen kann, übt es Druck auf unsere Verwandten in China aus. Meine Familie wird seit meiner Übersiedlung in die USA 2001 von der chinesischen Regierung schikaniert und befragt. Im September 2017 hörten meine Verwandten plötzlich auf, über WeChat mit mir zu kommunizieren; außerdem erfuhr ich, dass mein Bruder wegen meiner journalistischen Tätigkeit von der chinesischen Regierung verhaftet worden war. Am 3. Februar 2018 wurden auch meine Eltern und 24 weitere Verwandte verhaftet. Dies ist leider kein Einzelfall: Wie ich inzwischen weiß, haben alle Mitarbeitenden des uigurischen Dienstes von *RFA* Familienmitglieder, die in Konzentrationslagern oder Gefängnissen einsitzen, um Druck auf sie auszuüben.

Kann sich dieser Druck auf Ihre Arbeit auswirken?

Wir werden nicht schweigen, denn wir sind die Stimme von Millionen Uigurinnen und Uiguren und anderen muslimischen Minderheiten in der Region, die daran gehindert werden, ihre Meinung zu äußern. Die Informationen, die wir veröffentlichen, sind von entscheidender Bedeutung, da sie den kulturellen Völkermord anprangern, der derzeit in der Region verübt wird.

Auslandskorrespondenten als unerwünschte Zeugen

Auf einer Pressekonferenz bezeichnete der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, die *BBC* (British Broadcasting Corporation) am 29. Juli 2021 als „verleumderische Rundfunkanstalt“, die „sich ernsthaft von journalistischen Standards entfernt habe, China angreife und verleumde“ und „Fake News“ produziere. Dieser Kommentar, der die wachsende Paranoia des Regimes gegenüber ausländischen Journalistinnen und Journalisten verdeutlicht, sollte physische Belästigungen und Online-Drohungen gegen ausländische Korrespondentinnen und Korrespondenten „rechtfertigen“, die vor allem von der Kommunistischen Jugendliga Chinas ausgehen und gegen Medienschaffende der *BBC*, der *Los Angeles Times* und der *Deutschen Welle* gerichtet sind. Sie hatten in jenem Monat über die katastrophalen Überschwemmungen in Zentralchina (Provinz Henan) berichtet.

Es ist nicht das erste Mal, dass das Regime die britische öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt angreift, der am 4. Februar 2021 offiziell die Sendelizenz in China [entzogen](#) wurde. Im darauffolgenden Monat musste **John Sudworth**, seit neun Jahren China-Korrespondent der *BBC*, nach wiederholten Drohungen der Behörden das Land verlassen. Die Behörden waren unzufrieden mit seiner Berichterstattung über das harte Vorgehen gegen die uigurisch-muslimische Bevölkerung in der autonomen Region Xinjiang. Bereits 2017 wurde Sudworth von der chinesischen Zeitung *Global Times* beschuldigt, „politische Vorurteile und ein psychisches Problem“ zu haben, nachdem er über das Massenüberwachungssystem Skynet und die geplante Installation von 200 Millionen Überwachungskameras im Land berichtet hatte.

Das Ende eines „goldenen Zeitalters“

Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten haben es in China schon immer schwer gehabt, vor allem wenn sie über Politik oder Menschenrechtsfragen berichteten. In den 1990er und 2000er Jahren gab es jedoch eine Zeit, in der sie und ihre chinesischen Kolleginnen und Kollegen eine gewisse Freiheit bei Recherchen genossen und Zugang zu offiziellen und inoffiziellen Informationsquellen hatten, die sie für ihre Arbeit benötigten. Für die Behörden war dies ein notwendiges Übel: Auch wenn die Artikel von Korrespondentinnen und Korrespondenten manchmal unbequeme Informationen enthielten, erfüllten sie die wichtige Aufgabe, die Welt über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas zu informieren und damit Investoren und Geschäftspartner anzuziehen.

Die ohnehin schon zermürbenden Schikanen gegen Auslandskorrespondenten haben sich mit der Corona-Pandemie noch verschärft.

© Thomas Peter / Reuters



Zwei Jahrzehnte später hat sich die Situation dramatisch verändert, und das „goldene Zeitalter“ ausländischer Medienschaffender in China ist definitiv passé. Das chinesische Regime, das dem unabhängigen Journalismus den Krieg erklärt und eine der mächtigsten Propagandamaschinen der Welt errichtet hat, betrachtet ausländische Korrespondentinnen und Korrespondenten als unliebsame Zeugen, die zum Schweigen gebracht werden müssen. In seinem am 1. März 2021 veröffentlichten [Jahresbericht](#) kritisiert der Foreign Correspondents' Club of China (FCCC), dass die Schikanen mit der Coronakrise zugenommen haben. Das Regime hat ein regelrechtes System zur Einschüchterung von Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten eingeführt, das auf Überwachung und zunehmender Erpressung bei der Erteilung von Visa beruht. Im Jahr 2020 wurden nicht weniger als 18 Auslandskorrespondenten gezwungen, das Land zu verlassen.



© BBC

Druck auf die Quellen

Die Schikanen betreffen auch ihre Mitarbeitenden und Quellen. Am 7. Dezember 2020 wurde Haze Fan, eine chinesische Redaktionsassistentin der Agentur *Bloomberg*, die zuvor für die internationalen Nachrichtensender *CNBC*, *CBS News*, *Al Jazeera* und *Thomson Reuters* gearbeitet hatte, vom Büro für nationale Sicherheit in Peking wegen angeblicher „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ [verhaftet](#). Sie befindet sich noch immer in Isolationshaft, ohne dass ein Termin für ein Gerichtsverfahren feststeht. Auch die für Journalistinnen und Journalisten wichtigen Informationsquellen werden immer seltener und verlangen aus Angst vor Repressalien fast immer Anonymität. Im Jahr 2018 wurde der 84-jährige pensionierte Universitätsprofessor **Sun Wenguang**, eine bekannte Figur der Pro-Demokratie-Bewegung in China, in seinem Haus in der Stadt Jinan (Provinz Shandong) während eines Telefoninterviews [verhaftet](#), das der Radiosender *Voice of America Radio* (VOA) live übertrug.

Das Risiko, als Geisel genommen zu werden

Die Gefahr einer Ausweisung aus China ist nicht einmal mehr die Hauptsorge von Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten, da sie nun Gefahr laufen, im Falle einer politischen Krise mit ihrem Land als Geiseln genommen zu werden. Drei ausländische Journalisten chinesischer Abstammung werden derzeit in China wegen Spionagevorwürfen festgehalten: der schwedische Verleger **Gui Minhui**, Gründer eines Hongkonger Verlags, der 2020 zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, sowie die australischen Journalisten **Yang Hengjun** und **Cheng Lei**, die 2019 bzw. 2020 verhaftet wurden und seitdem ohne Verhandlungstermin inhaftiert sind.

Am 3. September 2020 mussten die australischen Korrespondenten **Bill Birtles** (*ABC News*) und **Michael Smith** (*Australian Financial Review*) in die australische Botschaft flüchten, um einer Verhaftung zu entgehen. Beide hatten zuvor im Fall **Cheng Lei** recherchiert. Die beiden Journalisten konnten schließlich am 7. September das Land verlassen, nicht ohne sich zuvor einem Verhör durch die Polizei unterziehen zu müssen.

Dieser zunehmende Druck des chinesischen Regimes auf Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten hat starke Auswirkungen auf die Quantität und Qualität der von ihnen produzierten Informationen und schränkt die Berichterstattung und das Verständnis der Ereignisse in China ein. In einem Artikel des englischsprachigen Online-Magazins *ChinaFile* vom August 2020 beklagte **Josh Chin**, ehemaliger stellvertretender Leiter des China-Büros des *Wall Street Journal*, der im Februar desselben Jahres des Landes verwiesen wurde, dass es schwieriger geworden sei, „das Lokalkolorit einzubringen, das die Geschichte menschlicher macht.“



廣告
招租

2897 1212



WINLFRID
MEDIA

2

HONGKONG:
PRESSEFREIHEIT IM
FREIEN FALL



- Das 2020 von Peking erlassene Nationale Sicherheitsgesetz hat der Regierung von Hongkong einen Vorwand geliefert, um mindestens zwölf Medienschaffende und Verfechter der Pressefreiheit strafrechtlich zu verfolgen (zehn von ihnen wurden inhaftiert) und um *Apple Daily*, die größte chinesischsprachige Oppositionszeitung Hongkongs, zu schließen.
- Um sich beim chinesischen Regime einzuschmeicheln, greift Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam Symbole der Pressefreiheit an, darunter den öffentlich-rechtlichen Sender *RTHK (Radio Television Hong Kong)*, und verschließt die Augen vor Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten.

© Isaac Lawrence / AFP

Ein hartes Vorgehen gegen unabhängige Medien

„Nationale Sicherheit“ um jeden Preis

Ein Vierteljahrhundert nach der Übergabe Hongkongs an die Volksrepublik China ist die Pressefreiheit, die laut Mini-Verfassung der Sonderverwaltungszone bis 2047 garantiert ist, so bedroht wie nie zuvor. Innerhalb einer Generation ist Hongkong in der Rangliste der Pressefreiheit von RSF von Platz 18 bei der ersten Ausgabe der Liste im Jahr 2002 auf Platz 80 im Jahr 2021 abgerutscht.

In diesem Zeitraum hat Peking nach und nach die Kontrolle über Teile der chinesischsprachigen Medien in Hongkong [übernommen](#) und gleichzeitig ein System errichtet, um über Werbekunden indirekt Druck auf andere Medien auszuüben. Am 30. Juni 2020 verschärfte sich die Lage weiter, als Chinas höchstes gesetzgebendes Organ, der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, ein Gesetz der Volksrepublik China über den Schutz der nationalen Sicherheit in der Sonderverwaltungszone Hongkong verabschiedete.

Der bewusst vage formulierte Text sieht eine lebenslange Höchststrafe für die Straftatbestände „Terrorismus“, „Abspaltung“, „Subversion“ und „geheime Absprachen mit ausländischen Kräften“ vor und öffnet willkürlichen Verhaftungen und Verurteilungen unter dem Deckmantel der Legalität Tür und Tor. Nach Ansicht von **Keith Richburg**, Direktor des Zentrums für Journalismus- und Medienstudien an der Universität Hongkong, der im Mai 2021 vom US-amerikanischen Fernsehsender **CNBC** interviewt wurde, verurteilt das Gesetz die Pressefreiheit in Hongkong zu einem langsamen, aber unausweichlichen Untergang, was er mit der alten chinesischen Foltermethode des „Todes durch tausend Schnitte“ verglich.

Seit der Verabschiedung des Nationalen Sicherheitsgesetzes wurden bereits zwölf Medienschaffende und Verfechter der Pressefreiheit wegen „Verbrechen“ gegen den Staat angeklagt.

© Anthony Wallace / AFP



„Verbrechen“, auf die eine lebenslange Haftstrafe steht

Das Gesetz, das in seiner chinesischen Originalfassung ebenso ungenau ist wie in seiner englischen Übersetzung, trat unmittelbar nach seiner Verabschiedung in Kraft und gilt für alle Journalistinnen und Journalisten, die über die Sonderverwaltungszone Hongkong berichten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort (Artikel 38).

Im Falle eines Prozesses in Hongkong drohen Medienschaffenden lebenslange Haftstrafen, und obwohl das Wort „Auslieferung“ nicht fällt, behält sich das Gesetz die Möglichkeit eines Prozesses in der Volksrepublik China vor (Artikel 55), wo Verbrechen gegen die nationale Sicherheit mit dem Tod bestraft werden können. Das Gesetz sieht außerdem vor, dass bestimmte Prozesse unter Ausschluss der Medien und der Öffentlichkeit stattfinden (Artikel 41).

Zur Durchsetzung des Gesetzes hat das Pekinger Regime ein Büro zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong (Artikel 48) eingerichtet, das für die Überwachung der Medien und der Tätigkeit von Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten zuständig ist (Artikel 54); es hat außerdem ein Komitee für den Schutz der nationalen Sicherheit (Artikel 12) geschaffen, das außerhalb der Zuständigkeit der örtlichen Gerichte tätig ist (Artikel 14) und daher Medienschaffende und deren Quellen ungehindert einschüchtern und überwachen kann.

Ein immer wieder aufgeschobenes Vorhaben

Als Hongkong in den 1990er Jahren zum wichtigsten Tor für Informationen über China wurde, mussten Reporterinnen und Reporter, die auf dem Festland recherchierten, bereits mit Klagen wegen „Verbrechen gegen den Staat“ rechnen. Im Jahr 1994 wurde **Xi Yang**, ein Reporter der Tageszeitung *Ming Pao*, wegen „Diebstahls von Staatsgeheimnissen“ zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem er die Börsenstrategie der chinesischen Zentralbank enthüllt hatte. Nach dieser Verurteilung organisierten Journalistinnen und Journalisten in Hongkong eine Reihe von Demonstrationen.

Im Jahr 2002, nur fünf Jahre nach der britischen Übergabe des Gebiets an China, unternahm die Exekutive Hongkongs auf Druck von Peking [einen ersten Versuch](#), dem Legislativrat die Verabschiedung eines Gesetzes zur nationalen Sicherheit vorzuschlagen, das Verbrechen gegen den Staat mit lebenslanger Haft bestraft. Der Gesetzentwurf wurde schnell zurückgezogen, nachdem eine halbe Million Hongkongerinnen und Hongkonger auf die Straße gingen, um gegen die unmittelbare Bedrohung der politischen und religiösen Freiheiten und der Pressefreiheit zu protestieren, die eine solche Regelung mit sich gebracht hätte.

2014 gingen die Menschen in Hongkong erneut [auf die Straße](#), um mehr Demokratie zu fordern, insbesondere um den Legislativrat durch allgemeine Wahlen bestimmen zu können: Das zentrale Geschäftsviertel wurde von der so genannten „Regenschirm-Bewegung“ 79 Tage lang friedlich besetzt, bevor die Demonstrierenden von der Polizei gewaltsam vertrieben wurden. Das Regime in Peking, das befürchtete, eines Tages die Kontrolle über das Gebiet zu verlieren, begann mit der Exekutive Hongkongs an einem Entwurf für künftige Sicherheitsvorschriften zu arbeiten.

Auf Biegen und Brechen

Anfang 2019 startete die neu ernannte Regierungschefin Carrie Lam eine Kampagne für ein neues Gesetz, den „Entwurf für ein Gesetz über flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen (Änderung) 2019“, das sogenannte Auslieferungsgesetz, wonach Einwohnerinnen oder Besucher, die in Hongkong einer Straftat beschuldigt werden, an das chinesische Festland [ausgeliefert](#) werden können. Obwohl das Gesetz theoretisch politische und wirtschaftliche Straftaten sowie Fälle von Menschenrechtsverletzungen ausschließt, befürchteten die Menschen in Hongkong, ihre Vertreter könnten nicht in der Lage sein, sich den Forderungen Pekings zu widersetzen, insbesondere in Fällen, die Aktivistinnen oder Journalisten betreffen.

Im Frühjahr gingen die Menschen in Hongkong erneut auf die Straße. Am 9. Juni waren es 1 Million Demonstranten; bis zum 16. Juni wuchs diese Zahl auf 1,5 bis 2 Millionen an, also fast jeder zweite Berufstätige, so viel wie noch nie in dem Gebiet mit fast 7,5 Millionen Einwohnern. Die Hongkonger Exekutive sah sich erneut gezwungen, den Gesetzentwurf aufzugeben. Für das Regime in Peking war dies eine Demütigung zu viel. Mitten in der durch die Corona-Pandemie verursachten Gesundheitskrise verabschiedete Peking [das Gesetz über die nationale Sicherheit](#), das es der Sonderverwaltungsregion ohne Rücksicht auf ihre Autonomie aufzwang.

IM FOKUS

Die vier Verbrechen gegen den Staat

Die vier „Verbrechen gegen den Staat“, die das Nationale Sicherheitsgesetz vorsieht, sind so vage formuliert, dass alle möglichen Interpretationen denkbar sind, um Journalistinnen und Journalisten zum Schweigen zu bringen.

„Geheime Absprachen mit ausländischen Kräften, um die nationale Sicherheit zu gefährden“

- **Höchststrafe:** Lebenslange Freiheitsstrafe
- **Definition:** Beteiligung an „feindseligen Aktivitäten“ oder Schüren von „Hass“ auf China durch die „Weitergabe von Staatsgeheimnissen oder nachrichtendienstlichen Informationen“; „Verschwörung mit einem ausländischen Land oder einer ausländischen Institution“; „direkte oder indirekte Entgegennahme von Anweisungen“ von einem ausländischen Land oder einer ausländischen Organisation
- **Präzedenzfälle in China:** Pekings Propaganda stellt ausländische Medien systematisch als Agenten ausländischer Regierungen dar, die die Interessen des Staates, in dem sie ihren Sitz haben, fördern. 2020 wurden mindestens 18 Journalistinnen und Journalisten, die für ausländische Medien arbeiten, aus China ausgewiesen. 2021 wurden mindestens drei ausländische Journalisten vom chinesischen Regime unter dem Vorwurf der Spionage inhaftiert.
- **Anwendung in Hongkong:** Jimmy Lai, dem Gründer von *Apple Daily*, wurde dieses Verbrechen 2020 zur Last gelegt. 2021 wurden sechs Mitarbeitende von *Apple Daily*, darunter auch Journalisten, angeklagt, sich mit Lai zu „geheimen Absprachen mit ausländischen Kräften“ verschworen zu haben. Im Januar 2020 deutete Carrie Lam, die Regierungschefin von Hongkong, an, ausländische Medien und sogar von Ausländern gegründete Medien in Hongkong könnten Sprachrohre westlicher Regierungen sein.

„Subversion“

- **Höchststrafe:** Lebenslange Freiheitsstrafe
- **Definition:** „Umsturz oder Untergrabung“ des „grundlegenden Systems“ Chinas oder ernsthafte „Eingemischung, Störung oder Untergrabung“ der Ausübung der Funktionen der Zentralmacht in China oder des Machtorgans in Hongkong
- **Präzedenzfälle in China:** Mindestens 13 Medienschaffende sind unter dem Vorwurf des „Umsturzes der Staatsmacht“ und der „Anstiftung zum Umsturz“ inhaftiert.
- **Anwendung in Hongkong:** Die beiden Verteidigerinnen der Pressefreiheit, **Claudia Mo** und **Gwyneth Ho Kwai-lam**, wurden 2021 unter diesem Vorwurf inhaftiert, weil sie sich für Demokratie und Pressefreiheit in Hongkong eingesetzt hatten. Journalistinnen und Journalisten, die über Veranstaltungen zur Förderung der Unabhängigkeit berichten oder Aktivisten der Unabhängigkeitsbewegung zitieren, sowie Medienschaffende, die kritische Meinungsartikel oder investigative Reportagen über das chinesische Regime verfassen, können wegen dieses Verbrechens angeklagt werden.



Der Journalist Victor Mallet wurde 2018 aus Hongkong ausgewiesen, weil er eine Debatte moderiert hatte, in der ein Befürworter der Unabhängigkeit zu Wort kam; hätte das Gesetz zur nationalen Sicherheit bereits existiert, hätte er wegen „Abspaltung“ angeklagt werden können.

© Paul Yeung

„Abspaltung“

- **Höchststrafe:** Lebenslange Freiheitsstrafe
- **Definition:** „Untergrabung der nationalen Einigung“ und „Abspaltung Hongkongs“ von China
- **Präzedenzfälle in China:** Auf dem chinesischen Festland wird dieser Straftatbestand häufig mit „Separatismus“ gleichgesetzt und erstreckt sich auf alle Personen oder Gruppen, die regionale Kulturen und Sprachen fördern, wie z.B. Uiguren und Tibeter. Der Journalist und Wissenschaftler **Ilham Tohti** wurde 2014 unter dem Vorwurf der „Abspaltung“ zu lebenslanger Haft verurteilt.
- **Anwendung in Hongkong:** Nach dem Nationalen Sicherheitsgesetz kann jeder Medienschaffende, der über die kulturelle Identität Hongkongs oder die Unabhängigkeitsbewegung schreibt, wegen „Separatismus“ angeklagt werden. **Victor Mallet**, Asien-Redakteur der *Financial Times*, wurde 2018 aus Hongkong ausgewiesen, weil er eine Debatte des Foreign Correspondents' Club (FCCHK) moderiert hatte, an der ein Unabhängigkeitsbefürworter teilnahm. Hätte das Sicherheitsgesetz zu diesem Zeitpunkt bereits existiert, hätte Mallet wegen „Abspaltung“ angeklagt werden können.

„Terroristische Aktivitäten“

- **Höchststrafe:** Lebenslange Freiheitsstrafe
- **Definition:** „der Gesellschaft schweren Schaden zufügen oder dies beabsichtigen“ durch „Aktivitäten, die die öffentliche Gesundheit, Sicherheit oder Ordnung ernsthaft gefährden“
- **Präzedenzfälle in China:** Im Rahmen des harten Vorgehens Pekings gegen die uigurische Volksgruppe in der autonomen Region Xinjiang sind derzeit mindestens 71 Journalistinnen und Journalisten wegen Terrorismusvorwürfen inhaftiert. **Wahitjan Osman**, ehemaliger leitender Redakteur des Verlags *Xinjiang Education Press*, ist seit 2016 wegen der Förderung von „Separatismus und terroristischer Ideologie“ inhaftiert.
- **Anwendung in Hongkong:** Da das chinesische Regime und die Hongkonger Exekutive die Pro-Demokratie-Bewegung häufig als „Terrorismus“ bezeichnen, könnten Journalistinnen und Journalisten, die vor Ort über die Proteste berichten, nach dem Nationalen Sicherheitsgesetz wegen terroristischer Aktivitäten verfolgt werden. Ähnlich könnten ausländische Reporterinnen und Reporter in China, die über diese Bewegungen berichten, wegen „Unterstützung des Terrorismus“ verhaftet oder ausgewiesen werden.

Journalistinnen und Journalisten, die neuen schwarzen Schafe



© Anthony Wallace / AFP

Am 29. Mai 2023 müssen sich **Wong Ka-ho**, der stellvertretende Chefredakteur der Studentenzeitschrift der City University of Hong Kong, und **Ma Kai-chung**, ein Reporter des Online-Mediums *Passion Times*, vor einem Strafgericht verantworten – der Vorwurf: „Aufruhr“, eine Straftat, die mit sieben Jahren Gefängnis bestraft wird. Die beiden Journalisten wurden am 1. Juli 2019 verhaftet, als sie am Rande der Proteste gegen das Auslieferungsgesetz, an denen mehr als 500.000 Menschen teilnahmen, über das Eindringen von Demonstrierenden in das Gebäude des Legislativrats von Hongkong berichteten. Dass sich diese beiden Reporter nun auf der Anklagebank wiederfinden, nur weil sie ihren Job gemacht haben, wirft ein weiteres Licht auf den Niedergang der Pressefreiheit in Hongkong. Nach jüngsten Angaben sind nicht weniger als zwölf Hongkonger Medienschaffende und Verteidiger der Pressefreiheit wegen Verbrechen gegen den Staat angeklagt; zehn von ihnen sitzen in Haft, vier weitere wurden wegen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit verhaftet.

Der unabhängige Reporter **Wilson Li Chung-chak**, der für den britischen Fernsehsender *ITV* arbeitet, war der erste Hongkonger Journalist, der auf der Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes verhaftet wurde, nur einen Monat nach dessen Inkrafttreten. Er wurde gegen Kautions freigelassen, wird aber immer noch wegen „geheime Absprachen mit ausländischen Kräften“ angeklagt. **Jimmy Lai**, der Gründer der Tageszeitung *Apple Daily*, die inzwischen von der Regierung geschlossen wurde, konnte nicht auf Kautions freigelassen werden und befindet sich bis heute unter dem Vorwurf der „konspirativen Zusammenarbeit mit ausländischen Kräften“ in Haft. Sechs ehemalige Mitarbeiter des Konzerns befinden sich ebenfalls in Haft: der Geschäftsführer **Cheung Kim-hung**, der Herausgeber **Lam Man-chung**, der stellvertretende Herausgeber **Chan Pui-man**, Chefredakteur **Ryan Law Wai-kwong** und die Redakteure **Fung Wai-kong** und **Yeung Ching kee** (bekannt unter den Pseudonymen Lo Fung bzw. Li Ping).



Reporter können nun allein für die Ausübung ihres Berufes verhaftet werden.

© Stand News

Zu den Opfern des Nationalen Sicherheitsgesetzes gehören zwei bekannte Verfechterinnen der Pressefreiheit in Hongkong, die beide wegen „Verschwörung zum Umsturz“ inhaftiert wurden: **Claudia Mo**, ehemalige Journalistin und Abgeordnete, und **Gwyneth Ho Kwai-lam**, ehemalige Politikerin und Reporterin der Nachrichtenseite *Stand News*, die am 21. Juli 2019 per Livestream einen Angriff auf Demonstranten, Journalistinnen und Pendler durch Mitglieder der pro-pekinger Triaden in der U-Bahn-Station Yuen Long übertrug.

Parallel dazu hat die Regierung Hongkongs eine aus der britischen Kolonialzeit stammende und seit den 1970er Jahren nicht mehr angewandte Bestimmung zur Aufwiegelung wieder in Kraft gesetzt, um den Radiomoderator **Wan Yiu-Sing**, bekannt unter dem Pseudonym „Giggs“, zu verfolgen. Der seit November 2020 inhaftierte Journalist wurde bereits zweimal gegen Kaution freigelassen und muss mit einer 14-jährigen Haftstrafe rechnen.

Selbst die 1968 gegründete ehrwürdige Hongkonger Journalistenvereinigung (HKJA) sieht sich nun Angriffen der Regierung ausgesetzt, weil sie es „gewagt hat“, sich für verfolgte Journalistinnen und Journalisten einzusetzen. Im September 2021 beschuldigte der Hongkonger Sicherheitsminister und ehemalige Polizeichef Chris Tang den Verband, „Schulen zu infiltrieren“ und „Journalistenschüler als Mitglieder zu rekrutieren“.



Die ehemalige Abgeordnete und Journalistin Claudia Mo riskiert eine lebenslange Haftstrafe, weil sie sich für Demokratie und Pressefreiheit einsetzt.

© Peter Parks / AFP

IM FOKUS

RSF-Preisträger Jimmy Lai droht lebenslange Haft

Jimmy Lai, Gründer der Tageszeitung *Apple Daily* und Preisträger des RSF Press Freedom Award 2020, kämpft seit drei Jahrzehnten offen für Pressefreiheit und Demokratie in Hongkong. Er ist seit Dezember 2020 in Haft und einer der ersten Hongkonger, die unter dem sogenannten Sicherheitsgesetz angeklagt wurden. Nun droht ihm eine lebenslange Haftstrafe.

„Es ist unsere Verantwortung als Journalisten, Gerechtigkeit zu fordern“, schrieb Jimmy Lai, 73, am 12. April 2021 in einem Brief aus seiner Gefängniszelle. Da er von weiteren Angriffen auf die von Lai gegründete Zeitung *Apple Daily* ausgeht, rief er seine Mitarbeitenden auf, „den Kopf hochzuhalten“.

Jimmy Lai ist ein historischer Verfechter der Pressefreiheit in Hongkong. Er war einer der ersten Hongkonger, die unter dem Nationalen Sicherheitsgesetz angeklagt wurden, wonach ihm eine lebenslange Haftstrafe droht. Er ist seit Dezember 2020 inhaftiert, wegen verschiedener Vergehen angeklagt und wurde bereits wegen „Organisation“ und „Teilnahme“ an drei „nicht genehmigten“ Protesten zu 20 Monaten Haft verurteilt.

Als Zwölfjähriger war Lai nach Hongkong geflohen, als das maoistische China von einer der tödlichsten Hungersnöte der Geschichte heimgesucht wurde; neben der Arbeit in Textilfabriken brachte er sich selbst Englisch bei. 1981 gründete er die Modemarke Giordano, die schnell international expandierte und mit der er später ein Vermögen machte.

Das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 4. Juni 1989 war für ihn der Auslöser, sich für Demokratie und Pressefreiheit zu engagieren. 1990 gründete er das chinesischsprachige Wochenmagazin *Next Magazine* und 1995 die Zeitung *Apple Daily*.

Jimmy Lai und die von ihm gegründeten Medien waren ständigen Schikanen seitens der Behörden und einigen kriminellen Angriffen ausgesetzt. 2013 wurde sein Haus von einem Fahrzeug gerammt; die Angreifer ließen eine Axt und eine Machete als Warnung zurück. 2015 warfen maskierte Personen Molotowcocktails auf sein Haus und den Sitz der Zeitung. 2019 wurde Lai während der Demonstrationen gegen das Auslieferungsgesetz erneut auf der Straße angegriffen und sein Haus in Brand gesetzt.

© Isaac Lawrence / AFP





„Im strömenden Regen verabschiedeten sich die Hongkonger von Apple Daily“: Von der letzten Ausgabe wurden eine Million Exemplare verkauft.

© Apple Daily

Die Zerschlagung von Apple Daily

In den frühen Morgenstunden des 17. Juni 2021 umstellten 500 Polizeibeamte den Hauptsitz der *Next Media Group*, deren Publikation *Apple Daily* zu den beliebtesten Printmedien in Hongkong zählt. Anders, als man vermuten könnte, wollte die Polizei keine Journalistinnen und Journalisten vor einer Bombendrohung oder einem Terroranschlag schützen. Die Razzia richtete sich vielmehr gegen die Mediengruppe selbst.

Auf Anweisung Pekings stürmte die Polizei *Apple Daily*, zwang die Medienschaffenden, die Redaktionsräume zu verlassen, und beschlagnahmte deren Computer, Telefone und andere Geräte. Parallel dazu verhaftete die Polizei die wichtigsten Führungskräfte der Zeitung in ihren Wohnungen. Am Nachmittag gab die Regierung bekannt, dass das Vermögen der Muttergesellschaft von *Apple Daily*, Next Digital, eingefroren werde, sodass die Mediengruppe ihre Mitarbeitenden und Zulieferer nicht mehr bezahlen konnte und kurz darauf schließen musste.

Eine Woche später, am 24. Juni, veröffentlichte *Apple Daily* seine letzte Ausgabe. Am Ende des Tages erreichte sie eine Rekordauflage von einer Million Exemplaren, das Zehnfache dessen, was normalerweise an einem Tag verkauft wurde. Viele Menschen in Hongkong standen die ganze Nacht über vor den Zeitungskiosken Schlange, um ihre Solidarität mit der 26 Jahre alten Zeitung zu bekunden, die zu einem Symbol der Pressefreiheit in der ehemaligen britischen Kolonie geworden ist. Diese breite Unterstützung der Bevölkerung hatte es den Medien bis zu diesem Tag ermöglicht, den ständigen Schikanen und der Inhaftierung ihres Gründers **Jimmy Lai** im Dezember 2020 zu widerstehen.

Anfang September 2021 meldete die Muttergesellschaft von *Apple Daily*, Next Digital, Insolvenz an; der Vorstand trat zurück, um den Prozess zu erleichtern. Ende des Monats beantragte die Regierung bei Gericht die Auflösung von Next Digital.



© Anthony Wallace / AFP

IM FOKUS

Hongkong verlassen oder eine Gefängnisstrafe riskieren – das Dilemma von Journalisten in Hongkong

Laut einer Umfrage des Foreign Correspondents' Club (FCCHK) vom Juni 2021 erwägt fast die Hälfte der in Hongkong ansässigen Journalistinnen und Journalisten, die Sonderverwaltungsregion zu verlassen. In einem Interview mit RSF sprechen einige von ihnen über die schwierige Entscheidung, die Sonderverwaltungsregion zu verlassen oder eine Gefängnisstrafe zu riskieren.

Zwei Tage nach der Verhaftung eines Kolumnisten von *Apple Daily* auf dem Flughafen von Hongkong am 27. Juni 2021 traf **Kris Cheng** die schmerzliche Entscheidung, das Gebiet zu verlassen. Der ehemalige Redaktionsleiter des Online-Medienunternehmens *Hong Kong Free Press* war dafür bekannt, kein Blatt vor den Mund zu nehmen. „Diese Verhaftung hat viele Journalisten in Angst und Schrecken versetzt. Für mich war es der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat“, so Cheng. Der Journalist lebt inzwischen in Großbritannien, wo er als freier Mitarbeiter für den in den USA ansässigen öffentlichen Rundfunk *Voice of America* arbeitet. Aufgrund der Entfernung und des Zeitunterschieds kann Cheng kaum über Nachrichten aus Hongkong berichten, die er ohnehin zu düster findet: „Leider betreffen die meisten Nachrichten aus Hongkong heute Menschen, die vor Gericht angeklagt werden, und ich kann nicht persönlich dabei sein“, sagt er.

Die Investigativreporterin **Bao Choy** (Bild Mitte rechts), die im April 2021 wegen angeblicher Falschaussagen bei der Vorbereitung eines Dokumentarfilms zu einer Geldstrafe verurteilt wurde – der Film kritisierte die Untätigkeit der Polizei bei einem Angriff einer pro-pekinger Triade auf pro-demokratische Demonstranten, Journalistinnen und Pendler –, hat Hongkong ebenfalls verlassen und ein Journalismus-Stipendium in den USA angenommen. Obwohl diese Auszeit „mehr als willkommen“ sei, sieht sie sie nicht als endgültiges Exil. „Als Journalistin kann ich nicht einfach weglaufen, nur weil ich verhaftet werden könnte. Es ist Journalisten immer noch möglich, ihre Arbeit zu machen“, so Choy.

Für den Vorsitzenden der Hongkonger Journalistenvereinigung (HKJA), **Ronson Chan**, ist die Entscheidung von Medienschaffenden, zu gehen oder zu bleiben, von verschiedenen Faktoren abhängig. „Viele machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Familien und wollen weiteres Leid in dem sich verschlechternden politischen Klima Hongkongs vermeiden“, sagt Chan, „aber nicht alle können einfach gehen, weil nicht klar ist, was sie als Journalisten in einem fremden Land tun können“. Die Covid-19-Pandemie hat in vielen Ländern zu Reisebeschränkungen geführt und damit auch die Möglichkeiten der Übersiedlung ins Ausland für Journalistinnen und Journalisten eingeschränkt.

Obwohl die meisten in Hongkong lebenden Journalistinnen und Journalisten um ihre Zukunft fürchten, weigern sich viele, Hongkong seinem Schicksal zu überlassen: „Wir werden ständig mit der Versuchung der Selbstzensur konfrontiert, aber wir bleiben hier“, erklärte der Hongkonger Redakteur einer Online-Nachrichtenseite, der anonym bleiben möchte. „Wir werden Tag für Tag abwägen, welche Kompromisse wir eingehen müssen, um die Kontinuität unseres Betriebs und die Sicherheit unserer Mitarbeitenden zu gewährleisten und gleichzeitig unsere ethischen Grundsätze, unsere journalistischen Standards und unseren Auftrag aufrechtzuerhalten.“



© Anthony Wallace / AFP

Zwei Jahrzehnte Niedergang der Pressefreiheit

Chronik eines angekündigten Niedergangs

Als Großbritannien am 1. Juli 1997 Hongkong an China zurückgab, befürchteten viele Menschen in Hongkong, China werde die Pressefreiheit, die Hongkong seit den 1980er Jahren genossen hatte, nicht respektieren, obwohl dieses Recht gemäß dem Grundsatz „ein Land, zwei Systeme“ in der Mini-Verfassung der Sonderverwaltungsregion verankert war.

Im Jahr zuvor hatte Lu Ping, Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau, gewarnt, dass Journalistinnen und Journalisten nach der Übergabe nicht mehr für „zwei Chinas“, „ein China und Taiwan“ oder die „Unabhängigkeit Hongkongs“ eintreten sollten, was viele zu der Annahme veranlasste, ein hartes Vorgehen gegen die freie Presse stehe bevor. Der künftige Chef der Exekutive, Tung Chee-hwa, trug zur Besorgnis der Hongkongerinnen und Hongkonger bei, als er in einer Rede vor der Übergabe erklärte, dass in der chinesischen Gesellschaft „Ordnung“ wichtiger sei als „individuelle Rechte“.

„Eine bewusste, absichtliche und aufrichtige Anstrengung“

Zur allgemeinen Erleichterung änderte sich in den Wochen und Monaten nach der Rückgabe Hongkongs an China wenig, und die Medien konnten ihre Arbeit fortsetzen, ohne von ihrer üblichen Unabhängigkeit von der Regierung abzuweichen. Einen Monat nach der Übergabe musste **Tim Hamlett**, Dozent für Journalismus an der Hong Kong Baptist University, auf einem Seminar über Medienfreiheit im postkolonialen Hongkong anerkennen, dass die Zentralregierung „eine bewusste, absichtliche und aufrichtige Anstrengung unternimmt, um Hongkong sich selbst zu überlassen“. Allerdings bezweifelte er, dass diese von Dauer sein würde. In der Tat ließ Pekings scheinbarer guter Wille viele Journalistinnen und Journalisten skeptisch werden.

Im September 1997, nur zwei Monate nach der Übergabe, versuchte die Kommission des chinesischen Außenministeriums in Hongkong erneut, die Besorgnis der Bevölkerung zu zerstreuen, indem sie ihr Versprechen bekräftigte, „die normale Berichterstattung lokaler und ausländischer Journalisten nicht zu behindern“. In einem damals veröffentlichten Bericht räumte das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) ein, die Befürchtung eines harten Durchgreifens gegen die Medien in Hongkong habe sich bisher „nicht bewahrheitet“, warnte aber vor einer wachsenden Gefahr der „Selbstzensur“, die die Pressefreiheit in Hongkong langfristig bedrohen könne.

Die Situation blieb im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends im Wesentlichen unverändert. Als 2003 eine halbe Million Hongkongerinnen und Hongkonger auf die Straße gingen, um die Abschaffung des ersten Entwurfs für ein nationales Sicherheitsgesetz zu fordern, konnte die Presse ihre Arbeit tun, ohne auf allzu große Hindernisse zu stoßen. Mit dem Slogan „See you in the streets“ [Wir sehen uns auf der Straße] auf der Titelseite erwies sich die Tageszeitung *Apple Daily* sogar als wichtiger Akteur des Protests.

Die Tageszeitung SCMP wird von Alibaba übernommen

2012 waren die Journalistinnen und Journalisten der englischsprachigen Tageszeitung *South China Morning Post* (SCMP) alarmiert, als Wang Xiangwei, ein Journalist vom Festland und Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, zum Chefredakteur ernannt wurde. Die Übernahme des Mediums drei Jahre später durch das Konglomerat Alibaba Group Holdings – gegründet von dem chinesischen Geschäftsmann Jack Ma, der der Kommunistischen Partei Chinas damals sehr nahestand –, trug nicht dazu bei, die Befürchtungen von Medienschaffenden zu zerstreuen.

Regierungschef fordert „Entschuldigung“

In der Amtszeit des dritten Regierungschefs, Leung Chun-ying, besser bekannt als C.Y. Leung, zwischen 2013 und 2017 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Behörden und der Presse deutlich. In seinem ersten Amtsjahr forderte Leung ein Entschuldigungsschreiben, nachdem die Zeitung *Hong Kong Economic Journal* einen Artikel über Leungs angebliche Verbindungen zu Gruppen des organisierten Verbrechens veröffentlicht hatte. Es folgten zahlreiche weitere verbale Angriffe auf die unabhängige Presse, darunter auch *Apple Daily*.

Im Jahr 2014 wurden Journalistinnen und Journalisten in Hongkong zum ersten Mal selbst zur Zielscheibe massiver Polizeigewalt, als die Polizei die pro-demokratische Regenschirm-Bewegung auflöste und mehr als 2.000 Menschen verletzte, darunter etwa 30 Medienschaffende. Die physischen Angriffe auf die Presse, sei es durch die Polizei oder die pro-pekinger Mafia, hörten nicht mehr auf. Zu diesem Zeitpunkt begannen C.Y. Leung und seine Nachfolgerin Carrie Lam einen offenen Krieg gegen unabhängige Medien, indem sie ihren Einfluss und ihre Fähigkeit zur Berichterstattung über die Protestbewegungen in Hongkong immer weiter einschränkten.



Am 30. Juni 1997 wurde die britische Kronkolonie Hongkong an China zurückgegeben. Ein Vierteljahrhundert später ist die Pressefreiheit in dem Gebiet dramatisch zurückgegangen, was die ursprünglichen Befürchtungen der Menschen in Hongkong bestätigt.

© Paul Lakatos / AFP

IM FOKUS

Öffentlich-rechtlicher Sender RTHK von Zensur geplagt

Der öffentlich-rechtliche Sender RTHK, dessen redaktionelle Unabhängigkeit einst der Stolz der Einwohnerinnen und Einwohner Hongkongs war, unterliegt jetzt unter seinem neuen Programmdirektor umfassender Zensur.

Seit Patrick Li am 1. März 2021 seine Stelle als Rundfunkdirektor von *Radio Television Hongkong (RTHK)* [antrat](#), wurden mindestens 12 neue Produktionen kurzfristig aus dem Programm genommen und über 200 archivierte Programme aus dem YouTube-Kanal des öffentlich-rechtlichen Senders entfernt. Dazu gehörte eine Folge der politischen Show *LegCo Review*, die Aufnahmen einer Veranstaltung zum Gedenken an das Tiananmen-Massaker enthielt und aus den Archiven von RTHK entfernt wurde, weil sie ohne Lis „abschließende Genehmigung“ ausgestrahlt worden war.

Dieser Bürokrat ohne Medienerfahrung, der zum Politkommissar für RTHK geworden ist, hat ein umfassendes Zensursystem bei der Mediengruppe eingeführt, die bislang für ihre furchtlosen politischen Recherchen bekannt war. Die Zerschlagung der ihm nicht genehmen Programme reicht ihm nicht. Er hat außerdem gedroht, die Gehälter derjenigen Mitarbeitenden zu halbieren, die an der Produktion von Inhalten beteiligt sind, die er für die Veröffentlichung für ungeeignet hält.

Im September 2021 verabschiedete die Rundfunkgruppe neue redaktionelle Richtlinien, in denen sie Journalistinnen und Journalisten aufforderte, „die Regierung bei der Wahrung der nationalen Sicherheit und Interessen zu unterstützen“, „Hass, Diskriminierung oder Feindseligkeit gegenüber der Exekutive Hongkongs und der chinesischen Regierung nicht zu provozieren oder zu vertiefen“ und Kontakte zu „ausländischen Regierungen oder politischen Organisationen“ zu vermeiden. Im August 2021 hat RTHK außerdem eine Partnerschaft mit dem chinesischen Staatssender *China Media Group* gegründet, um den „Patriotismus“ bei den Zuschauerinnen und Zuschauern zu fördern.

Die Einstellung von Patrick Li führte zur Kündigung von mindestens vier leitenden Mitarbeitenden, darunter die Redaktionsleiter **Fong Hiu-shan**, **Liu Wai-ling** und **Doris Wong** und die preisgekrönte Reporterin **Yvonne Tong**. Des Weiteren wurde der Journalistin **Nabela Qoser**, die für ihre kompromisslose Befragung von Regierungsmitgliedern bekannt ist, die Verlängerung ihres Vertrages verweigert.

Der renommierte britische Journalist und politische Kommentator **Steve Vines**, der seit mehr als drei Jahrzehnten zum Programm des RTHK beigetragen hatte, verließ Hongkong im August 2021, nachdem der Sender beschlossen hatte, das von ihm gehostete englischsprachige Politmagazin *The Pulse* einzustellen. Er sagte: „Niemand kann ernsthaft behaupten, dass Hongkong ein sicherer Ort für Journalisten ist.“



© RTHK / Capture d'écran



Physische Gewalt gegen Reporterinnen und Reporter

Am 12. Juni 2019 war die Atmosphäre bei der täglichen Pressekonferenz während der Pro-Demokratie-Demonstrationen besonders angespannt. Alle teilnehmenden Journalistinnen und Journalisten trugen Helme und Kampfmontur, weil sie sich gegen die [Polizeigewalt](#) schützen mussten, die zunehmend systematisch eingesetzt wurde und Hunderte von Medienschaffenden verletzt hatte. Obwohl viele dieser Übergriffe durch die HKJA [dokumentiert](#) wurden, hat die Polizei sie stets geleugnet.

Gummigeschosse, Wasserkanonen, Tränengas, Schlagstöcke, Handschellen und Beleidigungen: Dies war der Alltag für Journalistinnen und Journalisten, die über die Proteste berichteten. In dem Territorium, das lange ein Vorbild für Pressefreiheit in der Welt war, hat die Polizei offenbar ihre relative Zurückhaltung endgültig aufgegeben, die ein Erbe der britischen Kolonialzeit war. Sie wurde durch die Methoden zur Aufrechterhaltung der Ordnung ersetzt, die im restlichen China in Mode sind: Auf die Menge einprügeln, Demonstrierende wie Medien gleichermaßen.

Absichtlich mit Pfefferspray besprüht

Journalistinnen und Journalisten in Hongkong, die in dieser futuristischen, subtropischen Stadt früher leichte, bequeme Kleidung bevorzugten, mussten sich schnell anpassen. Das neue, drastischere Outfit mit Sicherheitsschuhen, wasserdichter Maske, Warnweste und Gasmaske gleicht eher der Sicherheitskleidung auf einer Baustelle als irgendeinem extravaganten Stil. Für ihre Arbeit ist diese Schutzausrüstung unverzichtbar geworden, weil die Gefahr von Verletzungen und Atemwegsschäden so groß geworden ist.

Im September 2019 verlor die Journalistin **Veby Mega Indah**, die für die indonesisch-sprachige *Suara Hongkong News* gearbeitet hatte, die Sehfähigkeit auf dem rechten Auge, nachdem sie von einem [Gummigeschoss](#) getroffen worden war. Im November desselben Jahres erlitt ein Journalist des Online-Kanals *Mad Dog Daily* durch den Beschuss mit einer Wasserkanone Gehirnverletzungen, die eine Notoperation erforderlich machten. Polizeikräfte wurden regelmäßig beobachtet, wie sie absichtlich Pfefferspray gegen die Presse einsetzten oder Projektile in Gruppen ordnungsgemäß identifizierter Journalistinnen und Journalisten feuerten. Im Mai 2020 wurde berichtet, ein Polizist habe eine Fotojournalistin der *Apple Daily* fast 20 Sekunden lang gewürgt, während sie festgehalten wurde.



Mob-Attacken

Neben der Gewalt, die von der Polizei begangen wird, zögern Peking-treue Fraktionen auch nicht, mithilfe der örtlichen Mafia ihre Rechnungen mit der Presse zu begleichen. Zu Beginn der „Regenschirm-Bewegung“ für Demokratie im März 2014 wurde der Journalist **Kevin Lau**, der damals Chefredakteur des Tagesblattes *Ming Pao* war, mit einem Kampfbeil schwer verletzt. Zwar sind die Angreifer inzwischen vor Gericht gestellt und verurteilt worden, aber ihre Anstifter nicht. Mehrere kriminelle Angriffe zielten auch auf demokratie-befürwortende Medien, darunter *Apple Daily* und ihren Gründer **Jimmy Lai**.

Im Juli 2019 war die Reporterin **Gwyneth Ho Kwai-lam** zugleich Zeugin und Opfer eines groß-angelegten Angriffes auf Protestierende, Journalistinnen und Journalisten und Passanten an der Yuen Long U-Bahn-Station durch eine Peking-treue Mafia-Bande. Während sie den Angriff live per Video sendete, wurde sie von den Angreifern geschlagen und mit blutendem Arm zurückgelassen. Drei weitere Medienschaffende, die für *Apple Daily* und den *Now News TV Channel* arbeiteten, wurden bei dem Angriff ebenfalls verletzt.

Im Mai 2021 wurde die Reporterin **Sarah Liang** von der Zeitung *Epoch Times* in der Nähe ihrer Wohnung von zwei Männern mehrfach mit einem Baseball-Schläger gegen die Beine geschlagen. Das Lager der Zeitung war bereits einen Monat zuvor von vier bewaffneten Personen gestürmt worden, die Angestellte bedrohten und die Haupt-Druckpresse beschädigten. Zwei Jahre davor war die Zeitung Opfer eines Brandanschlages, der glücklicherweise keine Toten forderte.



Gummigeschosse, Wasserkanonen, Tränengas: der neue Alltag für Journalistinnen und Journalisten, die über die Proteste in Hongkong berichten.

© Isaac Lawrence / AFP

© Philip Fong / AFP

© Nasha Chan / Initium Media



© Anthony Wallace / AFP

Die Doppelzüngigkeit von Carrie Lam

2017 wurde Carrie Lam, deren Kandidatur von Peking unterstützt wurde, wenig überraschend von einem weitgehend Peking-treuen Wahlausschuss zu Hongkongs Regierungschefin gewählt. Diese etwas glanzlose höhere Beamtin, deren Erfahrung sich auf 37 Jahre Dienst in der klimatisierten Welt der Verwaltung Hongkongs beschränkt, folgte auf den sehr unbeliebten C.Y. Leung, der für seine wiederholten Angriffe auf die Medien bekannt war. Eine der ersten Entscheidungen Carrie Lams war die Öffnung der [Pressekonferenzen der Regierung für unabhängige Online-Medien](#), eine Maßnahme, die Medienschaffende seit Langem gefordert hatten. Fast hätte man auf eine Verbesserung der Pressefreiheit hoffen können.

Leider zeigte Carrie Lam bald ihr wahres Gesicht: das einer Marionette des Pekinger Regimes, dessen freiheitstötende Strategien sie im Namen des „Patriotismus“ unablässig verteidigte und implementierte, während sie gleichzeitig lautstark behauptete, die Bevölkerung Hongkongs habe keine Freiheitsrechte verloren. Anfang 2019 versuchte sie, ein Gesetz durchzubringen, das es ermöglicht hätte, [journalistisch arbeitende und andere Personen an China auszuliefern](#). Damit löste sie nie dagewesene Proteste aus, die sie zwangen, das Vorhaben aufzugeben. Während dieser Demonstrationen wurden viele Journalistinnen und Journalisten von Polizeikräften körperlich misshandelt, was Carrie Lam sich seitdem immer weigerte anzuerkennen.

Eingezwängte Sprache

In der [Antwort](#) auf einen Brief von RSF, der sich von der Gewalt distanzierte und Wege aus der Krise vorschlug, erklärte Carrie Lam am 12. August 2019, sie erkenne „die essenzielle Bedeutung des freien und ungehinderten Informationsflusses und einer freien und offenen Medienlandschaft für Hongkongs Erfolg in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Das war allerdings wenig beruhigend, weil sie trotz aller Beweise behauptete, dass: „die Polizei die Pressefreiheit und das Recht der Medien respektiert, über öffentliche Ereignisse und Vorfälle zu berichten,“ und dass „Reporterinnen und Reportern in Hongkong keine Anklagen oder Haft droht, wenn sie Berichte schreiben, TV-Reportagen filmen oder fotografieren“.

Kaum ein Jahr, nachdem sie den Schutz von Journalistinnen und Journalisten zusicherte, begrüßte Carrie Lam am 30. Juni 2020 öffentlich Pekings Beschluss eines Gesetzes für die „Nationale Sicherheit“. Dieses ermöglicht, unter Umgehung ihrer Autorität als Regierungschefin direkt im Territorium einzugreifen, um diejenigen mit lebenslangem Gefängnis zu bestrafen, die das Regime für Verbrechen gegen den Staat verantwortlich macht; Journalistinnen und Journalisten nicht ausgenommen.

Die Rechtfertigung des nicht Vertretbaren

Einige Monate später nutzte Carrie Lam dieses Gesetz, um juristische Schikanen zu koordinieren, die sich gegen den Gründer von *Apple Daily* und Preisträger des RSF Press Freedom Awards, Jimmy Lai, die ehemalige Gesetzgeberin und Ex-Journalistin **Claudia Mo** und gegen 12 Journalistinnen und Journalisten richteten, die wegen „Verbrechen gegen den Staat“ angeklagt wurden. Das Gesetz wurde auch als Vorwand benutzt, um das Vermögen von *Apple Daily* einzufrieren, das so Ende Juni 2021 zur Schließung gezwungen war. Was die Regierung an *Apple Daily* kritisierte, erklärte sie unbekümmert, „seien weder Probleme mit dem Nachrichtenkanal noch mit seiner Berichterstattung“, sondern damit, dass er die „nationale Sicherheit gefährde“, weil er Pekings Zensur ablehnte und es den Oppositionsbewegungen ermöglichte, sich zu äußern.

Zu einer permanenten Spaltung gezwungen, um das nicht Vertretbare zu rechtfertigen, bekamen Carrie Lams Reden surreale Untertöne: „Es ist kein Problem, wenn die Regierung Hongkongs kritisiert wird. Aber wenn beabsichtigt wird, subversive Aktivitäten gegen die Regierung zu organisieren, ist das natürlich eine andere Sache [...] Medien-Freunde sollten in der Lage sein, das zu unterscheiden“. Da allerdings das Gesetz für Nationale Sicherheit nirgendwo definiert, wo Kritik endet und Subversion beginnt, scheint für Journalistinnen und Journalisten der einzige Weg zur Vermeidung des Vorwurfs darin zu bestehen... jegliche Kritik einzustellen.

Beharrliche Abwicklung

Carrie Lam löst beharrlich die Substanz der Pressefreiheit in Hongkong auf. Um die redaktionelle Kontrolle über die audiovisuelle Sendergruppe *Radio Television Hongkong (RTHK)* zu übernehmen, ernannte sie 2021 einen Programmdirektor, der [ein Zensursystem aufbaute](#). Aus Gefälligkeit lud er sie ein, einen Monat lang eine eigene tägliche Talkshow zu hosten.



Verhaftungen von Journalistinnen und Journalisten, reglementierte Sprache und die Nutzung von Visa als Waffe: Carrie Lam koordinierte eine erfolgreiche Kampagne gegen die Pressefreiheit.

© RTHK / Capture d'écran

Ihre Verwaltung ruderte auch bei Presseakkreditierungen zurück, die nun für „international anerkannte“ Medien reserviert sind. In Abwesenheit einer klaren Definition ist das rein willkürlich und führt zum Ausschluss von unabhängigen Medien, freiberuflich arbeitender und studentischer Presse. Im September 2021 wurden Journalistinnen und Journalisten der zwei renommierten Online-Medienkanäle *Stand News* und *Citizen News* der Zugang zu den Feierlichkeiten zum Chinesischen Nationalfeiertag verweigert.

Schließlich führte Carrie Lam die auf dem chinesischen Festland häufig genutzte Praxis ein, [Visa als Waffe](#) gegen ausländische Journalistinnen und Journalisten zu nutzen. 2018 veranlasste sie die Ausweisung von **Victor Mallet**, einem Journalisten der *Financial Times*, weil er für den Club der Auslandskorrespondenten (FCCHK) ein Mittagsgespräch mit einem Unabhängigkeits-Aktivisten moderiert hatte. 2020 wies sie außerdem die Visa-Anträge zurück von dem *New York Times*-Korrespondenten **Chris Buckley**, der gerade vom chinesischen Festland ausgewiesen worden war, und dem Journalisten **Aaron Mc Nicholas**, der bei dem unabhängigen Online-Medium *Hongkong Free Press (HKFP)* anfangen sollte. Im November 2021 verweigerte Carrie Lams Büro, ebenfalls ohne Erklärung, die Verlängerung des Visums für **Sue-Lin Wong**, einer Journalistin des britischen Wochenmagazins *The Economist*.

IM FOKUS

Gnadenfrist für Macaos unabhängige Medien

In Macao, der anderen Sonderverwaltungszone Chinas, die oft als „Vorzeigeregion“ im Gegensatz zum rebellischen Hongkong dargestellt wird, schwindet die bereits eingeschränkte Pressefreiheit ebenfalls.

Am 20. Oktober 2021 verkündete *Macao Concealers*, dass sie an diesem Tag ihre Arbeit einstellen würde. Die Online-Nachrichtenseite, die seit 1996 bestrebt war, eine „diversifizierte Perspektive“ der Stadt zu präsentieren, begründete diesen Schritt mit „beispiellosen Veränderungen des Umfelds“, unter anderem durch zunehmende Zensur und steigenden Druck auf unabhängige Medien.

Als Macao 1999 zwei Jahre nach Hongkong an China zurückfiel, blieb der ehemaligen portugiesischen Kolonie nichts anderes übrig, als ihr Schicksal still zu akzeptieren. Mit knapp 700.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie einer auf Glücksspiel basierenden Wirtschaft muss Macao gute Beziehungen zu Festlandchina aufrechterhalten. Seine Medien, kleiner und fragiler als die Hongkongs, hatten kaum eine andere Wahl als sich zunehmend an das Narrativ des Pekinger Regimes anzupassen. Dabei behielten sie ein gewisses Maß an Unabhängigkeit bei lokalen Themen, die als weniger „sensibel“ eingestuft wurden. Obwohl Macao 2009 ein nationales Sicherheitsgesetz beschloss, das Verbrechen gegen den Staat mit bis zu 30 Jahren Gefängnis bestraft, wurde es bisher noch nie eingesetzt.

2019 und 2020 vermied es Macaos Presse wegen ihrer großen Abhängigkeit von öffentlichen Geldern weitgehend, über Hongkongs Demokratieproteste zu berichten. Die ausführliche Berichterstattung, die ein paar englisch- und portugiesischsprachige Medien dennoch brachten, führte zu mehr Druck und Drohungen gegen sie.

Im Dezember 2019, im Vorfeld des Besuches des chinesischen Präsidenten Xi Jinpings in Macao, wurden Journalistinnen und Journalisten von mindestens fünf Hongkonger Medienkanälen die Einreise in das Territorium verweigert, weil sie „die öffentliche Sicherheit gefährdeten“. Reporter des portugiesischen öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders *RTP (Rádio e Televisão de Portugal)* wurden stundenlang von der Polizei befragt, die ihr Filmmaterial beschlagnahmte. Darüber hinaus berichteten eine Reihe lokaler Journalistinnen und Journalisten, sie seien verfolgt und belästigt worden. Manche seien auch gewarnt worden, sie sollten während Xi Jinpings Besuch „auf ihre Sprache achten“.

Vierzehn journalistische Angestellte mussten ausscheiden, nachdem die Geschäftsführung des öffentlich-rechtlichen Senders *TDM (Teledifusão de Macao)* im April 2021 [Richtlinien](#) erlassen hatte, die unter Androhung von Kündigung anordneten, „keine Informationen oder Meinungen zu veröffentlichen, die der Politik Macaos oder Chinas widersprechen“ und „den Patriotismus zu fördern“.



© Macau Photo Agency



3

Gefährlicher Zugriff auf Informationen



- Indem sich die Kommunistische Partei Chinas (CCP) mit ungeahnten technischen Mitteln ausstaffiert, hat sie damit begonnen, ein Gesellschaftsmodell zu etablieren, in dem der Zugang zu Informationen kein Recht mehr ist, sondern zum Verbrechen werden kann. Um der Zensur, Propaganda und massenhaften Überwachung zu widerstehen und ihre Redefreiheit zu bewahren, verstärken die chinesischen Internetnutzerinnen und -nutzer ihre Bemühungen und werden immer kreativer.
- Unter dem Vorwand, gegen den Einfluss westlicher „feindlicher Kräfte“ vorzugehen, exportiert China im Dienst staatlicher Interessen sein Konzept eines verdächtigen Journalismus und arbeitet daran, seine Propaganda mit immer perfideren Mitteln weltweit zu verbreiten. Angesichts dieser Bedrohung können Regierungen und Zivilgesellschaften in Demokratien nicht länger mit ihren Reaktionen abwarten.

Die öffentliche Meinung kontrollieren

Covid-19: Ein rasch unterdrückter Ausbruch von Freiheit

Anfang Februar 2020 mehrten sich im Internet die Rufe nach mehr Redefreiheit, nachdem **Dr. Li Wenliang** gestorben war. Der Augenarzt am Zentralkrankenhaus von Wuhan war der erste [Whistleblower](#), der die Existenz von Covid-19 bekannt gemacht hatte. Einige Tage vor seinem Tod durch die Krankheit zwang die Polizei ihn, ein Geständnis zu unterschreiben das besagte, er habe „falsche Gerüchte“ gestreut. Später wurde er posthum zum Helden gekürt.

Innerhalb weniger Tage nach seinem Tod wurde der Hashtag #WomenYaoYanlunZiyou („Wir wollen Redefreiheit“) im chinesischen sozialen Netzwerk Sina Weibo über zwei Millionen Mal benutzt, um des verstorbenen Arztes zu gedenken und um das Missmanagement der Krise durch die Behörden anzuprangern. Es war eine Bewegung von ungewöhnlichem Ausmaß in einem Land, in dem die Kontrolle der Inhalte in sozialen Netzwerken in den letzten Jahren bedeutend strenger geworden war. Die meisten dieser Nachrichten sind seitdem unter dem Druck der Zensurdiens- te gelöscht worden.



Nach dem Tod von Dr. Li Wenliang, dem ersten Whistleblower der Epidemie, reisten einige Bürgerinnen und Bürger spontan für Nachforschungen nach Wuhan.

© Mark Ralston / AFP

Die Verzweiflung und das Misstrauen chinesischer Bürgerinnen und Bürger angesichts der Intransparenz des Regimes und des Mangels an Informationen durch die offiziellen Medien veranlasste einige, die außer Kontrolle geratende Pandemie journalistisch zu dokumentieren. Unter anderem verbrachte **Chen Qiushi**, ein Anwalt aus der weit nord-östlich gelegenen Provinz Heilongjiang, ab dem 13. Januar einen Großteil seiner Zeit in den Krankenhäusern von Wuhan, wo er über das Chaos berichtete und die Familien von Opfern interviewte.

Fang Bin, ein gewöhnlicher Textil-Unternehmer, der in Wuhan lebte, hatte ebenfalls das Bedürfnis, seine Mitmenschen über die Realität von Covid-19 zu informieren. In seinem ersten Video, das er am 25. Januar 2020 postete, dokumentierte er die Überbelegung der Krankenhäuser. Die zwei Bürgerjournalisten wurden Anfang Februar [als vermisst gemeldet](#) und wahrscheinlich von der Polizei verhaftet. Chen Qiushi tauchte am 30. September erstmals wieder in den sozialen Medien auf, ohne zu erklären, was mit ihm in der Zwischenzeit geschehen war. Wo sich Fang Bin befindet, ist noch immer nicht bekannt.

Die Verharmlosung der Epidemie

Der Hunger der Bürgerinnen und Bürger nach verlässlichen und unabhängigen Informationen steht im Kontrast zu Präsident Xi Jinpings Aufruf vom 20. Januar 2020, zur Bewältigung der Epidemie „das Management der öffentlichen Meinung zu verstärken“. Als sich, zusätzlich zur mangelnden Vorbereitung der Behörden und ihren Manövern zur Vertuschung des Ausmaßes der Krise, die Nachforschungen von liberaleren Veröffentlichungen wie *Caixin* und *Caijing* häuften, schickte die Partei fast 300 „Journalistinnen und Journalisten“ (die eigentlich Propagandisten waren) nach Wuhan, um den Kampf gegen die Epidemie aus einer „positiven“ Perspektive zu präsentieren.

Chinesische Behörden äußerten auch sehr schnell die Notwendigkeit, den Informationsfluss und die Redefreiheit im Internet zu begrenzen. Eine gemeinsame [Recherche](#) von *New York Times* und *ProPublica*, die auf 3.200 Anordnungen und 1.800 Memos der Chinesischen Cyberspace-Verwaltung (CAC) im Zeitraum Januar bis Mai 2020 basierte und im Dezember 2020 veröffentlicht wurde, legte die [Strategien](#) offen, die genutzt wurden, um online die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Teil des Arsenal, das von Peking benutzt wurde, um die Bedeutung der Krankheit auf den Nachrichtenseiten zu minimieren, waren die Begrenzung von Wörtern wie „unheilbar“, das Blockieren von Schlüsselwörtern und Meldungen im Zusammenhang mit der Krise und die Mobilisierung von Online-Kommentatorinnen und -Kommentatoren.

Unterdrückung kritischer Stimmen

Bald nach Dr. Lis Tod sandte die CAC die folgende Anordnung an ihre lokalen Zweigstellen aus: „Wir müssen mit kühlem Kopf Schmetterlingseffekte, Broken-Windows-Effekte und Schneeballeffekte erkennen, die von diesem Ereignis ausgelöst werden [Li Wenliangs Tod], sowie die beispiellose Herausforderung, die es für unsere Arbeit des Managements und der Kontrolle der öffentlichen Meinung darstellt. Alle Büros der Cyberspace-Verwaltung müssen verstärkt auf Online-Meinungen achten und resolut alles kontrollieren, was die Glaubwürdigkeit der Partei und der Regierung schwerwiegend beschädigt und das politische System angreift.“

Die Unterdrückung von kritischen Stimmen begleitete dieses Zensur-Unterfangen. Die NGO Chinese Human Rights Defenders (CHRD) dokumentierte zwischen dem 1. Januar und dem 26. März 2020 897 Fälle, bei denen [chinesische Internetnutzerinnen und -nutzer](#) für ihre Online-Aussagen zum Covid-19-Ausbruch in China bestraft wurden. Mindestens zehn Medienschaffende wurden 2020 verhaftet, weil sie über die Krise berichteten; unter ihnen die Journalistin **Zhang Zhan**.



© Chen Qiushi / Capture d'écran YouTube

IM FOKUS



© Zhang Zhan / Capture d'écran YouTube

Vier Jahre Gefängnis für Berichterstattung in Wuhan

Die Journalistin und Preisträgerin des RSF Press Freedom Awards 2021, Zhang Zhan, die zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil sie von Anfang an in den sozialen Medien über die Covid-19-Epidemie in Wuhan berichtete, demonstriert ihre Unschuld mit einem partiellen Hungerstreik, der sie das Leben kosten könnte.

Nach einem nur dreistündigen Gerichtsverfahren wurde die 38-jährige **Zhang Zhan**, Preisträgerin des RSF Press Freedom Award 2021, am 28. Dezember von einem Gericht in Shanghai zu vier Jahren Haft verurteilt, weil sie „einen Streit angefangen und Ärger provoziert“ haben soll. Im Februar 2020 war sie eine der mutigen Journalistinnen, die trotz des Ansteckungsrisikos nach Wuhan gereist war, um über die Anfänge der Covid-19-Epidemie zu berichten. Zhang Zhan hatte mehr als 100 Videos auf ihrem [YouTube-Kanal](#), WeChat und Twitter veröffentlicht, bevor sie am 14. Mai 2020 in Wuhan als vermisst gemeldet wurde. Am nächsten Tag gaben die Behörden bekannt, dass sie festgenommen worden sei.

In der Anklage beschuldigte sie die Staatsanwaltschaft, sie habe „große Mengen an Falschinformationen gepostet“, ohne irgendwelche Beweise dafür zu präsentieren. Die Journalistin, die sich immer geweigert hat, sich schuldig zu bekennen, hat es aufgegeben, Widerspruch einzulegen. Einer ihrer Anwälte sagte, ihr sei von Vertretern der Haftanstalt zu verstehen gegeben worden, dass die Verschärfung des Strafmaßes das einzige Resultat einer Revision sein würde.

Um gegen diese Rechtsverweigerung zu protestieren, begann Zhang einen partiellen Hungerstreik, der dazu führte, dass sie per Nasensonde zwangsernährt wurde. Ihr Gesundheitszustand hat sich bedeutend verschlechtert: Ende Oktober 2021 wog die 1,77 Meter große Journalistin noch [knapp 40 Kilo](#) und konnte sich nicht mehr ohne Hilfe bewegen oder auch nur ihren Kopf heben. Bis zum August 2021 war sie bereits 11 Tage im Krankenhaus gewesen.



Zensur und Überwachung haben in China einen neuen Höchststand erreicht. © Aly Song / Reuters

Chinas Internet unter Beobachtung

Am 2. November 2021 beschuldigte die internationale Tennis-Meisterin Peng Shuai im chinesischen sozialen Netzwerk Sina Weibo das frühere Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Partei und ehemaligen stellvertretenden Premierminister Zhang Gaoli der Vergewaltigung. In weniger als einer halben Stunde waren ihr Post und alle darauf Bezug nehmenden öffentlichen Kommentare gelöscht und der Account der Athletin aus der Suchmaschine entfernt. Die Zensoren versuchen mit allen Mitteln, einen Skandal zu vertuschen, der die oberen Etagen der Macht beschmutzen könnte. Peng Shuai selbst wurde später angeblich unter Hausarrest gestellt.

Zwei Monate zuvor zensierte die Messenger-App WeChat einen Artikel aus dem investigativen Magazin *Caixin*, das die fragwürdigen Finanzpraktiken des chinesischen Immobiliengiganten Evergrande aufdröselte, dessen Probleme bei der Rückzahlung seiner enormen Schulden gerade anfangen, die chinesische Wirtschaft ins Wanken zu bringen. 2021 wurden die verschlüsselte Messenger-App Signal und die Audio-App Clubhouse, mit denen Nutzerinnen und Nutzer kurzzeitig Diskussionsgruppen zu verbotenen Themen eröffnen konnten, in China gesperrt.

Verbotene Schlüsselworte

In China ist es nahezu unmöglich, die Google-Suche oder ausländische Messenger wie WhatsApp zu benutzen; zumindest, ohne dazu auf „virtual private network“-Programme (VPN) zurückzugreifen, mit denen man sich über ein anderes Land einwählen kann. Die „Große Firewall“, ein von der Regierung entwickeltes technisches System, das ständig verbessert wird und die Chinesinnen und Chinesen vom Rest der Welt isoliert, macht es nicht nur möglich, eine große Anzahl an IP-Adressen von Webseiten zu blockieren, sondern auch, Inhalte zu zensieren, die verbotene Schlüsselworte enthalten. Die NGO GreatFire, die gegen die Zensur in China kämpft, schätzt, dass [160 der 1.000](#) weltweit am Häufigsten besuchten Webseiten deshalb in dem Land nicht zugänglich sind.

Während der 2000er-Jahre war ein Hauch von Freiheit durch das sich damals schnell entwickelnde chinesische Internet geweht, der es den Nutzerinnen und Nutzern erlaubt hatte, ihre Meinungen und auch ihre Unzufriedenheit mit der politischen Klasse relativ frei auszudrücken. Seit 2010 erkannte das chinesische Regime die Gefahr, die dies für seine Macht darstellte, und verstärkte die Kontrolle. 2014 etablierte das Regime ein Internet-Aufsichtsgremium, das 2018 unter dem persönlichen Vorsitz von Xi Jinping zur zentralen Kommission für Cyberspace-Angelegenheiten werden sollte. Sein Exekutivorgan, die Cyberspace-Verwaltung Chinas, benutzt eine große Bandbreite von Maßnahmen, um die Online-Aktivitäten von Chinas eine Milliarde Internetnutzerinnen und -nutzern zu kontrollieren.

„Reinigungs“-Kampagnen

Laut der amerikanischen NGO Freedom House sind seit 2019 mindestens 11.000 chinesische Webseiten und 737.000 Social-Media-Accounts und Gruppenchats stillgelegt worden. Jetzt ist es insbesondere zu Politik, Wirtschaft, Militär und Außenpolitik nur noch bestimmten offiziellen Accounts und durch die Regierung zertifizierten Nachrichten-Webseiten gestattet, Informationen zu verbreiten. Im Februar 2021 wurde Bloggerinnen und Bloggern sogar befohlen, sich von sozialen Themen fernzuhalten, die als „sensibel“ angesehen wurden. Die Zensur passt sich an den aktuellen Kontext an und generiert thematische „Reinigungs-Kampagnen“. Dies hat das

[WeChatSCOPE](#)-Projekt gezeigt, das von dem Zentrum für Journalismus- und Medienstudien der Universität Hongkong geleitet wurde. Nachdem die chinesische Regierung das Verbot von Bitcoins bekannt gegeben hatte, blockierten die Suchmaschine Baidu und das soziale Netzwerk Sina Weibo im Juni 2021 die Suchergebnisse der drei wichtigsten Krypto-Währungs-Börsen. Im nächsten Monat löschte WeChat unter dem Vorwand, sie brächen die Regeln für Informationen im Internet, ein Dutzend LGBTQ+ -Accounts, die von Studierenden überall in China verwaltet wurden.

Mindestens zwei Millionen Zensoren

Niemand weiß, wie viele Menschen für den Internet-Zensurapparat in China arbeiten. Eine offizielle Quelle berichtete jedoch 2013 von [zwei Millionen Angestellten](#) und die Zahl ist seitdem vermutlich deutlich gestiegen. Im August 2021 wurde enthüllt, dass die Zensoren der Plattform Weibo ein Minimal-Soll von 500 Zensur-Berichten pro Monat hatten, von denen 90 Prozent begründet sein mussten, damit sie ihre Arbeit nicht verlieren.

Ausländische Firmen sind ebenfalls gezwungen, Zensur-Regularien einzureichen, um sich auf dem chinesischen Markt zu halten. Im August 2020 [fehlten](#) in Apples chinesischem App-Store 3.487 international verfügbare Apps, darunter 148 chinesische Nachrichtenseiten. Im Oktober 2021 verkündete die Webseite LinkedIn, eine Tochtergesellschaft der Microsoft-Gruppe, wegen zunehmender Zensur die Einstellung seines chinesischen Dienstes. Einen Monat später gab das amerikanische Portal Yahoo! ebenfalls bekannt, dass es den chinesischen Markt verlassen würde. Letzteres war vor allem ein symbolischer Akt, weil die meisten seiner Dienste bereits von der digitalen Zensur des Regimes blockiert worden waren.

„Die Partei sieht dich“

Die Überwachung von Unterhaltungen hat ebenfalls ein angsteinflößendes Niveau erreicht. Seit 2014 sind Nutzerinnen und Nutzer gesetzlich verpflichtet, sich bei Messenger-Apps und Online-Informationendiensten mit ihrem Klarnamen zu registrieren. Der Inhalt von Unterhaltungen wird nicht verschlüsselt und Posts in sozialen Medien sind für die Behörden direkt zugänglich. Alle Inhalte können in Kriminalfällen als Beweise genutzt werden.

2019 wurde der WeChat-Account des China-Korrespondenten der *BBC*, **Stephen McDonell**, ohne Vorwarnung deaktiviert, nachdem er Fotos einer Mahnwache in Hongkong zum 30. Jahrestag des Tiananmen-Massakers gepostet hatte. Um zu seinem Account wieder Zugang zu bekommen, musste der Journalist zulassen, dass die App sein Gesicht scannte und seine Stimme aufnahm. Am 14. September 2021 deckte die *Financial Times* außerdem auf, dass die chinesischen Behörden eine App umgegenutzt hatten, die theoretisch zum Schutz der Nutzerinnen und Nutzer vor Online-Betrug entwickelt worden war. Sie benutzten sie nun, um Internetnutzerinnen und -nutzer zu identifizieren, die „hoch gefährliche“ Webseiten besucht hatten... wie beispielsweise die Seite von *Bloomberg*, einer Agentur für Wirtschaftsnachrichten.

Eine Armee von Trollen

Die Propaganda-Dienste der kommunistischen Partei haben ihre Tentakel auch über die sozialen Medien ausgestreckt. Das Regime unterhält mit der „50-Cent-Armee“ ein [Propaganda-Bataillon](#), das 50 chinesische Yuan-Cents (7 Euro-Cents) pro Nachricht dafür bezahlt bekommt, das offizielle Narrativ zu bewerben, indem sie sich als normale Bürgerinnen und Bürger ausgeben. Eine 2017 in der amerikanischen *Political Science Review* veröffentlichte [Studie](#) schätzte, dass diese Diener des Regimes in den sozialen Medien etwa 448 Millionen Posts pro Jahr erstellen.

Mit dem Aufstieg des chinesischen Nationalismus florierete auch eine Armee von regimetreuen Freiwilligen in chinesischen und ausländischen sozialen Netzwerken. Aufgrund der Annahme, es handele sich dabei überwiegend um junge Frauen, tragen sie den Spitznamen „Die kleinen Pinken“. Die kämpferischen Internetnutzerinnen und -nutzer verteidigen das Regime mit Zähnen und Klauen gegen Kritik. Im Oktober 2021 wurde der [Song „Fragile“](#), der sich über die erhöhte Sensibilität dieser Trolle lustig macht, zum meist-gesehenen Video auf YouTube in Taiwan und Hongkong, nachdem er in China verboten worden war.



Der Song „Fragile“, der sich sanft lustig macht über nationalistische chinesische Trolle, wurde zum meist-gesehenen Video auf YouTube in Taiwan und Hongkong, nachdem er in China verboten worden war.

© Namewee / YouTube Screenshot

IM FOKUS



© Martin Bureau / AFP

Modernste Technologien, entwickelt für die Unterdrückung

Peking macht sich die neuesten technologischen Entwicklungen zunutze, um seine Informationskontrolle zu verstärken und die Bewegung der Meinungen zu überwachen. Es entwirft damit ein dystopisches Gesellschaftsprojekt, in der keine Unterhaltung den neugierigen Augen der Partei entgehen kann.

Im April 2021 gaben chinesische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von der Shenyang Ligong Universität und der chinesischen Akademie der Wissenschaften stolz bekannt, sie hätten ein KI-System für die Zensur von Texten entwickelt, das selbstständig lernen und sich an Veränderungen der Sprache von Internetnutzerinnen und -nutzern anpassen könne. Unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung hat das Regime in den letzten Jahren zunehmend invasivere Technologien entwickelt, z.B. das 2015 herausgekommene Sharp-Eyes-Programm zur Massenüberwachung. Es dient dazu, das gesamte chinesische Territorium mit Gesichtserkennungs-Kameras auszustatten, und ist der Nachfolger des Sky-Net-Programms für Videoüberwachung.

Die protektionistische Strategie des Regimes, die internationalen Wettbewerb ausschaltet, hat das Wachstum nationaler IT-Champions ermöglicht. Dazu gehören die Suchmaschine Baidu, der E-Commerce-Gigant Alibaba und die Internet- und Telekommunikations-Giganten Tencent, Huawei und ZTE. Im Gegenzug sind diese Firmen gezwungen, dem Regime bei seinen Zensur-, Propaganda- und Überwachungsprogrammen zu helfen.

Die autonome Region Xinjiang, Schauplatz brutaler Repressionen, wurde vom Regime als Testfeld für die Entwicklung von Gesichtserkennung genutzt. Dabei hat es mit chinesischen Start-ups wie Hikvision, SenseTime, CloudWalk und iFlytek kooperiert. Die Einwohnerinnen und Einwohner werden zudem gezwungen, Spionage-Apps zu installieren, die die Aktivitäten des Telefons nach „abweichendem“ Verhalten scannen, wozu auch der Besitz digitaler Ausgaben von muslimischen Büchern, das Schreiben oder Empfangen von Koranversen in Chats sowie Spenden an Moscheen gehören.

Durch die Nutzung solcher Technik hofft das chinesische Regime, in naher Zukunft eine „[Smarte Polizei](#)“ einzuführen, die kriminelle Aktivitäten vorhersagen kann, und ein „Sozial-Kredit“-System zu etablieren, das die Rechte der Bürgerinnen und Bürger an ihr Verhalten anpasst. Wenn man bedenkt, dass der investigative Journalist **Liu Hu** bereits 2017 wegen [vergangener Verhaftungen und Verurteilungen](#) in Verbindung mit seiner Arbeit als Journalist durch ein experimentelles Sozial-Kredit-System auf die schwarze Liste gesetzt wurde, kann man nur erschauern angesichts eines solchen Gesellschaftsprojektes, das an die dystopischen Science-Fiction-Welten von Filmen wie *Minority Report* und *Black Mirror* erinnert.

Dies ist umso bedenklicher, weil chinesische Überwachungstechnologien exportiert werden. Im August 2021 [enthüllte](#) die Webseite Top10VPN, dass 17 von 68 Regierungen, die ihr Internet mit Huawei verwalten, dessen Technologien nutzen, um den Zugang zu bestimmten Nachrichtenseiten zu blockieren. Ungefähr zur gleichen Zeit rief das litauische nationale Zentrum für Cyber-Sicherheit [die Bevölkerung](#) auf, ihre Smartphones der chinesischen Marken Huawei, Xiaomi und OnePlus abzuschaffen, weil sie Software enthielten, die mehr als 1300 in China verbotene Schlüsselworte zensieren kann.



Dieses Meme, das in sozialen Netzwerken zirkuliert, illustriert, wie weit man technisch hoch entwickelten chinesischen Produkten vertrauen kann, wenn es um die Privatsphäre geht.

© Facebook

Eine Millionen Arten des Widerstands

In der Woche des 8. Februar 2021 ging eine Chat-Gruppe namens „The Hu Xijin Fan Club“ in der Audio-Chatroom-App Clubhouse viral. Die Gruppe diente dazu, sich über den ultra-nationalistischen Chefredakteur des Staatsblattes *Global Times* lustig zu machen, der über das vom US-Präsidenten Joe Biden am 14. Januar 2021 angekündigte Wirtschaftsförderpaket gesagt hatte: „Wenn dein Land an alle Geld verteilt, bedeutet das, dass es gar kein Geld auszahlt“. Ein Internetnutzer scherzte: „Wenn überall Mauern sind, bedeutet das, dass es nirgendwo Mauern gibt“ und nahm damit versteckt auf Chinas System der Internet-Zensur und auf die Anti-Immigrations-Mauer von Bidens Vorgänger Donald Trump Bezug.

Die chinesische Öffentlichkeit, die permanent mit der klinisch reinen Rhetorik der Kommunistischen Partei konfrontiert ist, lässt sich nicht irreführen und sucht ständig nach neuen Wegen, sich verlässlicher zu informieren und unzensuriert Informationen zu teilen. „Die Chinesen misstrauen offensichtlich, was die Behörden ihnen sagen, selbst wenn diese Nachrichten auf allen Medienkanälen weit verbreitet sind. Sie misstrauen den Behörden sogar dann, wenn sie über etwas berichten, das wahr ist“, bekunden die Gründerinnen und Gründer der NGO GreatFire.

„Flusskrebs“ und „Wasserzähler“

Sobald die Zensur ein Schlüsselwort blockiert, das mit einem kontroversen Thema verbunden ist, nutzen die Internetnutzerinnen und -nutzer ihre Fantasie, um neue zu erfinden. Eine recht gängige Methode ist der Ersatz des verbotenen Wortes durch ein Homophon, d.h. ein Wort, das gleich klingt, aber mit anderen Schriftzeichen geschrieben wird. Im Januar 2018 tauchte der Begriff „Reis-Hase“ (Chinesisch *mǐ-tù*) in dem sozialen Netzwerk Weibo auf, weil er genau so ausgesprochen wird wie der Hashtag #MeToo, den die Behörden zeitweilig zensierten. Der Begriff „Flusskrebs“ (*héxiè* auf Chinesisch) ist ein Homophon des Wortes „Harmonisiert“, das sich auf das Projekt der harmonischen Gesellschaft bezieht, das vom früheren Präsidenten Hu Jintao ins Leben gerufen wurde. Er beschreibt in der Internetsprache die Tatsache, dass man zensiert wird.

Weitere Alternativen sind die Nutzung der Transkription der Initialen in lateinische Großbuchstaben, z. B. „ZF“ für Regierung (Chinesisch *zhèngfǔ*). Auch werden umschreibende Formulierungen wie „den Wasserzähler ablesen“ für „jemanden zuhause aufsuchen“ genutzt, um sich auf die angebliche Gewohnheit der chinesischen Polizei zu beziehen, sich als Mitarbeiter der Wasserwerke auszugeben, um sich inkognito in Gebäuden zu bewegen.

Anfang 2020, während die Covid-19-Epidemie in China wütete, zeigten Menschen im Internet Einfallsreichtum, um des an der Krankheit verstorbenen Whistleblowers **Dr. Li Wenliang** zu gedenken und trotz Zensur und Überwachung die Einstellung der Partei anzuprangern. Manche posteten Selfies, auf denen sie Masken mit den Aufschriften „Ich kann nicht“ und „Ich verstehe nicht“ trugen. Sie bezogen sich damit auf Dr. Lis Antworten auf die Aufforderung der Polizei, das Verbreiten von „falschen Gerüchten“ zu beenden und die Situation zu verstehen. Ein Artikel aus dem Magazin *Ren Wu*, ein Ableger der Zeitung *People's Daily*, das aus den Zeitungskiosken entfernt worden war,



Um die Zensur zu umgehen, nutzen die Chinesinnen und Chinesen chinesische Homonyme wie die Wortgruppe „Reis-Hase“, die genau wie der Hashtag #MeToo ausgesprochen wird.

*© Marcella Cheng /
The Conversation*

weil darin die Zensur der Ärzte verurteilt wurde, wurde in Form von Screenshots und Übersetzungen ins Englische, in Morse-Code, in Braille und sogar in Emojis gerettet.

Open-Source und Blockchain

Die Plattform Github, die größte Open-Source-Webseite, über die Ingenieurinnen und Ingenieure sowie Entwicklerinnen und Entwickler weltweit bei Code- und Software-Projekten zusammenarbeiten können, ist zu einem Schutzgebiet für zensierte Inhalte geworden. 2019 sammelten Angestellte chinesischer Tech-Firmen Tausende unzensurierter Zeugenaussagen als Teil des „996.ICU“-Projektes, um die missbräuchlichen Arbeitsbedingungen in ihrem Berufsfeld anzuprangern. Für die Regierung ist es schwierig, den Zugang zu dieser Plattform zu blockieren, weil sie für die Entwicklung neuer Technologien essenziell ist.

Außerdem haben chinesische Internet-Nutzerinnen und -Nutzer auf die [Blockchain](#)-Technologie zurückgegriffen, bei der Daten mit einer großen Anzahl an Computern geteilt werden und nicht gelöscht werden können. Im April 2018 wurde ein Brief der Aktivistin Xue Yin, in dem sie darlegte, wie die Universität Peking versucht hatte, sexuelle Nötigung zu vertuschen, anonym auf der Blockchain-Plattform *Ethereum* gepostet. Im Juli desselben Jahres wurde die Technik benutzt, um eine Untersuchung aufzubewahren, die die Unwirksamkeit eines Impfstoffes bei der Anwendung bei Säuglingen offenlegte.

Das Katz-und-Maus-Spiel

Wegen des wirtschaftlichen Wettbewerbs haben die Behörden bisher zugelassen, dass chinesische Firmen Virtual Private Networks (VPN) nutzen, mit denen man die „Große Firewall“ umgehen und auf Webseiten zugreifen kann, die in China zensiert sind. Allerdings begrenzt die Zentralregierung den Zugang zu diesen Tools immer stärker, vor allem als Teil einer [Kampagne](#) zur „Reinigung“ des Internets: Beliebte Provider wie GreenVPN und Haibei VPN mussten ihre Aktivitäten einstellen und die Unternehmen schließen. Apple hat alle VPN-Apps aus seinem chinesischen App-Store [entfernt](#).

Ausländische Anbieter von VPN-Diensten, die in China ihre Produkte weder bewerben noch Gebühren dafür nehmen können, sind vom Wettbewerb faktisch ausgeschlossen. Bei chinesischen VPNs ist es mehr als wahrscheinlich, dass sie ihre [Daten an die Behörden weitergeben](#). Mehrere Personen wurden bereits dafür verurteilt (eine davon zu fünfzehn Jahren Gefängnis und 500.000 chinesischen Yuan (fast US \$80,000)), VPNs verkauft oder genutzt zu haben, weil sie „das internationale Internet über illegale Kanäle aufgerufen“ hätten. Die chinesische Cyberspace-Verwaltung hat 2019 außerdem eine Verordnung veröffentlicht, die Anonymität auf Blockchain-Plattformen verbietet. Die chinesischen Behörden versuchen zudem, eine Alternative zu Github zu entwickeln, die den Einsatz ihrer Zensurmaßnahmen erleichtern wird.

Dieses Katz-und-Maus-Spiel zwingt Internetnutzerinnen und -nutzer dazu, permanent ihre Fantasie zu bemühen, um neue Lösungen zu finden. Obwohl diese Kreativität lobenswert ist, könnte man sich wie die NGO Amnesty International in einem im März 2020 veröffentlichten [Artikel](#) fragen, ob solche „Klugheit und Fantasie für etwas Produktiveres eingesetzt werden könnte als für den ständigen Kampf, gehört zu werden.“

INTERVIEW

„Chinas Zensur wird bald Maschinenlernen benutzen“

Die NGO GreatFire entwickelt Lösungen gegen die Zensur in China und hat 2013 den „Best of Online Activism“-Preis des deutschen Senders *Deutsche Welle* gewonnen. Ihre Gründerinnen und Gründer, die anonym bleiben wollen, haben sich bereit erklärt, die Fragen von RSF zu beantworten.

Wann habt ihr GreatFire gegründet und wie hat sich die Organisation entwickelt?

Wir haben GreatFire 2011 gegründet, um Transparenz in die Online-Zensur in China zu bringen. Unser ursprüngliches Projekt Analyzer [später umbenannt in Blocky] stellt eine Liste von ausländischen Webseiten bereit, die in China blockiert sind. Aber da chinesische Plattformen noch stärker zensiert werden, haben wir beschlossen, eine unzensierte Version der Microblogging-Plattform Weibo, Free-Weibo genannt, zu starten. Das Projekt haben wir dann mit der Messenger-App WeChat wiederholt, als diese anfangs, Weibo an Popularität zu überholen. Danach haben wir die Webseite AppleCensors-hip.com entwickelt, die überwacht, inwieweit Apple seine eigenen App-Stores weltweit wegen des Drucks durch die chinesischen Behörden zensiert. Aktuell haben wir neun aktive Projekte, die gewissermaßen die Entwicklung des chinesischen Zensur-Apparates widerspiegeln und ihn bekämpfen.

Welche Hindernisse habt ihr auf diesem Weg überwunden?

Die offiziellen Medien der kommunistischen Partei Chinas waren schnell damit zur Hand, uns vorzuwerfen, wir seien Anti-chinesisch. Dabei kämpfen wir nur für das verfassungsgemäße Recht chinesischer Bürgerinnen und Bürger auf freie Meinungsäußerung. Chinesische Behörden sind da noch weiter gegangen, als sie 2015 eine massive Cyber-Attacke gegen uns lanciert haben, von der wir uns glücklicherweise erholen konnten. Trotzdem ist das größte Hindernis für uns, dass es so schwierig ist, unsere Tools in der chinesischen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Wir gehen dabei über große ausländische Webseiten, die in China nicht blockiert sind, und sind auf Mund-zu-Mund-Propaganda angewiesen; aber das reicht nicht.

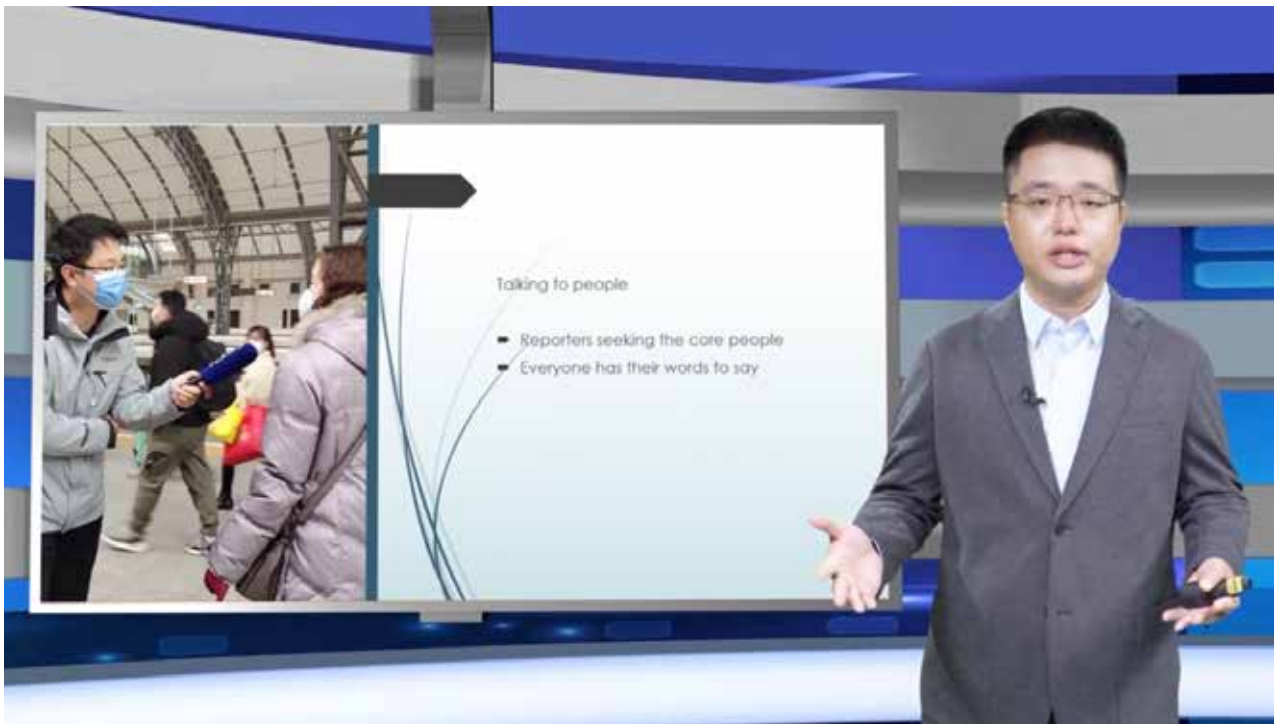
Welche Herausforderungen bringt die Zukunft und wie bereitet ihr euch darauf vor?

Die Situation in China kann sich nur noch deutlich verschlechtern, weil die chinesischen Behörden zusehends zur traditionellen Zensur bald anfangen werden, sie durch die Nutzung von Maschinenlernen schneller und besser zu machen. Darüber hinaus sind Unternehmen wie Apple als schlechtes Beispiel vorangegangen. Sie zensieren Informationen nicht nur innerhalb Chinas, sondern im Auftrag der chinesischen Regierung überall auf der Welt. Wenn andere Unternehmen Apples Vorbild folgen, wird es für die Öffentlichkeit immer schwerer, Zugang zu den Informationen zu bekommen, die die chinesische Regierung zensieren will. Wir versuchen deshalb permanent, unsere Arbeit sowohl auf technischer Seite zu verbessern als auch Kundinnen und Kunden, Angestellte und Stakeholder solcher Unternehmen davon zu überzeugen, dass sie diese unter Druck setzen, damit sie Zensur-Anfragen von Staaten ablehnen; natürlich auch von China.



© GreatFire.org

Die Vision einer Gesellschaft, die Journalismus verbietet



Ein CGTN-Journalist erklärt, wie man zeigt, was „wirklich in Wuhan passiert“; indem man z. B. zur Abwehr von Kritik aus dem Ausland einen Einwohner interviewt, der sagt, China habe „sein eigenes Verständnis von Menschenrechten“.

© Capture d'écran BRNA / CCTV

Der erfolgreiche Export des Pekinger Medienmodells

Im April 2019 gründete China das Mediennetzwerk *Belt and Road News Network (BRNN)*, das von *People's Daily* geleitet wird und Mitgliedsorganisationen aus aller Welt gewinnt. Offiziell dient es dazu, Informationen über die Seidenstraßen-Initiative „auszutauschen“. Das außerordentlich prestigeträchtige Projekt, das 2013 von China gegründet wurde, ist der Entwurf für den Bau von Transport-Infrastruktur, die China mit über 100 Ländern verbinden soll, und damit fast zwei Dritteln der Weltbevölkerung im Nahen Osten, in Europa und Ost-Asien.

BRNN ist nicht das erste Netzwerk seiner Art. 2016 initiierte die *China International Television Corporation (CITVC)* die Seidenstraßen-Mediengemeinschaft *Belt and Road Media Community*. Diese Film- und Fernseh-Medienallianz besteht aus 133 Organisationen. Die Seidenstraßen-Nachrichtenallianz *Belt and Road News Alliance (BRNA)*, die von der *CCTV Video News Agency (CCTV+)* geleitet wird, wurde 2017 gegründet und zählt 74 Medieninstitutionen aus 42 Ländern und Regionen zu seinen Mitgliedern – die meisten davon aus dem Bereich Fernsehnachrichten.

Aufdrücken von „Gesprächsthemen“

Durch die Organisationen will China Medienkanäle aus aller Welt beeindruckt und sie dazu anregen, das Projekt international zu bewerben. Als Teil gemeinsamer Sendungen und internationaler Ko-Produktionen innerhalb der Seidenstraßen-Mediengemeinschaft wurden Fernsehprogramme wie *Die Wiedergeburt der Seidenstraße*, *Ein Stück China* und *Chinas Megaprojekte* von 80 Medienanstalten aus über 20 Ländern in mehr als 30 Sprachen gesendet.

Der Wirtschaftsinformationsdienst *China Economic Information Service*, ein Tochterunternehmen von *Xinhua*, hat im Dezember 2017 eine Vereinbarung mit etwa 20 Think-Tanks und Medienkanälen in Europa unterzeichnet, um spezielle, auf Investoren ausgerichtete Finanzinformationen der Belt and Road Initiative (BRI) bereitzustellen. Daran nehmen unter anderem die *Deutsche Presse-Agentur* (DPA, Deutschland), *Class Editori* (Italien), *Le Soir* (Belgien), *Metro* (Großbritannien), *the Financial World* (Spanien), *Open Communication* (Spanien), *Tanjug News Agency* (Serbien) und *Athens News Agency* (Griechenland) teil.

Die zwei Mediennetzwerke BRNA und BRNN organisieren auch Schulungen, durch die die Partei ihre Propaganda und staatsnahe Medien ihre Arbeitsmethoden verbreiten können. In BRNA-Darstellungen waren Teilnehmende „beeindruckt“ von Chinas Tech-Industrie und priesen den „effizienten Einsatz“ bei der Bekämpfung von Covid-19.

Zudem wurde mit dem Dongfang Scholarship Programme ein spezieller Lehrgang aufgesetzt, um Journalistinnen und Journalisten auf die spezifischen Gesprächsthemen dieses Projekts vorzubereiten. Mit anderen Worten: Das Programm berät Medienschaffende in den im Projekt involvierten Ländern, wie sie „dieselbe Sprache“ sprechen, die in Chinas Propaganda benutzt wird. Der 26-tägige Kurs in China wird von der staatseigenen *China Daily*, zwei chinesischen Universitäten und der China Eastern Airlines Group gesponsort.

Eine Charme-Offensive

Auch über die Seidenstraßen-Initiative hinaus scheut Peking keine Mühe, um Journalistinnen und Journalisten aus Schwellenländern zu umgarnen, damit es von diesen Einflusspersonen aus aller Welt verstanden und möglichst auch bewundert wird. Die Besuche ausländischer Medien nutzen Peking auch auf andere Weise: Die Art, wie diese ihre Besuche beschreiben, verschafft den chinesischen Staatsmedien Glaubwürdigkeit und gibt gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck, die ganze Welt sei mit der Politik der kommunistischen Partei einverstanden.

Diese Austauschprogramme werden von Pressezentren für die jeweilige geografische Region koordiniert und gemeinsam von dem chinesischen Außenministerium und der Vereinigung für Public Diplomacy verwaltet. Zweifellos das beliebteste Programm ist eines, das Journalistinnen und Journalisten vom indischen Subkontinent, Süd-Ost-Asien und Afrika zu einem 10-monatigen Besuch einlädt, alle Unkosten abdeckt und unverhohlen darauf abzielt, vorteilhafte Presse-Berichte zu erzeugen.

Medienschaffende zu Reisen einzuladen ist nicht notwendigerweise eine ehrenrührige Praxis. Viele Regierungen versuchen, damit ihr Image zu verbessern. Aber im Falle Chinas werden die Journalistinnen und Journalisten nicht von ihren Redaktionen ausgewählt, sondern, mit Genehmigung der Partei, von der chinesischen Botschaft – und es wird im Gegenzug etwas verlangt. Die Bedingungen sind klar: Sie müssen versprechen, die „chinesische Geschichte gut zu erzählen“ und sogar das autoritäre Regime als Demokratie und internationalen Friedensstifter darzustellen.

Diese Gäste dürfen sich während ihres Aufenthaltes allerdings nicht frei bewegen. Die Delegation von Journalistinnen und Journalisten aus der Türkei, Ägypten, Afghanistan, Pakistan und Bangladesch (alles Länder mit einer muslimischen Mehrheit), die am 10. Januar 2019 ihren Besuch in der westlich gelegenen Autonomen Region Xinjiang antrat, bekam keine Gelegenheit, unabhängig zu verifizieren, ob die eine Millionen uigurischen Muslime in Umerziehungslagern in Xinjiang festgehalten wurden. Stattdessen brachte die Regierung sie zu einer Ausstellung, die dem „Kampf gegen Terrorismus“ gewidmet war.

„Made in China“-Medienevents

Zusätzlich zu den Schulungen versucht China auch, seine autoritäre Vision der Nachrichtenmedien durch die Organisation von eigenen internationalen Events zu bewerben. 2009 rief es den World Media Summit ins Leben, der – anders als es der Name vermuten lässt – vollständig von der chinesischen staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* konzipiert, organisiert und finanziert wird. Der erste Gipfel hatte prestigeträchtige Partner: *News Corp* (USA),



Der jährliche BRICS Mediengipfel, eine Gelegenheit für China, die Hegemonie der westlichen Medien zu verurteilen und eine Korrektur der „Ungleichgewichte“ zu fordern.

© Greg Baker / AFP

Associated Press (USA), **Thomson Reuters** (Großbritannien), *ITAR-TASS* (Russland), *Kyodo News* (Japan), *BBC* (Großbritannien), *Turner* (USA) und *Google News Corp.* (USA).

Auf dem zweiten Gipfel in Moskau 2012 unter der Überschrift „Meeting Challenges of the 21st Century“ (Den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen) waren 213 internationale Medienorganisationen aus 102 Ländern vertreten. Der Fernsehsender *Al Jazeera* aus Katar organisierte im März 2016 einen dritten Gipfel mit dem Titel „The Future of News and News Organisations“ (Die Zukunft von Nachrichten und Nachrichten-Organisationen) in Doha, der Hauptstadt Katars, bei dem 120 Organisationen und 100 Medienkanäle vertreten waren. Diese Gipfel, die in autoritären Ländern abgehalten wurden, die die Pressefreiheit ablehnen, geben China die Gelegenheit, für sein Konzept der „positiven Berichterstattung“ und eine „neue Weltordnung der Medien“ zu werben. Sie halfen außerdem bei der Legitimation von *Xinhua*, dessen Führungskräfte hier auf Augenhöhe mit internationalen Medien diskutieren konnten, die für die Produktion von objektivem Qualitätsjournalismus bekannt sind.

Seit 2016 hat China außerdem den jährlichen BRICS Media Summit, einen Mediengipfel für Nachrichtenorganisationen aus den fünf aufstrebenden nationalen Ökonomien organisiert, die als BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) bekannt sind. China hatte hier die Chance, sowohl die Mediengesetze und -praktiken in den vier anderen Ländern zu beeinflussen als auch wieder einmal die westliche Medien-Hegemonie anzuprangern und eine Korrektur von „Ungleichgewichten“ zu fordern.

IM FOKUS

Die Verbreitung chinesischer Staatsmedien in der Welt

In den letzten zehn Jahren hat China massiv in neue Medien investiert, die ein internationales Publikum erreichen können; und zwar erfolgreich: Der staatseigene Sender *CGTN* sendet Fernsehprogramme in über 160 Länder und *China Radio International* sendet in 44 Sprachen.

Mit seiner modernen Präsentation, dem professionellen Stil und einer einwandfreien Aussprache strahlt *CGTN Africa* ein kultiviertes Image aus, das mit *CNN International* vergleichbar ist. Seine regionale Zentrale befindet sich in Nairobi (Kenia), aber es ist bemerkbar, dass *CGTN Africa* vollständig vom chinesischen Staat kontrolliert wird. Obwohl es behauptet, das echte Afrika zu zeigen, wird in Wirklichkeit sehr sorgfältig darauf geachtet, Chinas Image in Afrika zu unterstützen.

Im Dezember 2018 eröffnete *CGTN* eine ähnliche Produktionsstätte mit 90 vor Ort angeheuerten Angestellten in London. Wie die 2012 zeitgleich eröffneten Büros in Washington D.C. und Nairobi für Amerika und Afrika, soll diese Niederlassung schließlich Programme speziell für Europa produzieren. *CGTN Europe* wird die Dachorganisation *China Media Group* verstärken, die inoffiziell als „Voice of China“ bekannt ist und staatliches Fernsehen (*CCTV* und *CGTN*) und nationale und internationale Radiosender (*China National Radio* und *China Radio International*) vereint.

In den letzten zehn Jahren hat die internationale Medienpräsenz Chinas extrem zugenommen. Das *China Global Television Network* hat jetzt sechs Kanäle: fünf 24-Stunden-TV-Nachrichtensender (auf Englisch, Französisch, Arabisch, Russisch und Chinesisch) und einen englischsprachigen Dokumentarfilm-Kanal. *CGTN* beschäftigt heute rund 10.000 Mitarbeitende in insgesamt 70 Büros, darunter Produktionszentren in London, Washington D.C. und Nairobi, und sendet in mehr als 160 Ländern und Regionen. *China Radio International (CRI)* erreicht inzwischen die ganze Welt und sendet mit einer Rekordanzahl von 44 Sprachen aus mehr als 70 Stationen im Ausland.

Auch die chinesischen Printmedien spielen jetzt in der ersten Liga. Die englischsprachige *China Daily*, die Sonderausgaben für Nord- und Südamerika, Europa und Asien herausgibt, hat nach eigenen Angaben eine tägliche Auflage von 900.000 Exemplaren (fast die Hälfte der Auflage der *New York Times*) und insgesamt 45 Millionen Leserinnen und Leser. Seit 2009 gibt die *Global Times* eine englischsprachige Ausgabe mit einer Auflage von „nur“ 100.000 Exemplaren heraus, doch ihre Website, die in zehn Sprachen online ist, hat nach eigenen Angaben rund 15 Millionen Besucherinnen und Besucher pro Tag. Sogar die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua*, die einst wegen ihrer Sparsamkeit verspottet wurde, hat im Ausland ein deutliches Wachstum erzielt.

© *CGTN Africa* / Capture d'écran YouTube





Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) bemüht sich verstärkt darum, ihr Narrativ auch in Serbien durchzusetzen, wo eine regierungsfreundliche Boulevardzeitung dem „großen Bruder Xi Jinping“ dankt.

© Andrej Isakovic / AFP

Die Durchsetzung des offiziellen chinesischen Narrativs

Während sich weltweit die Verurteilungen der Unterdrückung in der Autonomen Region Xinjiang häufen, spart das Pekinger Regime nicht an Ressourcen, um insbesondere in den sozialen Netzwerken für Ablenkung zu sorgen. Eine gemeinsame Untersuchung von *New York Times* und *ProPublica* im Juni 2021 deckte auf, wie die Partei eine Propagandakampagne koordinierte. In über 3000 YouTube-Videos, deren Produktionsweise und Drehbuch sich ähneln, wurden uigurische Menschen inszeniert, die ihr Leben in der Autonomen Region Xinjiang in einem verdächtig positiven Licht darstellen.

Für das Regime sind diese Kampagnen Teil des Bemühens, die Welt zu zwingen, entsprechend des von Präsident Xi Jinping propagierten Narrativs „Chinas Geschichte gut zu erzählen“. In einem Interview, das die *People's Daily* 2013 veröffentlichte, fand **Li Congjun**, der ehemalige Chef der staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua*, dass „die globalen Meinungen immer noch von westlichen Medien dominiert werden“ und befürwortete die Schaffung einer „neuen Weltmedienordnung“, um das Ungleichgewicht zugunsten seines Landes zu beheben.

Strategische trojanische Pferde

In dem Bemühen, eine breitere internationale Öffentlichkeit zu erreichen, hat Peking auch damit begonnen, ein ehrgeiziges Programm zum strategischen Einkauf in ausländischen Medien umzusetzen. Koordiniert wird diese Politik von der Abteilung für Arbeit an der Einheitsfront, einer Abteilung der Kommunistischen Partei Chinas, die Finanztransfers an ausländische Medien überwacht. Einem Bericht von *Bloomberg News* vom April 2018 zufolge hat China in den letzten zehn Jahren rund 3,3 Milliarden US-Dollar in den Erwerb von Anteilen an verschiedenen europäischen Medien investiert, etwa 1 Prozent seiner gesamten Investitionen auf dem Kontinent.

Das Regime investiert zudem in erheblichem Umfang in die Veröffentlichung von redaktionellen Beilagen in großen internationalen Zeitungen. Die Leserinnen und Leser des *Wall Street Journal* (USA), des *Daily Telegraph* (Großbritannien), von *Le Figaro* (Frankreich), dem *Handelsblatt* (Deutschland), *Rossiyskaya Gazeta* (Russland) und *Mainichi Shimbun* (Japan) haben sich allmählich an harmlos aussehende kostenlose Beilagen der chinesischen Publikation *China Watch* gewöhnt, die in regelmäßigen Abständen in ihren Lieblingszeitungen veröffentlicht werden. Auch wenn die von *China Daily* geschriebenen Beilagen einigermaßen angenehm zu lesen sind, sind es dennoch trojanische

Peking, durch die Peking seine Propaganda in den Wohnzimmern der Eliten etablieren kann. Da der Preis, den China für eine solche Beilage in einer führenden Tageszeitung bezahlt, bis zu 250.000 US-Dollar erreichen kann, kann der finanzielle Gewinn für diese Medien Peking unter Umständen die Möglichkeit bieten, sie unter Druck zu setzen.

Die Kontrolle der chinesischen Diaspora

Pekings Einfluss reicht in den chinesischsprachigen Medien außerhalb Chinas besonders weit. Die 50 Millionen Chinesinnen und Chinesen aus Übersee, die Hälfte davon in Asien, standen dem kommunistischen Regime Chinas traditionell sehr kritisch gegenüber. Nach dem Tiananmen-Massaker am 4. Juni 1989, das eine Welle der Empörung in den Diaspora-Medien auslöste, erkannte Peking, dass sie seine Strategie zur Image-Kontrolle behinderten und machte sich daran, diese Medien nach und nach aufzukaufen und gleichzeitig neue eigene Medienkanäle zu entwickeln.

In Thailand, wo (mit 9 Millionen Menschen) die größte chinesische Diaspora-Gemeinschaft der Welt lebt, waren die chinesischsprachigen Medien einst sehr antikommunistisch, aber auch sie haben ihren Ton geändert. *Sing Sian Yer Pao*, 1950 gegründet und heute Thailands führende chinesischsprachige Tageszeitung, wechselte von traditionellen chinesischen Langzeichen zu den in Festlandchina verwendeten Kurzzeichen und trat eine Partnerschaft mit der chinesischen *Nanfang Mediagroup* ein.

Laut einem am 23. September 2021 veröffentlichten Bericht der britischen Zeitung *The Economist* ist die chinesische Messenger-App WeChat, die unter den chinesischsprachigen Einwanderern der ersten Generation beliebt ist, einer der wichtigsten Kanäle zur Verbreitung von Nachrichten in chinesischer Sprache. In den USA hatte eine [Studie](#) der Columbia University School of Journalism im April 2018 ergeben, dass auf der US-Version von WeChat viele rechtsextreme Fehlinformationen und Verschwörungstheorien kursierten. Die App [überwacht](#) auch die Gespräche und Inhalte internationaler Nutzerinnen und Nutzer, die die Partei für sensibel hält, allerdings in geringerem Maße als in der inländischen Version.

Kritik von chinesischen Auslandsvertretungen

Die diplomatischen Vertretungen Chinas sind eine weitere Quelle von Druck auf die Informationsfreiheit in Demokratien. Einige chinesische Botschafter haben keine Skrupel, Journalistinnen und Journalisten offen zu verunglimpfen oder das Recht auf Gegendarstellung zu fordern, wenn sie eine Gelegenheit für die Behauptung sehen, ein Zeitungsartikel habe „die Gefühle von 1,4 Milliarden Chinesen verletzt“ – was sehr häufig der Fall ist. Solche Erklärungen über die Gefühle chinesischer Bürgerinnen und Bürger sind mehr als nur leicht übertrieben, wenn man bedenkt, dass eine erdrückende Mehrheit der chinesischen Internetnutzerinnen und -nutzer aufgrund von Zensur keinen Zugang zu ausländischen Medien hat.

In einem neuen Artikel, der am 25. Oktober 2021 auf der Website der chinesischen Botschaft veröffentlicht wurde, griff der Botschafter in Paris Lu Shaye, ein für seine Hetzreden gegen die Medien berüchtigter Wiederholungstäter, **Sébastien Falletti** an. Ein am 19. Oktober veröffentlichter Artikel des Asien-Korrespondenten der Tageszeitung *Le Figaro* sei „mit Lügen und Ablenkungen aufgeblasen“, habe „die Realität verdreht“ und sei „selbstgefällig“ gegenüber der taiwanesischen Regierung gewesen. Der Botschafter zog auch über den Korrespondenten von *Le Monde* in Peking, **Frédéric Lemaître**, her und unterstellte ihm, seine Texte seien häufig erfunden. Allgemein drängte er die französischen Medien schamlos dazu, „die Ethik gewissenhaft zu beachten“ und „die Fakten zu respektieren“.

Wolfskrieger-Diplomatie

Botschaften bedrängen auch Veranstaltungsorte, Events abzusagen, die die Kontrolle der Informationen in China gefährden. In Deutschland wurde nach persönlicher Intervention von Chinas Generalkonsul bei der Stadt Düsseldorf ein Vortrag abgesagt. Er sollte am 27. Oktober 2021 am Konfuzius-Institut der Universität Duisburg-Essen stattfinden und sich mit einem von den beiden deutschen Journalisten **Stefan Aust** und **Adrian Geiges** geschriebenes Buch über Xi Jinping befassen. In Italien versuchte die chinesische Botschaft in Rom, die Ausstellung des chinesisch-australischen Karikaturisten **Badiucao** zu verhindern, die von November 2021 bis Februar 2022 in Brescia (Norditalien) gezeigt wird. Die Stadt gab dem chinesischen Druck nicht nach und beschloss, sie dennoch zu eröffnen.

Seit dem Beginn der Demokratie-Proteste in Hongkong 2019 haben chinesische Diplomattinnen und Diplomaten in ausländische soziale Medien investiert, obwohl diese in China verboten sind. Laut einer gemeinsamen Studie der *Associated Press* und des US-Think-Tanks Atlantic Council's Digital Forensic Research Lab haben sich in dieser

Zeit die Konten chinesischer Diplomaten bei Twitter mehr als verdreifacht und bei Facebook mehr als verdoppelt. Dieser Trend geht einher mit einer Zunahme aggressiver oder sogar beleidigender Reaktionen auf ausländische Kritiker; eine typische Vorgehensweise, die nach einem patriotischen chinesischen Actionfilm, in dem der Protagonist ausländische „Bösewichte“ besiegt, „Wolfskrieger-Diplomatie“ genannt wird.

Desinformationskampagnen

Diese neue Nutzung ausländischer sozialer Medien ermöglicht es Peking auch, seine Fähigkeiten zur Desinformation zu erweitern. Obwohl die Hauptziele Taiwan und in geringerem Maße Länder mit einem großen Bevölkerungsanteil von ethnischen Chinesinnen und Chinesen waren, wurden chinesische Desinformationskampagnen zunehmend global, als die Welt 2020 mit der Covid-19-Pandemie kämpfte. Eine wiederholt auftretende Quelle von Fake News besagt, das Virus sei eigentlich eine Bio-Waffe, die vom US-Militär in einem Labor in Fort Detrick, Maryland, entwickelt und im Oktober 2019 während der Military World Games in Wuhan eingeführt wurde.

Am 11. März 2020 veröffentlichte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, eine Reihe von Tweets, in denen er behauptete, Covid-19 käme aus den USA. Laut derselben Studie von *Associated Press* und Digital Forensic Research Lab wurde Zhaos Thread in den folgenden sechs Wochen fast 100.000 Mal in mindestens 54 Sprachen zitiert. Die automatisierte und koordinierte Nutzung von gefälschten und gekaperten Konten, eine Praxis, die das Cyber-Sicherheitsunternehmen Graphika als „Spamouflage“ bezeichnet, hat zur Vervielfältigung der chinesischen Desinformation beigetragen.

Obwohl dieses Engagement in Russland, dem Iran und den Philippinen unkritisch aufgenommen wurde und Politiker dort diese Behauptungen weiter verbreiteten, verwiesen andere Länder und regionale Einheiten wie Japan und die Europäische Union ausdrücklich auf China als Quelle der Desinformation. Im Juni 2020 kündigte Twitter die Löschung von rund 170.000 chinesischen Konten an, nachdem das Unternehmen festgestellt hatte, dass sie mit Pekings staatlichen Kampagnen der Einflussnahme in Zusammenhang standen.

Trolle und Influencer

Die ehrenamtlichen nationalistischen Trolle namens „Little Pinks“, die Kritiker Chinas angreifen, agieren auch in ausländischen sozialen Medien. Eine ihrer ersten großen Cyber-Mobbing-Kampagnen fand im Januar 2016 statt, als Tsai Ing-wen zur Präsidentin Taiwans gewählt wurde. Viele chinesische Internetnutzerinnen und -nutzer posteten aggressive Kommentare und Memes auf der Facebook-Seite der neuen gewählten Präsidentin.

Das chinesische Regime greift auch auf Influencer zurück, um seine Propaganda zu verbreiten. In Ägypten nutzt eine Arabisch sprechende chinesische Influencerin namens Faihaa Wang, die laut *Global Times* mit der *China Media Group* in Verbindung steht, die Gesprächsthemen und Fake News der Partei, um die Politik der Zentralregierung in der Autonomen Region Xinjiang zu rechtfertigen. Im Jahr 2020 begannen andere ausländische Vlogger, darunter die britischen Auswanderer Barrie Jones, Jason Lightfoot sowie Lee und Oli Barrett, Videos auf ihren YouTube-Kanälen zu posten, um Pekings Politik in der Autonomen Region Xinjiang und Chinas „guten Umgang“ mit der Covid-19-Krise zu verteidigen. Diese Vlogger, die sich selbst als „China-Liebhaber“ bezeichnen, werfen den westlichen Medien vor, sie hätten sich verschworen zu dem „Versuch, China zu destabilisieren“.



Der pro-chinesische britische Vlogger Jason Lightfoot prangert die „Schwachsinn“-Berichterstattung der westlichen Medien über die Repressionen in der Autonomen Region Xinjiang an.

© CGTN / YouTube Screenshot

IM FOKUS

TikTok: in China verboten, von Peking infiltriert

Die chinesische Video-Sharing-App TikTok, die weltweit eine Milliarde Nutzerinnen und Nutzer hat und in China verboten ist, wird verdächtig, Teil der Zensur- und Überwachungsaktivitäten des Pekinger Regimes zu sein.

Das soziale Netzwerk TikTok, das 2017 von der chinesischen Firma ByteDance gegründet wurde, ist auf das Teilen von Kurzvideos spezialisiert. Es hat weltweit enormen Erfolg gehabt und bis September 2021 mehr als zwei Milliarden Downloads und eine Milliarde aktive Nutzerinnen und Nutzer pro Monat verzeichnet. Die App, die sich an 18- bis 25-Jährige richtet, ist in über 150 Ländern zugänglich... aber nicht in China. Dort muss sich die Öffentlichkeit mit ihrem Zwilling Douyin begnügen, einer nur im Staatsgebiet verfügbaren Plattform.

Eine am 25. Juni 2021 veröffentlichte Untersuchung des Fernsehsenders *CNBC* ergab, dass Nutzerdaten für die chinesische Muttergesellschaft zugänglich waren, obwohl sie in den USA und Singapur gespeichert wurden. Die Datenschutzklauseln der App bestätigen dies: Da ByteDance chinesischem Recht unterliegt, hat das Unternehmen keine andere Wahl, als diese Daten auf Aufforderung den chinesischen Behörden zu übermitteln. Es behauptet jedoch, niemals eine derartige Anfrage erhalten zu haben.

Im September 2019 wurde die App beschuldigt, Diskussionen über Demokratie-Proteste in Hongkong zensiert zu haben. Die britische Zeitung *The Guardian* enthüllte die Existenz von Richtlinien zur Zensur von Inhalten, die vom Pekinger Regime als sensibel angesehen werden. Dazu gehören das Tiananmen-Massaker, die Unabhängigkeit Tibets und die Falun-Gong-Bewegung. Die Social-Media-Plattform reagierte auf die Enthüllung und erklärte, dass diese Richtlinien aufgehoben worden seien und sie nun einen lokaleren Ansatz verfolge.

Im November 2019 sperrte TikTok den Account von Feroza Aziz, nachdem die afghanisch-amerikanische Teenagerin ein Make-up-Tutorial veröffentlicht hatte, in dem sie die Unterdrückung der uigurischen ethnischen Minderheit in China kritisierte und ihre Anhänger aufforderte, sich über das Thema zu informieren. Die Plattform berief sich zunächst auf einen Verstoß gegen die Regeln für Inhalte mit Terrorismus-Bezug, bevor sie ihren Fehler einräumte und sich bei Feroza Aziz entschuldigte.

2020 hatte die Regierung des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump angeordnet, die Plattform zu verbieten, wenn sie keinen US-Käufer finden könne. Sie begründete dies mit dem Verdacht, TikTok könne ein Risiko für die „nationale Sicherheit“ darstellen. Obwohl der neue Präsident Joe Biden die Entscheidung inzwischen revidiert hat, hat er angekündigt, Maßnahmen zur Bewertung von Sicherheitsrisiken durch ausländische Apps wie TikTok zu ergreifen.



© Olivier Douliery / AFP

Demokratien im Kampf gegen Propaganda

In demokratischen Ländern ist das Prinzip der Unabhängigkeit und des Pluralismus der Informationsmedien, die Freiheit der Medien, ohne Einmischung der Regierung senden zu können, und die Öffnung der inländischen Medienlandschaft für ausländische Medienkanäle gesetzlich verankert. Leider nutzen autoritäre Regierungen, darunter auch China, dieses System regelmäßig, um Inhalte zu verbreiten, die gegen die grundlegenden Prinzipien des Journalismus verstoßen.

Die Schieflage zwischen offenen demokratischen Ländern mit journalistischer Freiheit und geschlossenen autoritären Ländern, die Informationen kontrollieren und Propaganda exportieren, untergräbt den Journalismus und ganz allgemein die Zuverlässigkeit von Informationen, für die Freiheit, Unabhängigkeit und Pluralismus unabdingbar sind. Diese Schieflage verschafft Diktaturen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Demokratien, ohne dass es der Sache des Journalismus dient, dass Diktaturen ihn im Inland blockieren, während sie ihre Propaganda ins Ausland exportieren.

Illegale Praktiken sanktionieren

Um sich zu schützen, versuchen Demokratien Verstöße gegen die Rundfunkregeln zu ahnden. Am 18. November 2020 verweigerte die unabhängige taiwanesischen Regulierungsbehörde National Communications Commission (NCC) die Verlängerung der Rundfunklizenz des Nachrichtensenders *CTi TV* wegen wiederholter Verstöße gegen seine Pflicht zur Einhaltung der journalistischen Ethik. Der Kanal, der der pro-chinesischen *Want Want China Times Media Group* gehört, war bereits 2014 verworfen worden, hat aber seine Praktiken nicht wesentlich geändert. Im Februar 2021 widerrief die britische Regulierungsbehörde Office of Communications (Ofcom) die Lizenz für den *CGTN*-Kanal aus ähnlichen Gründen. Die Mediengruppe sendet jedoch weiterhin in Europa über den französischen Satelliten Eutelsat.

Gleichbehandlung garantieren

Nach diesem Vorfall forderte RSF die demokratischen Staaten auf, die Gleichbehandlung auf dem Medienmarkt zu gewährleisten, indem sie sicherstellen, dass alle Medien unabhängig von ihrem Herkunftsland und Sendekanal (Satellit, digital usw.) denselben Verpflichtungen unterliegen. Diese betreffen insbesondere Ehrlichkeit, Unabhängigkeit und Pluralismus von Informationen sowie die Achtung der Menschenwürde. Eine Nichtbeachtung kann mit Sanktionen bestraft werden, die bis zur Verweigerung oder Entziehung der Sendegenehmigung gehen können. Damit das System wirksam ist, müssen die Betreiber von Satelliten- und Digitaldiensten überprüfen, ob die von ihnen bereitgestellten Kanäle diese rechtlichen Verpflichtungen einhalten, und dafür haftbar gemacht werden.

RSF forderte außerdem die Einrichtung eines internationalen Systems der Reziprozität auf der Grundlage der universellen Grundsätze von Meinungs- und Redefreiheit. Es würde die Öffnung der inländischen Medienlandschaft demokratischer Länder von einer gegenseitigen Öffnung des digitalen Raums, der Abwesenheit von Zugangsbarrieren und Zensur und der Respektierung internationaler Normen für Meinungs- und Informationsfreiheit abhängig machen.

IM FOKUS



© Safeguard Defenders

CGTN verliert seine UK-Lizenz wegen ethischen Verstößen

Die britische Regulierungsbehörde für Kommunikation (Ofcom) widerrief 2021 die Lizenz des staatlichen chinesischen Auslandssenders CGTN nach vier Fällen von ethischen Verstößen, aber die Gruppe sendet ihre Propaganda weiterhin in Europa und der restlichen Welt.

Im Februar 2021 widerrief das Office of Communications (Ofcom), die offizielle britische Regulierungsbehörde für Kommunikation, die Rundfunklizenz im Vereinigten Königreich für den staatlichen chinesischen Auslandssender *China Global Television Network (CGTN)*. Sie begründete diese Entscheidung damit, dass die Gruppe und ihre Programme „letztlich von der Kommunistischen Partei Chinas kontrolliert werden“. Etwas später sanktionierte Ofcom die Gruppe zudem viermal wegen „schwerer und wiederholter Verstöße“ gegen den Ofcom Broadcasting Code und verhängte ein Bußgeld in Höhe von insgesamt 570.000 US-Dollar.

Ofcom wirft *CGTN* mehrere ethische Verstöße in den letzten Jahren vor, darunter einen Verstoß gegen Regeln der „Unparteilichkeit“ bei der Berichterstattung über die Proteste in Hongkong 2019 sowie zwischen 2013 und 2019 die Sendung von [erzwungenen Geständnissen](#) von dem schwedischen Verleger **Gui Minhai**, dem ehemaligen Journalisten **Peter Humphrey** und dem Angestellten des britischen Konsulats in Hongkong, Simon Cheng. Ofcom bezeichnete diese Behandlung als „unfair“ und als „Verletzung der Privatsphäre“. Als Vergeltung [verbot das Regime dem britischen öffentlich-rechtlichen Sender BBC](#), in China zu senden, und behauptete, seine Programme würden „Chinas nationale Interessen untergraben“. Dies hatte sehr begrenzte Auswirkungen, da die Präsenz internationaler Sender in China bereits auf internationale Hotels und Wohngebäude für ausländische Personen beschränkt war.

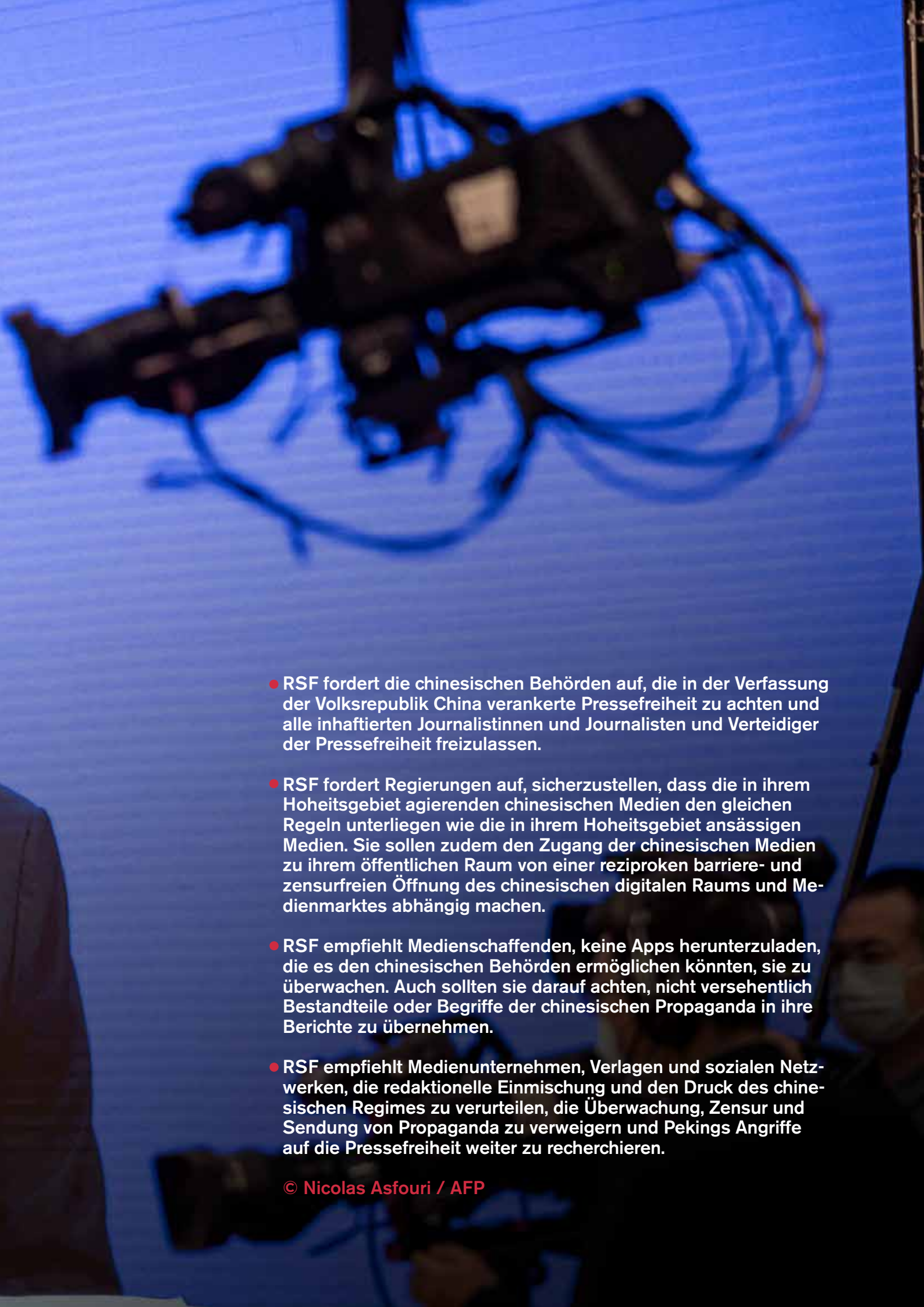
CGTN sendet jedoch weiterhin in Europa, da Frankreichs Hoher Rat für Rundfunk (CSA) entschieden hat, dass der Sender „frei und ohne vorangestellte Formalitäten“ im Rahmen der Europäischen Konvention des Europarats über das grenzüberschreitende Fernsehen ausgestrahlt werden kann. Nach der Verkündung war die deutsche Regulierungsbehörde, die *CGTN* nach der Entscheidung des Vereinigten Königreichs zunächst verboten hatte, dazu gezwungen, das Verbot wieder aufzuheben. *CGTN* konnte unter Ausnutzung der französischen Entscheidung sogar wieder im Vereinigten Königreich senden.

Der juristische Kampf gegen die chinesische Propaganda in demokratischen Staaten hat gerade erst begonnen. Nur wenige Tage nach der Ankündigung der CSA forderten Opfer von erzwungenen Geständnissen von dem Satellitensender Eutelsat die Einstellung der Ausstrahlung von *CGTN*. Am 5. April 2021 wurden neue Klagen gegen den Sender bei der CSA und ihrem US-Pendant, der Federal Communications Commission, wegen der Ausstrahlung eines Geständnisses eines uigurischen Kindes durch *CGTN* im März 2021 eingereicht. In Australien beschloss die Fernsehgruppe SBS 2021 nach einer Beschwerde der NGO Safeguard Defenders ebenfalls, die Ausstrahlung von *CGTN*-Programmen auszusetzen.

4

APPELLE UND
EMPFEHLUNGEN
VON RSF



- 
- RSF fordert die chinesischen Behörden auf, die in der Verfassung der Volksrepublik China verankerte Pressefreiheit zu achten und alle inhaftierten Journalistinnen und Journalisten und Verteidiger der Pressefreiheit freizulassen.
 - RSF fordert Regierungen auf, sicherzustellen, dass die in ihrem Hoheitsgebiet agierenden chinesischen Medien den gleichen Regeln unterliegen wie die in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Medien. Sie sollen zudem den Zugang der chinesischen Medien zu ihrem öffentlichen Raum von einer reziproken barriere- und zensurfreien Öffnung des chinesischen digitalen Raums und Medienmarktes abhängig machen.
 - RSF empfiehlt Medienschaffenden, keine Apps herunterzuladen, die es den chinesischen Behörden ermöglichen könnten, sie zu überwachen. Auch sollten sie darauf achten, nicht versehentlich Bestandteile oder Begriffe der chinesischen Propaganda in ihre Berichte zu übernehmen.
 - RSF empfiehlt Medienunternehmen, Verlagen und sozialen Netzwerken, die redaktionelle Einmischung und den Druck des chinesischen Regimes zu verurteilen, die Überwachung, Zensur und Sendung von Propaganda zu verweigern und Pekings Angriffe auf die Pressefreiheit weiter zu recherchieren.

Appelle an die chinesischen Behörden

- Lassen Sie sofort alle Journalistinnen und Journalisten frei, die im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung inhaftiert wurden und beenden Sie die Entführung, Verhaftung, Inhaftierung, Folter, Misshandlung, Durchsuchung und Schikane von Journalistinnen und Journalisten sowie Verteidigern von frei berichteten Nachrichten und Informationen in Übereinstimmung mit der Verfassung der Volksrepublik China, die „rechtswidrige Inhaftierung“ verbietet, „persönliche Würde“ garantiert und die Wohnungen der Bürger für „unverletzlich“ erklärt (Artikel 37, 38 und 39).
- Respektieren Sie die Pressefreiheit und das Recht auf Information sowohl im Inland als auch international.
- Ratifizieren Sie den internationalen Pakt über zivile und politische Rechte, der in Artikel 19 das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung garantiert.
- Sichern Sie die Unabhängigkeit staatlicher und privater Medien gemäß Artikel 35 der Verfassung der Volksrepublik China, der die „Redefreiheit [und] Freiheit der Presse“ garantiert.
- Beenden Sie das System der Online-Zensur und -Überwachung von Journalistinnen und Journalisten, das eine eklatante Verletzung des Rechts chinesischer Bürgerinnen und Bürger auf die in Artikel 40 der Verfassung der Volksrepublik China garantierte Freiheit und Vertraulichkeit des Briefverkehrs darstellt.
- Beenden Sie die Blockade und Zensur der Verbreitung von ausländischen Medieninhalten in China.
- Stellen Sie ausländischen Reporterinnen und Reportern in China in einem offenen und transparenten Verfahren eine Akkreditierung zur Verfügung und behindern Sie sie nicht in ihrer Arbeit.

Appelle an Regierungen und Institutionen

- Übermitteln Sie die oben genannten Empfehlungen an die chinesischen Behörden.
- Verlangen Sie, dass die chinesischen Behörden aufhören, Medienschaffende, Medienkanäle, Verleger und wissenschaftlich Arbeitende im Ausland zu schikanieren.
- Verpflichten Sie die chinesischen Medien dazu, in Drittländern vollständig transparent zu sein über ihre Anteilseigner und ihre Finanzierungsquellen, inklusive der Werbung.
- Stellen Sie die Gleichbehandlung aller audiovisuellen Medien unabhängig von ihren Sendekanälen und Herkunftsländern sicher: Unterwerfen Sie die chinesischen audiovisuellen Medien, die in demokratischen Staaten (insbesondere im Satellitenfernsehen) senden, den gleichen Regeln wie die in diesen Demokratien ansässigen Medien; insbesondere den Regeln über Ehrlichkeit, Unabhängigkeit und Pluralismus der Informationen und die Achtung der Menschenwürde.
- Fördern und unterstützen Sie die Präsenz unabhängiger chinesischsprachiger Medien, insbesondere in Ländern mit einer großen chinesisch-stämmigen Diaspora.
- Entwickeln Sie Programme, die die Bürgerinnen und Bürger über die Medien aufklären und ihnen dabei helfen, Desinformationskampagnen zu erkennen und ihre Informationen aus pluralistischen und unabhängigen journalistischen Quellen zu beziehen.

Empfehlungen für Journalistinnen und Journalisten

- Vermeiden Sie so weit wie möglich den Einsatz von Technologien, die das Risiko einer Zensur oder Überwachung durch die chinesischen Behörden bergen, weil sie entweder von einem Unternehmen entwickelt wurden oder betrieben werden, das dem chinesischen Recht unterliegt (wie WeChat, Baidu, TikTok) oder das Nutzerdaten auf Servern speichert, die den chinesischen Behörden zugänglich sind (wie iCloud China).
- Wenn die Verwendung dieser Ressourcen unbedingt erforderlich ist, stellen Sie eine Verbindung von einem eigens dafür vorgesehenen Gerät (Computer oder Smartphone) her, das von Ihrer üblichen Arbeitsumgebung getrennt ist. Speichern Sie keine Passwörter oder Informationen, die Sie oder Ihre Quellen gefährden könnten. Vertrauen Sie nicht auf Angaben von Betreibern, dass Daten, die über ihre Server in China übertragen werden, verschlüsselt oder sofort gelöscht werden. Zum Schutz chinesischer Quellen wird die Kommunikation über Ende-zu-Ende-verschlüsselter Messenger empfohlen, die ohne die Speicherung einer Telefonnummer auskommen (z. B. Threema).
- Wenn Sie über chinesische Plattformen kommunizieren und veröffentlichen, überprüfen Sie die technischen Daten auf mögliche Manipulation und veröffentlichen Sie Inhalte parallel auf internationalen Plattformen.
- Bei der Recherche in China sollte vor der Abreise ein geeignetes VPN installiert werden, beispielsweise ein firmeneigenes VPN oder eine zuverlässige kostenpflichtige Version. VPN-Tunnel können den Zugang zu blockierten Diensten ermöglichen und bis zu einem gewissen Grad die Privatsphäre während der Online-Recherche schützen. Ein VPN schützt jedoch nicht den Inhalt der auf chinesischen Plattformen/ Diensten ausgetauschten Kommunikation. Eine individuelle Beratung mit einem Experten für digitale Sicherheit ist ratsam.
- In ihren „Heimat-Standorten“ sollten Medienschaffende auf die Präsenz und die Entwicklung chinesischer Medien achten, insbesondere auf ihre Veröffentlichungs- und Investitionsaktivitäten. Benachrichtigen Sie RSF über Veränderungen der redaktionellen Politik der lokalen Medien im Bezug auf China.
- Benachrichtigen Sie RSF über jeden Missbrauch, den Sie im Verlauf Ihrer Berichterstattung und in den Medien Ihres Landes sehen (Druck, Drohungen, Schikane, Verdacht auf Selbstzensur oder Verdacht auf Korruption), damit wir den Fällen gegebenenfalls nachgehen können.
- Wenn Sie über China berichten, achten Sie darauf, keine Begrifflichkeiten zu verwenden, die bekannte Realitäten verbergen. Beziehen Sie sich beispielsweise auf die Repressionen in Xinjiang statt auf den „Kampf gegen den Terrorismus“ oder auf das Tiananmen-Massaker statt auf die Tiananmen-„Ereignisse“.
- Kooperieren Sie nicht mit Medien, die Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas verbreiten, und bedenken Sie, was von Ihnen im Gegenzug verlangt werden könnte, wenn Sie als Journalistin oder Journalist nach China eingeladen werden.
- Wenn Sie an von China organisierten Veranstaltungen wie Medien-Konferenzen teilnehmen, sollten Journalistinnen, Journalisten und Medien darauf achten, dass chinesische Vertreter und Beamte diese Veranstaltungen als Plattform für Propaganda nutzen werden. Indem Journalistinnen und Journalisten im Voraus chinesische Narrative und Hintergrundinformationen prüfen, können sie ihr Bewusstsein für Propagandastrategien schärfen und sich auf kritische Diskussionen vorbereiten.

Empfehlungen für Medien, Verlage und soziale Netzwerke

- Tun Sie alles Ihnen Mögliche, um das Risiko für externen politischen oder wirtschaftlichen Druck zu vermeiden, und verurteilen Sie jede redaktionelle Einmischung, die Sie erleben.
- Verweigern Sie alle Anfragen von Zensur und Überwachung.
- Verweigern Sie die Verbreitung von Propagandainhalten.
- Fahren Sie fort, Pekings Zensur, Propaganda, Übernahmen von Medien, Schikanen gegen Journalistinnen und Journalisten und andere Angriffe auf die Pressefreiheit zu recherchieren und aufzudecken.
- Halten Sie die Grundsätze der [Internationalen Erklärung für Information und Demokratie](#) ein.

IM FOKUS

Collateral Freedom: gespiegelte Webseiten zur Umgehung der Zensur

Das RSF-Projekt [#CollateralFreedom](#) umgeht die Internet-Zensur mit der Strategie, auf den internationalen Servern der Internet-Giganten der Welt erstellte zensierte Webseiten zu „spiegeln“ bzw. zu duplizieren.

Will ein Land den Zugriff auf die Spiegel-Seiten blockieren, muss es sich auch selbst den Zugriff auf alle auf diesen Servern gehosteten Seiten und Dienste entziehen, was seiner eigenen Wirtschaft erheblichen „Kollateralschaden“ zufügen würde.

Im Falle Chinas ermöglicht das Projekt die Spiegelung folgender Webseiten: *Tibet Post International*, *Mingjing News*, *China Digital Times*, *Civil Rights and Livelihood Watch* und *Weiquanwang*.



© Reporters sans frontières (RSF)

RSF startet Plattform mit Sicherheitstipps



© Reporters sans frontières (RSF)

Reporter ohne Grenzen (RSF) hat eine Plattform mit Ressourcen für Medienschaffende zu körperlicher Sicherheit, Cyber-Sicherheit und professionellen Praktiken online gestellt.

Wie die Pegasus-Enthüllungen zeigen, war es für Journalistinnen und Journalisten nie wichtiger, sich und ihre Quellen zu schützen. Um sie zu unterstützen, hat Reporter ohne Grenzen (RSF) eine Website mit Ressourcen für Journalistinnen und Journalisten zu körperlicher Sicherheit, Cyber-Sicherheit und professionellen Praktiken erstellt. RSF hat eine Plattform zur Information und Selbstschulung für Medienschaffende online gestellt, die sich mit Covid-19-Berichterstattung und weitergehenden Themen befasst. Dazu gehören z. B. körperliche Sicherheit, Cyber-Sicherheit, rechtliche Informationen und psychische Gesundheit. Sie ist derzeit in Englisch und Chinesisch verfügbar unter training.rsf.org.

Die Plattform bietet umfassende Informationen über die israelische Spyware *Pegasus*, die Berichten zufolge verwendet wurde, um 50.000 Mobiltelefone auszuspionieren. Darunter waren die Telefone von mindestens 180 Journalistinnen und Journalisten. Sie bietet auch Videos von einer Reihe von Schulungsveranstaltungen, die von RSF durchgeführt wurden, sowie eine elektronische Version des RSF Safety Guide for Journalists, der in Zusammenarbeit mit der UNESCO veröffentlicht wurde.

RSF betreibt seit fast einem Jahrzehnt Sicherheits-Schulungsprogramme und hat damit über 1.800 Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt erreicht. Zusätzlich zum Training bietet RSF auch Soforthilfe an, die bedrohten Medien und schikanierten oder inhaftierten Medienschaffenden Schutz und Unterstützung bieten soll.

RSF-Sicherheitsratgeber für Journalistinnen und Journalisten

Der Sicherheitsratgeber für Journalistinnen und Journalisten, ein umfassendes Handbuch für diejenigen, die in Hochrisiko-Umgebungen arbeiten (verfügbar über training.rsf.org) soll für alle Phasen der Berichterstattung praktischen Rat bieten. Wenn sie diese Anleitung benutzen, können Reporterinnen und Reporter Risiken abschätzen und besser auf unvorhergesehene Situationen während ihrer Einsätze vorbereitet sein. Dazu gehört:

- Risikobewertung
- Medikamente und Impfungen
- Packen einer Reiseausstattung
- Reisen innerhalb von Kampf- oder Hochrisiko-Gebieten
- Vorbereitung auf Angriffe, Hinterhalte oder andere Gefahren
- Bewährte Praktiken der Cyber-Sicherheit
- Mentale und körperliche Selbstfürsorge

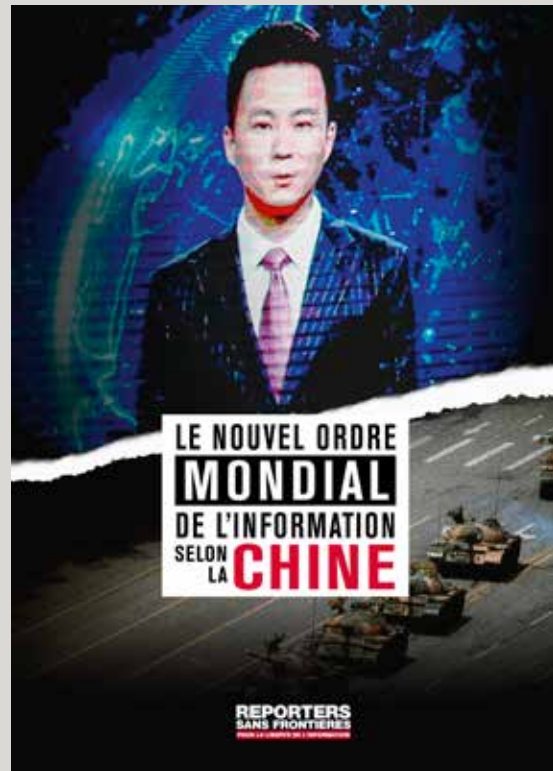


Chinas Streben nach einer neuen Weltordnung der Medien

In einem früheren Bericht mit dem Titel *Chinas Streben nach einer neuen Weltordnung der Medien*, der 2019 veröffentlicht wurde, verurteilte RSF die Manöver, die durch das Regime in Peking unternommen werden, um seine restriktive Idee von Information zu exportieren.

Um eine „neue Weltordnung der Medien“ durchzusetzen, in der Journalismus mit staatlicher Propaganda gleichgesetzt wird, baut Peking seine eigenen Auslandsmedien aus, investiert in ausländische Medienkanäle und lädt Journalistinnen und Journalisten aus Entwicklungsländern zur „Schulung“ nach China ein.

Durch sein internationales Entwicklungsprojekt der Seidenstraßen-Initiative bestärkt das Regime zudem autoritäre Regierungen darin, die Kontrolle über die Medien und das Internet zu verschärfen und stellt ihnen die notwendigen technischen und gesetzgeberischen Mittel zur Verfügung. Diese Expansion, deren Ausmaß bisher nur schwer abzuschätzen ist, stellt eine direkte Bedrohung für den Journalismus und die Demokratie weltweit dar.



© Reporters sans frontières (RSF)

Der Report kann von der RSF-Webseite oder über diesen Link: <https://bit.ly/3BxFH2N> heruntergeladen werden (in Französisch, Englisch, traditionellem Chinesisch und vereinfachtem Chinesisch).

GLOSSAR

CHINAS APPARAT FÜR INFORMATIONSKONTROLLE



Xi Jinping

Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und seit November 2012 Vorsitzender der Zentralen Militärkommission und seit März 2013 Präsident der Volksrepublik China. Xi Jinping hat die chinesische Verfassung ändern lassen, um Elemente seiner „Ideen“ einfließen zu lassen und das Land ohne Begrenzung der Amtszeit regieren zu können.



Carrie Lam

Carrie Lam, die am 17. Juli 2017 zu Hongkongs Regierungschefin ernannt wurde, hat im Namen des „Patriotismus“ konsequent die Zensur-Politik des chinesischen Regimes verteidigt. Während der Demokratie-Proteste hat Frau Lam vorsätzlich Berichte über Polizeigewalt gegen Reporterinnen und Reporter ignoriert. Während ihrer Amtszeit wurden mindestens 12 Journalistinnen und Journalisten sowie Verteidiger der Pressefreiheit wegen Verbrechen gegen den Staat verfolgt, darunter zehn, die bis heute in Haft sind.



Propaganda-Abteilung

Manchmal auch als „Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit“ übersetzt, setzt dieses Organ der Kommunistischen Partei Chinas die Propaganda-Richtlinien, die von der Leitungsgruppe für Propaganda und Ideologearbeit des Zentralkomitees umgesetzt werden. Seit 2018 hat es direkte Macht über Presse und Veröffentlichungsaktivitäten.



Informationsbüro des Staatsrats

Dieses Verwaltungsbüro unter der Kontrolle der Zentralen Propaganda-Abteilung entwirft die offizielle „positive Version“ von Ereignissen, der die Medien folgen müssen, und entscheidet, welche Argumente benutzt werden sollen, um Berichte in den internationalen Medien zu widerlegen, die im Widerspruch zur offiziellen Linie der Propaganda stehen.



Arbeitsabteilung der Vereinigten Front

Dieser undurchschaubare Arm der Kommunistischen Partei Chinas ist zuständig für Finanztransfers in Übersee an ausländische Medien (einschließlich chinesischsprachiger Medien), um Werbeplätze in oder Anteile an diesen Medien zu kaufen.



Cyberspace-Verwaltung Chinas

Diese 2014 erschaffene Behörde implementiert politische Strategien zu Internet-Themen, die von der Zentralen Kommission für Cyberspace-Angelegenheiten (CAC) formuliert wurden, welche von Xi Jinping selbst geleitet wird. Die CAC ist zuständig für Zensur, Überwachung und Propaganda-Maßnahmen im Internet.



Nachrichtenagentur Xinhua

Diese streng durch die Partei kontrollierte staatliche Nachrichtenagentur hat mehr als 10.000 Angestellte, veröffentlicht in zehn Sprachen (Chinesisch, Japanisch, Koreanisch, Arabisch, Russisch, Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch) und hat 162 internationale Büros, darunter regionale Zentren in Hongkong, Kairo, Nairobi, New York, Mexico City und Brüssel.



China Media Group (CMG)

2018 offiziell enthüllt und inoffiziell als „Die Stimme Chinas“ bekannt, ist diese internationale Einheit dafür konzipiert, durch die vereinten Kapazitäten für Produktion und Werbung des gesamten staatlichen Radio- und TV-Sendeapparates die Wirkung der globalen Propaganda zu steigern.



China Global Television Network (CGTN)

Früher als *CCTV-9* und *CCTV News* bekannt, produzieren diese staatseigenen Kabel-TV-Nachrichtendienste Programme in 160 Ländern, die in fünf Sprachen gesendet werden (Chinesisch, Englisch, Arabisch, Französisch und Russisch). *CGTN* hat mehr als 10.000 Angestellte in 70 Büros und drei Produktionszentren (in London, Washington D.C. und Nairobi).



China Radio International (CRI)

Dieser staatseigene Radiosender, der 1941 gegründet wurde, bezieht seine Stärke aus der Kooperation mit dem China National Radio, mit dem es seine Ressourcen bündelt. CRI sendet in 44 Sprachen von über 70 ausländischen Radiostationen in dem internationalen chinesischen Sendernetzwerk *China International Broadcasting Network* (CIBN).



China Daily

Diese 1981 gegründete staatseigene Tageszeitung, die nur auf Englisch erscheint, hat angeblich eine Auflage von 900.000 Exemplaren und insgesamt 150 Millionen Leserinnen und Leser (Print- und Onlineversionen zusammen). Ihre Werbe-Beilage, die sich an internationale meinungsprägende Personen richtet, wird in einer Auflage von 4 Millionen renommierten Zeitungen weltweit beigelegt.



People's Daily

Diese 1948 gegründete Zeitung ist das offizielle Propaganda-Organ der Partei, dessen Leitartikel oft von der zentralen Propaganda-Abteilung verfasst werden. Die Zeitung behauptet, eine tägliche Auflage von mehr als 3 Millionen zu haben. Neben Mandarin ist die Webseite in 16 im Ausland und von ethnischen Minderheiten gesprochenen Sprachen verfügbar.



Global Times

Ein ultra-nationalistisches Boulevardblatt, das 1993 von *People's Daily* gegründet wurde, um internationale Nachrichten zu kommentieren. Seine chinesischsprachige Ausgabe hat eine Printauflage von 1 Million, seine englischsprachige Version, die seit 2009 erscheint, hat eine Auflage von 100.000. Seine Webseite, die in 10 Sprachen publiziert, hat angeblich 15 Millionen Besucherinnen und Besucher pro Tag.



China International Publishing Group

Die CIPG, die 1949 gegründet wurde, ist Chinas größtes fremdsprachiges Verlagshaus. Es veröffentlicht in mehr als zehn Sprachen und hat 20 internationale Büros. Zu seinen Veröffentlichungen gehört *Beijing Review*, die zuerst 1958 erschien und Chinas einziges englischsprachiges Nachrichtenmagazin ist.



Führende Medien in Hongkong

Einige chinesischsprachige Medienkanäle in Hongkong wie z. B. *Ta Kung Pao*, *Wen Wei Po* und *Phoenix TV*, die ganz oder teilweise unter der Kontrolle Pekings stehen, spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung chinesischer Propaganda in chinesischen Übersee-Gemeinschaften. Als der chinesische E-Commerce-Gigant Alibaba 2016 die englischsprachige Zeitung *South China Morning Post* kaufte, sahen viele dahinter Pekings Einfluss.



Medien der Chinesischen Diaspora

Peking hat Kontrolle über die meisten führenden chinesischen Diaspora-Medien erlangt. Zum Beispiel sind Neuseelands *Chinese Herald* und Australiens *Pacific Times*, die früher unabhängig und dem chinesischen Regime gegenüber kritisch waren, jetzt zu Propaganda-Sprachrohren geworden. China hat außerdem seine eigenen Medienkanäle wie *Qiaobao* (China Press) in den USA aufgebaut, um seine Sichtweise in der Diaspora zu verbreiten.



Chinesische Botschaften

Chinas Auslandsvertretungen sind bekannt für ihre Versuche, journalistisch und wissenschaftlich arbeitende Personen einzuschüchtern, deren Arbeit ihnen missfällt. Die Botschafterinnen und Botschafter zögern nicht, öffentlich jede „Fehlinterpretation“ von Chinas Handeln zu kritisieren und die Autorinnen und Autoren unter anderem auch auf ausländischen Social-Media-Kanälen zu schikanieren.



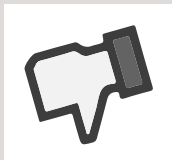
Konfuzius-Institute

2004 ins Leben gerufen und durch die Kultur- und Bildungsministerien sowie der zentralen Propaganda-Abteilung der Partei finanziert, hat das Netzwerk der Konfuzius-Institute die Aufgabe, die chinesische Sprache und Kultur zu verbreiten. Es besteht aus mehr als 500 Instituten in 154 Ländern. Immer mehr Universitäten mussten ihre Partnerschaften mit diesen Instituten beenden, weil sie versuchen, die offizielle Partei-Version der Geschichte und Politik aufzuoktrozieren.



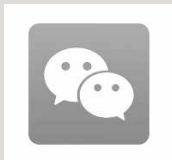
„50-Cent-Armee“

Diese Online-Kommentatorinnen und -Kommentatoren, die ursprünglich pro Post bezahlt wurden (daher der Name), haben die Aufgabe, die Propaganda des Regimes zu verbreiten, indem sie die Illusion erzeugen, es handele sich um Meinungen gewöhnlicher chinesischer Bürgerinnen und Bürger.



„Little Pinks“ – die kleinen Pinken

Anders als die „50 Cent Army“ von Trollen, die angeheuert werden, um regimetreue Online-Kommentare zu produzieren, attackieren diese nationalistischen Trolle in Eigeninitiative Kritikerinnen und Kritiker Chinas und ausländische Plattformen. Die Gruppe ist nach der Farbe der Startseite seiner Webpräsenz benannt sowie nach der irrtümlichen Annahme, dass die meisten ihrer Mitglieder junge Frauen seien.



WeChat (Messaging-App)

Erstmals 2011 vom chinesischen Tech-Giganten Tencent veröffentlicht, ist WeChat mit weltweit mehr als 1 Milliarde regelmäßigen Nutzerinnen und Nutzern Chinas größte Social-Media-Plattform. Die von WeChat gesammelten Daten, die unverschlüsselt über Server in China verwaltet werden, stellen für das chinesische Regime eine signifikante Ressource für Zensur, Einflussnahme und Überwachung dar.



Sina Weibo (Microblogging-Seite)

Dieses „Chinesische Twitter“, das 2009 gegründet wurde, ist mit über 550 Millionen aktiven Nutzerinnen und Nutzern Chinas zweitgrößtes soziales Netzwerk. Das Unternehmen beschäftigt Zensoren, um Inhalte und Schlüsselworte zu kennzeichnen und zu blockieren, die von der Partei wahrscheinlich für „schädlich“ gehalten werden.



Baidu (Suchmaschine)

Seit 1999 online, dominiert Baidu den chinesischen Markt und ist damit international nach Google die zweitwichtigste Suchmaschine. Sie bietet eine ähnliche Auswahl paralleler Dienste, inklusive einer Kopie der Online-Enzyklopädie Wikipedia. Obwohl sie bekannt ist für ihre Kollaboration mit der staatlichen Zensur und Propaganda, hat sie versucht, international Fuß zu fassen; bisher mit wenig Erfolg.



Huawei (Telekommunikations-Gruppe)

1987 von einem ehemaligen chinesischen Militär-Offizier gegründet, beteiligt sich dieser weltweit führende Telekommunikationsanbieter ebenso wie andere chinesische Technikunternehmen daran, Chinas Zensur- und Überwachungsfähigkeiten zu perfektionieren und hilft autoritären Regimen dabei, solche Technologien einzusetzen.



Welt-Internetkonferenz - World Internet Conference (WIC)

Dieses Event, das seit 2014 alljährlich in Wuzhen in der Provinz Zhejiang stattfindet, fordert die internationale Gemeinschaft auf, zusammen eine „gemeinschaftliche Zukunft im Cyberspace“ aufzubauen. Über sein Konzept der „Cyber-Souveränität“ nutzt China diese Konferenzen dazu, seine Zensur- und Überwachungspraktiken zu exportieren.



World Media Summit (WMS)

Seit 2009 laden diese Gipfeltreffen in China die Medien der ganzen Welt zur Zusammenarbeit ein, um „den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ zu begegnen. China nutzt diese Gipfel, um die Hegemonie der westlichen Medien zu kritisieren und die Beseitigung von Ungleichgewichten zu fordern.



BRICS Media Forum (BMF)

Seit 2016 ist dieses Forum ein jährliches Treffen von Medienschaffenden aus den fünf aufsteigenden Wirtschaftsnationen, die als BRICS bekannt sind (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). Diese Gipfel geben China eine Gelegenheit, die Mediengesetze und -praktiken in anderen Ländern zu beeinflussen.



Einband illustriert von Badiucao

Der Einband dieses Berichts wurde von dem chinesischen Künstler [Badiucao](#) gestaltet, dessen Arbeiten sich konfrontativ mit einer Vielzahl sozialer und politischer Probleme Chinas auseinandersetzen und die Zensur des Regimes infrage stellen. Badiucao hat in diversen Projekten mit der *BBC*, *CNN*, *China Digital Times* und *Freedom House* gearbeitet. Seine Arbeit wurde in Australien, Italien und den USA ausgestellt. 2018 wurde seine Ausstellung in Hongkong nach Drohungen aus Peking im letzten Moment abgesagt. Trotz des Drucks der chinesischen Botschaft auf die Stadt hatte er 2021 eine Einzelausstellung in Brescia in Italien.



REPORTER OHNE GRENZEN (RSF) fördert und verteidigt die Freiheit, den Pluralismus und die Unabhängigkeit des Journalismus überall auf der Welt. Die Organisation hat ihren Hauptsitz in Paris, einen konsultativen Status bei der UN und der UNESCO und vierzehn internationale Büros sowie Korrespondentinnen und Korrespondenten in 130 Ländern.

Generalsekretär: **Christophe Deloire**
Redaktionelle Verantwortung: **Catherine Monnet**
Autor: **RSF East Asia Bureau / Cédric Alviani**
Koordination: **Aleksandra Bielakowska**
Redakteur: **Carole Coen**
Umschlagsillustration: [Badiuca](#)
Grafik-Design: [Modular Agency](#)

INTERNATIONALES SEKRETARIAT - CS 90247 - 75083 PARIS CEDEX 02
TÉL. +33 1 44 83 84 84

WWW.RSF.ORG